

Sand im Getriebe 112



OCTOBER 11, 2014 - #O11DoA
EUROPEAN DAY OF ACTION

<http://www.stop-ttip-ceta-tisa.eu/de/>

Den Angriff auf soziale und ökologische Standards und auf den globalen Süden STOPPEN

*"Es gibt einen harten
geopolitischen Zusammenhang
hinter den beiden "kommerziellen" Pakten:
Das transpazifische TPP schließt China aus
und TTIP schließt Russland aus.
Sie bedeuten eine kaum verhüllte Verbindung
zu einem zukünftigen Handelskrieg"
(Pepe Escobar)*

<http://www.tomdispatch.com/blog/175903/>

Nein zu TTIP, CETA, TiSA,...	
Aktionen am 11.Oktober	3
Militärische Hintergründe von TTIP	3
Gemeinsame Forderungen	4
Hélène Cabioc'h (attac Fr.), Amélie Canonne (AITEC): Eine internationale Front mit langem Atem aufbauen!	5
Europäische Bürgerinitiative	9
Positionen von Gewerkschaften	10
Initiative "10.000 Kommunen TTIP-frei"	10
Erklärung / Unterschriften gegen CETA	11
„Das Kapital im 21. Jahrhundert“ Interview von Piketty / R. Rilling „Die Ungleichheitsmaschine“	13
Widerstand in Europa	
Alter Summit zur Zusammensetzung der Europäischen Kommission	16
Verschärfung des Abtreibungsgesetz in Spanien verhindert / Rettet die Nachtzüge / Sonderrechtszone Hartz IV	16
Blockupy Festival in Frankfurt	18
CADTM: Griechenland: Menschenrechtsverletzungen durch Troika-Maßnahmen	19
Herausforderungen an die Friedensbewegungen	
W. Bello: Europa und der Imperialismus	20
Mohssen Massarrat zur Bekämpfung des sog. „Islamischen Staates“	22
Sabine Leidig: Kein Vertrauen in türkisches Militär	23
Vijay Prasad: Was Präsident Obama wegen ISIS nicht tun sollte	24
AFRICOM und EUCOM schließen!	25
Für einen gerechten Frieden in Nahost	25
"Die IG Metall ist Teil der Friedensbewegung"	26
Kissingers Kriegsplan gegen Kuba	27
Transformationen	
Wahlen in Brasilien	28
Ulrich Brand: Degrowth: Der Beginn einer Bewegung?	29
Fiebersenkende Maßnahmen für die Erde	31
Proteste gegen G7-Gipfel im Juni 2015	32

PDF-Version: <https://www.sand-im-getriebe.org/>
Online Fassung: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: sig@attac.de

Vorwort

Sind die geplanten Investitions- und Freihandelsabkommen (**TTIP, CETA, TiSA und TPP**) „Partnerschaften“ oder eher Instrumente zur besseren Ausbeutung der Völker und zur Plünderung des Planeten, zur Abschottung gegen den Aufstieg der Schwellenländer (**Pepe Escobar**) – also eine neue Form von Protektionismus, diesmal nicht nur mit dem Instrument der Zölle, sondern z.B. mit Investitionsschutz für große Konzerne, der die Handlungsfähigkeit demokratisch bestimmter Politik abbauen wird? Allerdings hat diese Offensive wie ein **Weckruf** gewirkt und gegen die **Wirtschafts-NATO** werden breite Bündnisse aufgebaut. **Gewerkschaften** werden nicht nur gegen TTIP, sondern auch gegen CETA und TiSA aktiv. Der englische **Trade Union Congress** forderte am 23.9.2014, dass die Gewerkschaften sich für einen Stopp der TTIP Verhandlungen einsetzen und eine deutliche Position gegen TTIP und andere Handelsabkommen einnehmen. Die selbstorganisierte **Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA** hat begonnen.

Rund **200 Organisationen weltweit** weisen über den **Aktionstag am 11. Oktober** hinaus: „Wir möchten alle dazu ermuntern, in ihren jeweiligen Netzwerken die Durchführung eines weltweiten Aktionstags gegen den Freihandel im zweiten Quartal 2015 ins Auge zu fassen, unter anderem um das infame Schlichtungsverfahren für Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten zu Fall zu bringen und den Vorrang der Rechte der Bevölkerungen vor der ungeheuren Macht und der Straflosigkeit multinationaler Unternehmen zu bekräftigen.“ **Hélène Cabioc’h (attac Frankreich)** und **Amélie Canonne (AITEC)** zeigen auf, wie viele verschiedene Akteure sich gegen TTIP wenden. Sie erörtern, wie eine internationale Front gegen Investitions- und Freihandelsabkommen mit langem Atem aufgebaut werden könnte - auch gegen die Abkommen, die mit Ländern des Südens abgeschlossen wurden oder werden sollen.

Zur Festigung der Blockbildung gegen den Rest der Welt veranstalten die **G7-Mächte** (G8 ohne Rußland) im Juni 2015 ihren Gipfel im bayrischen Schloss Elmau. Sie müssen sich wohl – wie in Heiligendamm - auf Massenproteste gegen ihr neoliberales und kriegerisches Regime der Weltherrschaft gefasst machen. Die Friedensbewegung wird sich Anfang 2015 schon mal zu großen Protesten gegen die Münchener Un-Sicherheitskonferenz warmlaufen.

Walden Bello untersuchte in einem Vortrag auf der „Europäischen Sommerakademie“ in Paris die neuen Kriege und die Rolle von EU und USA in ihnen. „Die Förderung der Menschenrechte wurde verboten und zur zentralen ethischen Säule humanitäre Interventionen.“ Man sollte allerdings „den Widerstand der Völker gegen die imperialistischen Interventionen nicht unterschätzen. Sie wenden sich gegen die Bereitschaft der europäischen Staaten, sich als untergeordnete Ergänzung der USA missbrauchen zu lassen“. **Mohssen Massarrat** kommentiert das Vorgehen u.a. der USA gegen die IS-Faschisten: „Die Bekämpfung des sogenannten „Islamischen Staates“ liegt allein in der Hand der betroffenen Staaten“ und fordert eine regionale Friedenskonferenz ohne den Westen. **Sabine Leidig** berichtet aus den kurdischen Gebieten: „Die Leute hier trauen dem türkischen Militär überhaupt nicht. Ihre Forderung ist eher, die kurdische Selbstverwaltung und die kurdischen Kämpfer zu stärken.“ Der indische Wissenschaftler **Vijay Prashad** meint, Präsident Obama sollte: „den Krieg in Syrien deeskalieren...und auf die Türkei Druck auszuüben, die Politik der offenen Tür für internationale Dschihadisten zu beenden“. Die **IG Metall Stuttgart** lehnt Rüstungsexporte und Rüstungsproduktion ab und will die Konversionsdebatte aktiv führen. „Die IG Metall ist Teil der Friedensbewegung“.

Gegen den Skandal der wachsenden Polarisierung innerhalb und zwischen unseren Gesellschaften gibt es immer mehr Kritik und Sehnsucht nach Gleichheit. Beigetragen dazu haben nicht nur die „Occupy Wallstreet“-Bewegung und die vielen Sozialbewegungen, sondern in ihrem Gefolge **Thomas Piketty** mit seinem epochalen Werk „Kapital im 21. Jahrhundert“. Piketty resumiert: „Wir haben keinen Grund zu der Annahme, dass Wachstum aus sich heraus Gleichgewicht schafft. Es ist höchste Zeit, die Frage der Ungleichheit wieder in den Fokus der Wirtschaftsanalyse zu rücken und die im 19. Jahrhundert offengebliebenen Fragen neu zu stellen. Die Frage der Vermögensverteilung wurde zu lange von den Ökonomen vernachlässigt.“

Rainer Rilling bedauert in einer Rezension Pikettys begrenzten Kapitalbegriff, begrüßt aber die neue Gerechtigkeitsdebatte unter dem Titel „Der Kapitalismus ist eine Ungleichheitsmaschine.“

Uli Brand fragt in seinem Bericht über die Leipziger Degrowth Konferenz: Ist das „Der Beginn einer Bewegung?“. **Fiebersenkende Maßnahmen für den Planeten** fordert die Erklärung unzähliger Organisationen anlässlich der weltweiten Mobilisierung zum Klima-Gipfel in New York im September 2014.



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen durch die ehrenamtlichen MitarbeiterInnen von coorditrad! Coorditrad braucht noch Unterstützung! www.coorditrad.attac.org

Gedruckte Exemplare von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (1,50 €). **Bestellung in Deutschland per Mail an sig-abo@gmx.de**. Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte:

1,50 € pro Heft

(Nr. 100: 3€ +porto; Bis zur Nr. 90: pro Heft 1€ + Porto; portofrei ab 5 Heften) **Abonnement: 15 € für 6 Ausgaben.**

Redaktion: Marie-D. Vernhes und Peter Strotmann (Attac Deutschland) - An dieser Nummer haben mitgewirkt: Werner Horch (Attac Deutschland), aber auch viele Attacies und Engagierte, die uns gewollt oder ungewollt Tips, Anregungen gegeben haben. Danke an Mathias Mittergeber (Attac Österreich) für die online-Fassung. ViSPR: Peter Strotmann

Europaweiter dezentraler Aktionstag am 11. Oktober gegen TTIP, CETA, TiSA und die Freihandelsagenda der Konzerne

Demokratie erobern – Konzernmacht zurückdrängen! Mensch und Umwelt vor Profit!

Zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften, Bauernverbände und Basisinitiativen aus ganz Europa rufen zu einem Aktionstag auf, um die laufenden Verhandlungen über TTIP, CETA, TiSA und andere Freihandelsverträge zu stoppen und eine alternative Handelspolitik voranzubringen, die Menschenrechte, Demokratie und Umwelt an die erste Stelle setzt.

TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership – zwischen USA und EU) und **CETA** (Comprehensive Economic and Trade Agreement – zwischen Kanada und EU) sind die prominentesten Beispiele dafür, wie Handels- und Investitionspolitik **undemokratisch und im alleinigen Interesse großer Konzerne** verhandelt wird.

Die Verhandlungen werden im Geheimen geführt, ohne Information für die kritische Öffentlichkeit, während Unternehmenslobbyisten zunehmend Einfluss eingeräumt wird.

Sollten diese Verhandlungen durchkommen, würden sie multinationalen Unternehmen das exklusive Recht einräumen, um

Regierungen außerhalb der nationalen und europäischen Rechtssysteme vor internationalen Schiedsgerichten zu verklagen.

Sie würden unter dem Vorwand der „transatlantischen Harmonisierung“ Gesundheits- und Sicherheitsstandards abbauen und Befugnisse nationaler und lokaler Regierungen untergraben, schädliche Verfahren wie Fracking oder die Verwendung von GVOs zu verhindern. Sie würden den Ausverkauf von wesentlichen öffentlichen Dienstleistungen vorantreiben und Arbeitnehmer- und sozialen Rechten in einen Wettlauf nach unten zwingen.

Eng verknüpft ist diese Politik mit dem laufenden Abbau von Sozialstandards und einem Privatisierungsschub bei öffentlichen Dienstleistungen im Namen von „Austerität“, „Krisenpolitik“ und zunehmender „Wettbewerbsfähigkeit“.

Der Aktionstag wird unseren Widerspruch in den Straßen von Europa öffentlich sichtbar machen.

<http://www.stop-ttip-ceta-tisa.eu/de/>

Wir werden die Debatte über diese Politik in die Öffentlichkeit tragen, von der die EU-Kommission und die europäischen Regierungen sie fernhalten wollen.

Und wir werden uns für eine **alternative Handelspolitik** einsetzen.

Wir sind solidarisch verbunden mit BürgerInnen und Gruppen in aller Welt, die unsere Besorgnisse für Umwelt, Demokratie, Menschenrechte und soziale Rechte teilen.

TTIP, CETA, TiSA und die Freihandelsagenda werden durch unseren Einsatz gestoppt, mit dem wir BürgerInnen aus Europa, Kanada und den USA unsere Stimmen hörbar machen.

Wir rufen Organisationen, Einzelpersonen und Bündnisse zu dezentralen, selbstorganisierten Aktionen überall in Europa auf. Wir begrüßen die Vielfalt von Taktiken und Solidaritätsaktionen auf der ganzen Welt, die dabei helfen, Menschen vor Ort zu informieren, zu motivieren und zu mobilisieren.

Wir können diesen Kampf gewinnen. Gemeinsam werden wir die Macht der Konzerne zurückdrängen!



Tim Schumacher

Geopolitischer Sprengstoff: Die militärisch-machtpolitischen Hintergründe des TTIP

IMI-Studie 2014/05

Während bislang in der Debatte zu TTIP vor allem soziale und ökologische Fragen im Zentrum der Kritik stehen, beschäftigt sich diese Studie mit den geopolitischen Aspekten des Abkommens, die es auch aus friedenspolitischer Sicht ebenfalls hochgradig problematisch machen.

Die Untersuchung des Transatlantischen Elitendiskurses um das TTIP ergibt, dass sich beide Seiten hiervon einen militärisch-machtpolitischen Mehrwert versprechen. Erstens geht es ganz grundsätzlich um die

Neuformierung und Stärkung des westlichen Machtblocks gegen Rivalen wie China oder Russland.

Dieser westliche Block erhofft sich mit dem TTIP zweitens, neoliberale globale Standards zu setzen und zu stärken, um so das eigene Ordnungsmodell gegenüber dem angeblich grassierenden „Staatskapitalismus“ besser in Stellung zu bringen.

Als dritter Aspekt soll der Ausbau der transatlantischen Energiekooperation vor allem die Abhängigkeit der Europäischen Union von Russland reduzieren und so den Weg für eine noch konfrontativere Politik frei machen.

Und schließlich soll das Abkommen eine Vertiefung der transatlantischen Rüstungskooperation und einen europäischen Rüstungsschub bewirken.

All diese Auswirkungen des Abkommens fördern die ohnehin schon gefährlichen Tendenzen zu einer weiteren Blockbildung im internationalen System und leisten einer weiteren Militarisierung im Westen Vorschub.

Aus diesem Grund sollte das Abkommen auch in der Friedens- und Antikriegsbewegung künftig stärkere Beachtung finden. http://www.imi-online.de/download/2014_05_TS-TTIP-web.pdf, 10 Seiten

Europäische zivilgesellschaftliche Gruppen gegen die Bedrohung durch TTIP, Unsere gemeinsamen Forderungen und Ziele, Mai 2014

Gegründet auf den Werten von internationaler Solidarität, sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und der Achtung aller Menschenrechte arbeiten wir mit unseren Verbündeten in den USA und anderen Teilen der Welt zusammen. Wir fordern :

- a) Sofortige Transparenz :** Die Verhandlungstexte der EU-Kommission und alle anderen Verhandlungsdokumente müssen veröffentlicht werden, damit eine offene und kritische öffentliche Debatte über das TTIP-Abkommen möglich ist.
- b) Einen demokratischen Prozess** einschließlich einer genauen Untersuchung und Beurteilung der Verhandlungstexte, durch den sichergestellt wird, dass die Maßnahmen dem öffentlichen Interesse dienen. Der Prozess muss das EU-Parlament, Debatten in nationalen Parlamenten, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaften und Interessengruppen einschließen.
- c) Kein Investor-State Dispute Settlement :** Alle Bestimmungen, die ISDS-Mechanismen enthalten, müssen dauerhaft aus den Verhandlungen gestrichen werden. Es darf kein anderer Mechanismus eingeführt werden, der Investor_Innen Sonderrechte einräumt (auch nicht indirekt durch bereits bestehende oder zukünftige Handelsabkommen).
- d) Kein "Regulatory Cooperation Council" :** Die Regulierung von Geschäftstätigkeiten, Handelsbedingungen und der Festlegung von Produkt- und Produktionsstandards müssen in der Hand von demokratisch gewählten Institutionen liegen und auf Grund demokratischer Prozesse

erfolgen.



Liste der Aufrufenden

- e) Keine Deregulierung von Standards,** die das öffentliche Interesse wahren und ihm dienen : Sozial- und Arbeitsstandards, Verbraucher-, Gesundheits-, Umweltschutz einschließlich der Regeneration natürlicher Ressourcen, Tierwohl, Standards zur Lebensmittelsicherheit, umweltverträgliche landwirtschaftliche Verfahren, Zugang zu Informationen, Kennzeichnung, Kultur und Medizin, die Regulierung der Finanzmärkte, Datenschutz und andere digitale Rechte – all diese Standards müssen gestärkt und nicht durch „Harmonisierung“ nach unten auf den kleinsten gemeinsamen Nenner reduziert werden. Eine gegenseitige Anerkennung ist nicht angemessen, weil sie die auf demokratische Weise vereinbarten

Standards und Schutzmaßnahmen unterminiert. Das Vorsorgeprinzip muss umfassend angewandt werden.

- f) Keine weitere Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.** Wir fordern garantierten Zugang zu hochwertiger Bildung, Gesundheitsvorsorge und anderen öffentlichen Dienstleistungen sowie ein öffentliches Beschaffungswesen, das lokale Beschäftigung, Wirtschaft und Produktion, positive Diskriminierung, soziales Unternehmertum und nachhaltiges Wirtschaften fördert und dem öffentlichen Interesse dient.
- g) Förderung umweltverträglicher landwirtschaftlicher Praktiken und Schutz kleinbäuerlicher Betriebe.**
- h) Öffentliche Institutionen müssen weiterhin über die politische Macht und die notwendigen Strukturen verfügen,** um bestimmte sensible Sektoren zu schützen und Standards zu bewahren, die für unsere Lebensqualität wichtig sind. International vereinbarte Arbeits- und Umweltstandards müssen eingehalten und durchgesetzt werden. Die dauerhafte Verletzung von Arbeitsstandards sollte zur Verhängung von Geldstrafen führen.

Alle jetzigen und zukünftigen Handelsabkommen zwischen der EU und den USA sollten diese Forderungen erfüllen, diesen Prinzipien folgen und Kooperation, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit fördern.

Ganzer Text: <http://www.bilaterals.org/?mensch-en-umwelt-und-demokratie-vor>
S. auch: <http://www.ttip-unfairhandelbar.de>, <http://power-shift.de>



in Ottawa am 26. September: Demonstration gegen CETA, <http://rqic.alternatives.ca/spip.php?article153>

TiSA: Raoul Jennar: Vorsicht, TiSA! <http://www.monde-diplomatique.de/pm/2014/09/12.mondeText1.artikel.a0055.idx.17>
Zwei Berichte von Public Services International (Internationale der Öffentlichen Dienste, Gewerkschaftsverband) :
- http://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/de_tisapaper_final_web.pdf
- http://www.world-psi.org/sites/default/files/documents/research/report_tisa_ger_lr.pdf
Brief von 341 Organisationen an die Handelsminister, Herbst 2013: <http://sandimgetriebe.attac.at/10693.html>

Hélène Cabioc'h (attac Frankreich), Amélie Canonne (AITEC) Freihandelsabkommen: Eine internationale Front mit langem Atem aufbauen



Frankreich, 24. September 2014: Blockieren vom Firmensitz von Cargill durch Bauern der Confédération paysanne (zweitgrößte Bauernorganisation), <http://www.bilaterals.org/?la-confederation-paysanne-occupied>

Montag, 15. September 2014

Im Laufe der Verhandlungsrunden (sechs seit Juni 2013) und noch stärker anlässlich der Europawahl vom Mai 2014 ist die **öffentliche Debatte** über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten (TTIP = Transatlantic Trade and Investment Partnership) sowie Protestbewegung gegen dieses Projekt ständig angewachsen. In den meisten Ländern Europas sind nach und nach **Aktionsbündnisse** entstanden, die Nicht-Regierungsorganisationen, soziale Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinigungen von Landwirten, Verbraucherorganisationen... zusammenbringen, und in Frankreich haben sich lokale Gruppen gebildet, um darauf aufmerksam zu machen, was in ihrer Region mit dem künftigen Abkommen auf dem Spiel steht, und um Anfragen an die Abgeordneten des Parlaments und der Gebietskörperschaften zu richten. Einige Regionen und Gemeinden haben sogar Entschließungen verabschiedet, mit denen sie sich „TTIP-frei“ erklärten (1)

1 - Unterschiedliche Akteure wenden sich gegen das transatlantische Abkommen

Die Entschlossenheit der kritischen Öffentlichkeit an der Debatte teilzunehmen ist die gleiche in Großbritannien wie in Deutschland, in Spanien, in Italien, in Belgien oder in den Niederlanden. In diesen Ländern sind Bündnisse mit unterschiedlichen Akteuren entstanden. Auch auf europäischer Ebene richten sich diese

nationalen Kampagnen auf das gleiche Ziel aus: Das transatlantische Freihandelsabkommen ist als Thema auch beim Aktionstag vom 15. Mai dieses Jahres gegen die Politik der Austerität in Europa aufgetaucht, und ein neuer Aktionstag ist für den kommenden 11. Oktober vorgesehen, an dem hunderte von Aktionen stattfinden werden, mit denen über TTIP, CETA und TISA informiert, die Betroffenheit für die Abkommen geweckt und gegen sie protestiert werden soll. (CETA = Comprehensive Economic and Trade Agreement, das europäische - kanadische Freihandelsabkommen, dessen zwischen Brüssel und Ottawa vereinbarter Text jetzt bekannt ist und TISA = Trade in Services Agreement, das multilaterale Vertragsprojekt über den Handel mit Dienstleistungen, das zwischen ungefähr fünfzig Ländern am Rand der Welthandelsorganisation verhandelt wird.)

Man muss die **Breite dieser Protestbewegung** um so mehr wertschätzen, als die Thematik der Liberalisierung des Handels und der Investitionen, die Ende der 1990er Jahre zur Gründung der globalisierungskritischen Bewegung geführt hat, seit Mitte der 2000er Jahre ihre Vorrangstellung unter den Zielsetzungen der internationalen Solidaritätsbewegungen eingebüßt hatte. Die letzte große internationale Mobilisierung, die zu beachtlichen, auf einander abgestimmten Initiativen in Frankreich und in ganz Europa, in Nordamerika und natürlich auch in Südostasien geführt hatte, fand im **Dezember 2005** anlässlich der in **Honkong** abgehaltenen Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation statt, deren

Scheitern den Bedeutungsverlust der multilateralen Handelsorganisation einleitete.

Wirkungsvolle, politisch durchaus erfolgreiche Kampagnen konnten organisiert werden, beispielsweise anlässlich der von der Europäischen Union gewünschten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (**EPA**), die das Abkommen von Cotonou ersetzen sollten, das die EU an die **AKP-Staaten (Afrika, Karibik Pazifik)** band und das die EU nach den Maßstäben der WTO als ungültig betrachtete. Obwohl bilaterale und bi-regionale Handelsverhandlungen sich vor allem auf Betreiben der Generaldirektion Handel der Europäischen Kommission seit 2006 - 2007 häuften, haben nur sehr wenige Organisationen oder soziale und zivilgesellschaftliche Bewegungen ihre Arbeiten und ihre Initiativen in diesem Themenbereich weiter verfolgt: in Frankreich die AITEC (=Association internationale de techniciens, experts et chercheurs), auf europäischer Ebene das Netzwerk „Seattle to Brussels“, auf internationaler Ebene das Netzwerk „Our World is not for sale“ und die internationale Bewegung von Kleinbauern und Landarbeitern „La Via Campesina“, um die wichtigsten zu nennen (2).

Die Vielfalt der Akteure, die sich an der Kampagne gegen den geplanten transatlantischen Freihandelsvertrag EU-USA beteiligen, ist in dieser Hinsicht eine ausgezeichnete Nachricht, auch wenn die Ansätze und Strategien dieser Akteure **unterschiedlich** sind und man sich zu

Recht und ohne pessimistisch zu sein Fragen zur Festigkeit dieser Bündnisse stellen kann.

Um den historischen Kern der Bewegungen gegen eine verstärkte Liberalisierung des Handels und der Investitionen gruppieren sich „Familien“ von Vereinigungen und Gewerkschaften, von denen sich einige seit langem nicht an diesen Kampagnen beteiligt hatten:

Die **Umweltschutzorganisationen**, die wegen der Bestimmungen zu Gesundheit und Ernährung, aber auch wegen des Kapitels über den Investitionsschutz im Vertragsentwurf besorgt sind; die **Gewerkschaften**, die den Abbau sozialer Normen ebenso fürchten wie die abschreckende Wirkung eines eventuellen „ISDS“ (investor-state dispute settlement, = zwischen zwei oder mehreren Staaten vertraglich abgeschlossenes Rechtsinstrument zum Schutz der Investoren) auf die staatlichen Stellen;

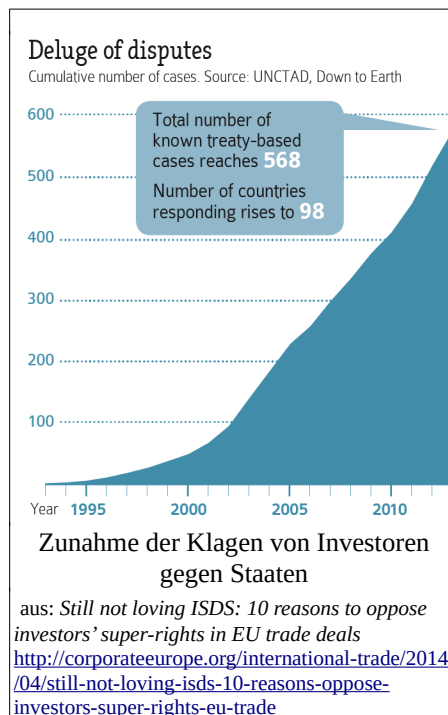
die ganze Reihe „**neuer Bewegungen**“, die aus den Protestbewegungen der Jahre 2011 und 2012 hervorgegangen sind (Die Indignados, die „occupy“-Bewegung, Bürgerinitiativen...) und die besonders besorgt sind wegen des demokratiefeindlichen Charakters der Verhandlungen und wegen der bevorrechtigten Stellung der Multinationalen im politischen Prozess.

Die in Brüssel und in Nordamerika sehr mächtigen **Verbraucherorganisationen**, spielen auch eine wichtige Rolle in dieser Kampagne.

Aber nicht alle gehen das transatlantische Freihandelsabkommen in der gleichen Weise an: Wenn **einige** (vor allem die Organisationen, die sich schon seit jeher in den Kampagnen gegen Freihandelsverträge einsetzen) dazu auffordern, das Projekt schlicht und einfach zurückzuziehen und dazu die wesensmäßige Unvereinbarkeit der Liberalisierung des Handels mit den Menschenrechten ins Feld führen oder argumentieren, dass die ökologische „Nachhaltigkeit“ eines so umfangreichen Abkommens, das für das Klima sehr schädliche Maßnahmen beinhalten wird, unmöglich sei (Aufhebung der Handelshemmnisse für fossile Energien aus den Vereinigten Staaten nach Europa, Liberalisierung des Luftverkehrs und der Küstenschifffahrt, beträchtliche Erweiterung der Handelsströme), kritisieren **andere weniger grundsätzlich** und systematisch den Freihandel im allgemeinen und das Vertragsprojekt im besonderen. Die im Europäischen Gewerkschaftsbund (**EGB**) zusammengeschlossenen Gewerkschaften beispielsweise haben ausdrücklich Stellung gegen die mögliche Einführung eines Rechtsinstruments von der Art des „ISDS“ genommen sowie, allgemeiner, gegen die Vorgehensweise der Generaldirektion

Handel der Europäischen Kommission in Sachen Investitionsschutz; außerdem haben sie sich gegen jegliche Absicht gewandt, die bestehenden Verpflichtungen der EU und der Mitgliedsstaaten hinsichtlich der sozialen und gewerkschaftlichen Rechte in Frage zu stellen. Sie verlangen aber deswegen nicht die Zurücknahme des transatlantischen Vertragsprojektes und sie weisen darauf hin, nicht gegen die Verhandlungen selbst zu sein, deren Intransparenz sie allerdings scharf kritisieren. Dennoch ist **diese Beteiligung der Gewerkschaften an der Anti-TTIP-Kampagne eine sehr gute Nachricht**, denn sie hat in einigen Ländern einen maßgeblichen Umfang angenommen: So haben sich in Großbritannien beispielsweise die meisten der im Trade Union Congress (**TUC**) vereinigten Gewerkschaften unter der Losung der Schutzes des im Vereinigten Königreich existierenden Gesundheitssystems tatkräftig in die britische Kampagne gegen das Abkommen eingebracht, gemeinsam und inhaltlich abgestimmt mit vielen NGOs und zivilgesellschaftlichen Bewegungen

Der einzigartige, vielfältige und dynamische Charakter der Kampagne deutet auf die besonderen **Gefahren** hin, die in dem Vertragsprojekt stecken : Einführung von Zwängen in Bezug auf Nahrungsmittel (vor allem für gentechnisch veränderte Organismen und chemisch behandeltes Fleisch), bislang auf dem europäischen Markt verboten, vollständige Liberalisierung der Ausbeutung von und des Handels mit fossilen Energien, Reduzierung von Tests und Kontrollen für Qualität und Konformität an den Grenzen, Einführung von Instrumenten von der Art „ISDS“, deren Risiken man jetzt allmählich genau erkennt [3].



Die Vielfalt und der Umfang dieser Protestbewegung hat einen Prozess schon einigermaßen aufgehalten, der angeblich rein „technisch“ sein sollte und der eigentlich ohne öffentliche Debatte weiterlaufen sollte. Der Start einer öffentlichen **Befragung** im letzten März zeigte ebenso sehr das Zögern der Kommission, über den öffentlichen Protest hinwegzugehen, wie auch die Meinungsverschiedenheit, die innerhalb des Rats der Wirtschafts- und Handelsminister herrscht - der regelmäßig die 28 für diese Angelegenheit Verantwortlichen der Regierungen der Mitgliedsstaaten vereint [4].

Die Europäische Kommission hat im Rahmen dieser Befragung **nahezu 150.000 Antworten** erhalten, deren übergroße Mehrheit von Bürgern oder Gruppen von Bürgern eingebracht wurde, hauptsächlich online über ein System automatisierter Antworten, das von zivilgesellschaftlichen Organisationen eingerichtet worden war, die die Beteiligung der Bevölkerung an dieser Befragung trotz der vielen existierenden Beschränkungen erleichtern wollten [5].

2. Ein Kampf, der einen langen Atem verlangt

Deswegen zeichnet sich der Kampf gegen das TTIP-Projekt eher als ein **Langstreckenlauf** ab denn als ein Kurzstreckensprint. Man könnte wirklich wetten, dass die Verhandlungen weit über den von J.M. Barroso ursprünglich gewünschten Endtermin hinausgehen (Verlauf des Jahres 2014), und selbst ein Abschluss während der nächsten Legislaturperiode würde wie ein Erfolg aussehen, so groß sind die **Interessengegensätze** zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union: über die Finanzdienstleistungen (deren Einbindung in den Vertrag sich das amerikanische Finanzministerium trotz des Drucks der EU kategorisch weigert); im Kapitel über die geographischen Angaben landwirtschaftlicher Produkte (Frankreich hat hier spezielle Interessen gegenüber den Vereinigten Staaten zu verteidigen, die gerne eine bestimmte Anzahl ihrer Weinbauprodukte mit Bezeichnungen anerkennen lassen wollen, die theoretisch an einem bestimmten europäischen Terroir gebunden sind); die Gesetzgebung über den Datenschutz im Internet...

Aber jenseits der dem Projekt selbst anhaftenden Schwierigkeiten, die allein schon ausreichen um dessen erfolgreichen Abschluss zu belasten: Kein Abkommen wird je die geringste Legitimität besitzen, solange der Verhandlungsprozess nicht demokratischen Regeln angepasst wurde, was in erster Linie bedeutet, alle Texte über

die laufenden Gespräche zu veröffentlichen, und zwar: auf jeden Fall die Verhandlungspositionen der Europäischen Union, aber auch der Inhalt der US-amerikanischen Vorschläge, die Protokolle der Sitzungen des Rats der Wirtschafts- und Handelsminister, die Protokolle des Ausschusses für Handelspolitik (der ehemalige Ausschuss 133, in dem die Handelsberater sitzen, die die Mitgliedsstaaten in Brüssel vertreten).

Die sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen haben dies sehr wohl verstanden und daher **die Demokratisierung der Verhandlungen zu einer ihrer Hauptforderungen** gemacht, bevor sie über deren Inhalt diskutierten. Die Abgeordneten des europäischen Parlaments, die an den Rand des politischen Diskussionsprozesses gedrängt und in Bezug auf ihre eigentlichen Kompetenzen von der europäischen Kommission schlecht behandelt wurden, haben ebenfalls diese Frage aufgegriffen und haben dazu beigetragen, vor allem während des Wahlkampfes vor der Europawahl am 25. Mai, dieses Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen.

Die Generaldirektion Handel und die Mitgliedsstaaten müssen jeweils entsprechend ihrer jeweiligen Zuständigkeiten die Durchführung breit angelegter inhaltsreicher Befragungen garantieren, die diese Bezeichnung auch verdienen. Zu diesen Befragungen müssen vor allem Akteure geladen werden, die die Interessen derer vertreten, die vom künftigen Abkommen möglicherweise am meisten betroffen sein werden (zum Beispiel abhängig Beschäftigte, Verbraucher und Nutzer der öffentlichen Dienstleistungen, Landwirte, kleine und mittlere Unternehmen, Umweltschutzverbände).

Bislang argumentiert die Kommission mit der fehlenden Einstimmigkeit der 28 Mitglieder, um die Veröffentlichung des Verhandlungsmandats abzulehnen, eines Dokuments, das jedoch seit Mitte 2013 in breiten Kreisen informell zirkulierte. Inzwischen lehnen ungefähr zehn Länder dessen öffentliche Verbreitung ab.

Die sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen müssen mit ihren Forderungen, was diesen Punkt betrifft, unnachgiebig bleiben und weiter anprangern, dass der Verhandlungsprozess exklusiv von einer Minderheit geführt wird, die ein Abkommen abschließen will, das einzig und allein dazu ersonnen wurde, ihren Profit zu steigern. Die Antworten der Generaldirektion Handel und der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bleiben momentan zu unzureichend, um aus den Verhandlungen wirklich einen transparenten demokratischen Prozess zu machen, aber das alleinige Argument der Transparenz könnte mit der

Ernennung einer mehr voluntaristischen neuen Verwaltung in Brüssel im nächsten November seine Wirksamkeit verlieren.

Wir wissen ebenfalls, dass die Industrie- und Finanzlobby einen privilegierten Zugang zu den Verhandlungsführern und Spezialisten der mit den Verhandlungen befassten Kommission haben, ohne die außergewöhnlichen Mittel zu erwähnen, die sie zu deren Beeinflussung aufbringen.

In dieser Hinsicht hat der Hinweis auf die Gefahren eines möglichen Vertragsteils über den **Investitionsschutz** nicht nur das Argumentationsarsenal der sozialen und zivilgesellschaftlichen Bewegungen verstärkt und ihnen einen mächtigen Hebel für die Mobilisierung in die Hand gegeben; dieser Hinweis hat es auch möglich gemacht, die Aufmerksamkeit auf einen weitgehend verkannten Aspekt der von der EU geführten Verhandlungen über Handel und Investitionen zu lenken : die faktische Übernahme dieser Verhandlungen durch die Unternehmen und die **Lobbies** der Industrie- und Finanzunternehmen, deren Mittel und Netzwerke, nicht zu vergessen die Nachgiebigkeit der EU-Bestimmungen, ihnen die Fähigkeit gibt, fast allein die europäische Handels-Agenda zu bestimmen und diese auf das alleinige Ziel der Wettbewerbsfähigkeit des Außenhandels auszurichten. In dieser Hinsicht haben die Vorschläge der Generaldirektion Handel über den Investitionsschutz, die in der oben bereits erwähnten öffentlichen Befragung teilweise aufgedeckt und im Text des Abkommens EU-Kanada präzisiert wurden (der Text wurde Mitte August 2014 geleakt) einen wahren Proteststurm in der Zivilgesellschaft hervorgerufen, vor allem der Abschnitt über die Schaffung von Schiedsgerichten zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, was heute zu einer der Hauptstoßrichtungen der gegen TTIP in Europa wie in Nordamerika geführten Protestkampagne geworden ist.

Wird sich die im Aufbau begriffene internationale Solidaritätsbewegung gegen das transatlantischen Freihandelsabkommen **ausweiten auf die anderen zur Zeit im Verhandlungsstadium befindlichen Freihandelsabkommen**, die genauso gefährlich für die Bevölkerungen sind wie das TTIP-Projekt? Es ist zu früh um es zu sagen, aber es ist natürlich eine Frage, die viele Bewegungen umtreibt, die seit langem gegen die Freihandelsabkommen kämpfen und die in dieser Kampagne nicht nur die Chance auf einen schon lange erhofften Sieg sehen, sondern auch einen neuen politischen Gestaltungsraum. Dieser neue politische Gestaltungsraum könnte die hunderttausende gegen TTIP mobilisierten Bürger gewinnen für eine mehr globale Kritik der EU-Handels- und Investitions-

politik, für eine Kritik der Agenda der Multinationalen in diesem Rahmen und für eine Kritik der **gigantischen Schwachstellen im internationalen Recht gegenüber allen Verletzungen der ökonomischen, sozialen und ökologischen Rechte durch die privaten Wirtschaftsakteure.**

3. Ein Kampf um internationale Solidarität

In der Zwischenzeit muss der Kampf gegen TTIP als Kampf um internationale Solidarität geführt werden. Die politische Breite der Kritiken hinsichtlich TTIP läßt dazu neigen, die Gesamtheit der das Projekt ablehnenden Akteure sowie deren Argumente gleichzusetzen. In Frankreich stehen fast alle politischen Kräfte dem TTIP kritisch gegenüber, in mehr oder weniger radikalem Ausmaß, und nur noch die UMP (Nachfolgeorganisation der Gaullisten und Partei Sarkozys, Anm. d. Ü.) und die „rechte Mitte“ sehen der Perspektive eines Abkommens weiterhin ruhig und vertrauensselig entgegen.

Die politischen Organisationen links der Sozialistischen Partei (PS) widersetzen sich bereits seit langem dem Vertragsprojekt, und die PS nimmt eine insgesamt sehr vorsichtige Stellung ein (obwohl prinzipiell einem Abkommen zugeneigt), wobei sie sogar ausdrücklich zum Verzicht auf jeglichen Mechanismus zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten (ISDS-Verfahren, Anm. d.Ü.) im Verhandlungstext aufruft. Die französische Regierung stellt sich derweil als die Speerspitze des Widerstands unter den 28 Mitgliedsstaaten der EU gegen die bedenklichsten Gesichtspunkte von TTIP dar, stolz darauf, die Herausnahme der audiovisuellen Dienste aus dem Teilgebiet „Zugang zu den Märkten“ im Verhandlungsmandat erreicht zu haben und beim Handelskommissar De Gucht für die maximale Transparenz im Verhandlungsprozess offiziell einzutreten.

Die Parteien der souveränistischen, gar rassistischen Rechte (Debout la République, Front national, Union pour la République...) entwickeln ihrerseits Wahlkämpfe, die weitgehend auf einer Ablehnung des Projekts TTIP basieren und bedienen sich in ihren Ansprachen oft der Argumentation der fortschrittlichen Gruppen und Gewerkschaften, insbesondere wenn sie vor der Allmacht der Multis und dem Verlust von Souveränität warnen, welche der Vertrag für die Staaten und die Staatsmacht zur Folge hätte.

Doch eine wirklich solidarische und internationalistische soziale und bürger-schaftliche Bewegung aufzubauen, unter Einhaltung des Rechtes und der grund-

genden Freiheiten, liegt in der ausschließlichen Verantwortung der Akteure der internationalen Solidaritätsbewegungen und ihrer Partner in den Bürgerrechtskampagnen, welche sich den Werten von Gerechtigkeit, Geschwisterlichkeit und Toleranz verpflichtet fühlen.

Erstens geht es darum, **die gemeinsamen Interessen** zu erkennen, die die Bürger der Vereinigten Staaten und jene der Europäischen Union **gegenüber den Industrie- und Finanzlobbys** haben, welche ausschließlich zur Erweiterung ihrer Marktanteile arbeiten (6). Regulär oder prekär Beschäftigte, Verbraucher, Umweltaktivisten, Verfechter der Tier- oder Menschenrechte, Kleinbauern oder Kleinunternehmer, **auf beiden Seiten des Atlantischen Ozeans**, können durch einen gemeinsamen Kampf viel gewinnen. Das Widerlegen der These, wonach die USA Gegner Europas seien, ist ein erster, unverzichtbarer Schritt, um sowohl die tiefere Logik dieses Abkommens als auch die Art, wie es verhandelt wird, zu verstehen, und um den wirklichen Gegner anzugreifen: Die Macht der Multis und der Finanzindustrie, welche immer ihre Fahne sei. Die Kampagne gegen das transatlantische Abkommen bietet uns Gelegenheit, die starken und fruchtbaren **Verbindungen mit den sozialen und Bürger-Bewegungen Nordamerikas (wieder)-aufzubauen**. Zur Trennung dieser Verbindungen hat der in Frankreich modische Anti-Amerikanismus in den letzten Jahren beigetragen, auch wenn er von einem wahrhaft fortschrittlichen Antimperialismus getragen wird. Ein erstes transatlantisches Treffen der Bewegungen hat im vergangenen März in Brüssel stattgefunden, ein weiteres wird um die Jahreswende 2014/2015 kommen. **Ein weltweiter Mobilisierungstag** soll gleichfalls für die erste Hälfte des kommenden Jahres vorbereitet werden, zum Beweis der Existenz und der Kraft dieser neuen Solidaritätsbewegung.

Zweitens sollten wir gleichfalls **die Lösung eines Rückzugs auf den Nationalstaat zurückweisen**. In erster Linie, weil der Front National im Gegensatz zu unseren Vereinigungen und den Gewerkschaften es niemals für richtig gehalten hat, die von der EU vorangetriebenen Freihandelsabkommen zu kritisieren, wenn sie zum Ziel schwächer angesehene Länder hatten – in Afrika, Asien oder Lateinamerika. Wir jedoch, die sozialen und Bürger-Bewegun-

gen, bekämpfen das Projekt TTIP nicht im Namen der Größe Frankreichs oder einer krankhaften Fremdenfeindlichkeit. Wir tun dies, gerade weil wir wissen, dass beim Fehlen ausreichender Schutzmaßnahmen für die Schwächsten, beim Fehlen der Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand zum Schutz des Allgemeinwohls, **die Liberalisierung von Handel und Investitionen sich in der Vergangenheit immer zum Nachteil der Rechte der Bevölkerungen und des Planeten ausgewirkt hat**.

Die von uns vertretenen grundlegenden **Alternativen** machen die Besonderheit unserer Kampagnen und unserer Vorschläge aus, die mit jenen von der Rechten und der extremen Rechten nicht vereinbar sind. Sie sind ebenfalls nicht vereinbar mit jenen, die von einer kleinen Minderheit der Linken vertreten werden, deren ausschließlich protektionistische Argumentation bisweilen dazu führt, dass die von den Industrie- und Finanzmächten ebenso tyrannisierten Bürger mit Gegnern oder Konkurrenten verwechselt werden.

Welche Alternativen streben wir an?

Auf jeden Fall mehr Souveränität, sowohl für die Völker als auch für die Gemeinschaften, aber auch mehr sozialen Schutz für alle, die Jugendlichen, die Lohnabhängigen im privaten wie im öffentlichen Sektor, die Migranten... und **mehr Zusammenarbeit**; selbstverständlich das Recht auf tarifvertraglichen **Schutz**, aber nicht auf Kosten der Arbeiter auf den „konkurrierenden“ Märkten und stets mit einer Perspektive sozialer und weltweiter ökologischer **Gerechtigkeit**; mehr konkrete **Solidarität**, mehr lokalen Handel, mehr Unterstützung kleiner und mittlerer lokaler Betriebe, die sich auf dem Weg des **ökologischen und sozialen Wandels** befinden oder im Dienstleistungssektor arbeiten, anstatt des „wirtschaftlichen Nationalismus“ unseres früheren Wirtschaftsministers, der nur den großen französischen Unternehmen und deren Aktionären nützt. Und vor allen Dingen, die **Schaffung eines internationalen Rechts, das für die Unternehmen verpflichtend ist**. Dieses internationale Recht müsste mittels unabhängiger Rechtsprechung und durch wirklich effiziente Sanktionen dem Handels- und Vertragsrecht übergeordnet sein.

Mit dieser Perspektive setzen wir in Frankreich und europaweit - schon am 11. Oktober - unsere Informations-, Sensibilisierungs- und Mobilisierungsarbeit aller Bürger fort, an der Seite aller nordamerikanischen Bürger-Bewegungen, die unsere Werte teilen.

Anmerkungen

- (1) <https://www.collectifstopptafta.org/collectivites>
- (2) <http://aitec.reseau-ipam.org/>, <http://www.s2bnetwork.org/>, <http://www.ourworldisnotforsale.org/en>, <http://viacampesina.org/en/>
- [3] Siehe vor allem die gemeinsamen Arbeiten von CEO und des Transnational Institute, <http://corporateeurope.org/international-trade/2014/04/still-not-loving-isds-10-reasons-oppose-investors-super-rights-eu-trade>, oder auch dies, <http://corporateeurope.org/eu-crisis/2014/03/p-rofiting-crisis-how-corporations-and-lawyers-are-scavenging-profits-europe-crisis>.
- [4] Weder Frankreich noch Deutschland wünschen die Einführung des Rechtsinstruments „ISDS“ in das Abkommen, während andere mehr neoliberale Länder wie Großbritannien oder die Niederlande das Vertragsprojekt in seiner ambitioniertesten Version glühend verteidigen.
- [5] Siehe den vorläufigen Bericht der Generaldirektion Handel über die Ergebnisse der Befragung, der im Juli 2014 veröffentlicht wurde: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2014/july/tradoc_152693.pdf.
- (6) Anm. der Red.: Dazu Halimi, „*Ein klug geführter globaler Kampf könnte die Solidarität der internationalen demokratischen Kräfte festigen, die heute schwächer ausgeprägt ist als die Solidarität aufseiten des internationalen Kapitals.*“ http://www.monde-diplomatique.de/pm/dossier/freihandel_artikel.id.20140613a0003

Quelle: Artikel aus dem Newsletter des wissenschaftlichen Beirats von Attac Frankreich „**Les Possibles**“, **Sept. 2014**, mit dem Schwerpunkt Freihandelsabkommen. <https://france.attac.org/nos-publications/les-possibles/numero-4-ete-2014/dossier-accords-de-libre-echange/article/quelles-luttes-et-quelles>

Übersetzung: Jürgen Janz, Hans-Hermann Bohrer, coorditrad
Hélène Cabioc'h ist Mitglied von Attac-Frankreich (Rat), sie und Amélie Canonne sind Mitglied von AITEC

Über Freihandelsverträge und den Widerstand dagegen: <http://www.bilaterals.org>,

auch <http://www.stopepa.de/> und <http://www.oxfam.de/mitmachen/handel/stoppt-epas>,

Beiträge von Jacques Berthelot (auch englisch): <http://www.solidarite.asso.fr/Jacque-BERTHELOT>

Aufruf an die Parlamentarier, das «**Partnerschafts**»abkommen EU-Westafrika abzulehnen:

<https://blogs.attac.org/groupe-afrique/article/les-parlements-africains-et> (Deutsch: <http://sandimgetriebe.attac.at/11018.html>)

Selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA

Das aus über 240 Organisationen bestehende Bündnis „Stop TTIP“ hat entschieden, Rechtsmittel gegen die Ablehnung der Europäischen Bürgerinitiative zu TTIP und CETA durch die Europäische Kommission einzulegen. Am 7. Oktober 2014 ist die Unterschriftensammlung für die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen TTIP und CETA gestartet. Innerhalb von nur 2 Tagen sind 300 000 Unterschriften zusammengekommen.

Text der Unterschriftensammlung:

Gegenstand: Wir fordern die Institutionen der Europäischen Union und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu stoppen, sowie das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada nicht zu ratifizieren.

Wichtigste Ziele: Wir wollen TTIP und CETA verhindern, da sie diverse kritische Punkte wie Investor-Staat-Schiedsverfahren und Regelungen zur regulatorischen Kooperation enthalten, die Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen. Wir wollen verhindern, dass in intransparenten Verhandlungen Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie öffentliche Dienstleistungen (z. B. Wasserversorgung) und Kulturgüter dereguliert werden. Die selbstorganisierte EBI unterstützt eine alternative Handels- und Investitionspolitik der EU.

<http://stop-ttip.org/de/unterschreiben>, s. auch: <http://www.attac.de/sebi>

Alexandra Strickner, Christian Felber (attac Österreich) Europäischer Rat und Kommission fürchten sich vor den Bürgern

23. September 2014

Erinnern Sie sich an den Plan D? Der "Plan D" war eine PR-Maßnahme der EU-Kommission nach der Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags in zwei Referenden in Frankreich und den Niederlanden 2005. Er diente wörtlich der "Wiederherstellung des Vertrauens der Öffentlichkeit in die EU". Dies sollte erreicht werden, indem "dem Bürger die Informationen und die Instrumente an die Hand gegeben werden, um aktiv am Entscheidungsfindungsverfahren teilzunehmen und Teilhaber des europäischen Einigungswerks zu werden." Nachsatz: "Dieser demokratische Erneuerungsprozess bedeutet, dass die EU-Bürger das Recht haben müssen, dass ihre Belange wahrgenommen werden." 2005 erhielten "die EU-Bürger" von der Kommission (!) das Recht, dass ihre Belange wahrgenommen werden. Es schlug 13 in Brüssel.

Was darauf folgte, floss aus einem anderen Geist: Zuerst wurde der zu 95 Prozent wortidiotische Lissabonvertrag durchgesetzt - ohne Volksabstimmungen. So konnten jene Länder, die beim Verfassungsvertrag noch zwingend Volksabstimmungen durchzuführen hatten, diese umgehen. Sodann folgten EFS, EFSF, ESM, Fiskalpakt, Wettbewerbspakt, Bankenunion und nun die Geheimverhandlungen zu CETA und TTIP. Keiner dieser "Belange" resultierte aus artikulierten Bedürfnissen der Bevölkerung. Trotzdem oder gerade deshalb wollen sich die BürgerInnen beteiligen. Die einzige formale Möglichkeit: die Europäische BürgerInneninitiative - eine Version des Volksbegehrens, über deren Zulässigkeit jedoch die Europäische Kommission entscheidet.

Auf Initiative von "Mehr Demokratie Deutschland", Campact und dem Umweltinstitut schlossen sich 240 Organisationen aus 21 EU-Mitgliedsstaaten zusammen, um dieses "Instrument" zu nutzen. Ziel der Initiative ist, dass die Kommission dem Europäische Rat den Abbruch der CETA- und TTIP-Verhandlungen empfiehlt.

Doch am 10. September blockierte die Kommission die Initiative, mit der Begründung, dass nur "Rechtsakte", die EU-Recht verändern, Gegenstand einer EBI sein dürfen. Außerdem sei es "unzulässig", dass BürgerInnen die Kommission aufforderten, einen Rechtsakt nicht zu setzen, das Verhandlungsmandat für TTIP seitens des Rates stelle "keinen Rechtsakt" dar. Doch laut Artikel 288 AEUV handelt es sich bei Ratsbeschlüssen sehr wohl um Rechtsakte: "Ihr Kennzeichen ist, dass sie rechtlich verbindlich sind", erklärt der Völkerrechtler Bernhard Kempten der Uni Köln in einem Gutachten. Die Kommission gibt mit ihrem Njet den BürgerInnen zu verstehen, dass sie gegen Beschluss und Mandat nichts unternehmen dürfen. Erst wenn die zähen Verhandlungen abgeschlossen und der Vertrag ratifiziert ist, dürften sie - nach jahrelangem Zuschauen - initiativ werden: absurd. Plan "D" steht nicht dafür, dass die "Belange der Bürger" wahrgenommen werden, sondern für die Demütigung des Souveräns.

Die Unterdrückung der Bürgerinitiative ist nicht die erste Machtpose der Kommission im Zuge des TTIP-Prozesses. Den Abgeordneten des Europaparlamentes werden aktuell in kleinen Kreisen "konsolidierte Fassungen" des Verhandlungszwischenstands zwischen EU und USA wie in einem Bond-Film nur in eigenen "Leseräumen" ohne Papier, Bleistift, Handy zugänglich gemacht. Diese entwürdigende Posse bringt die Machtverhältnisse in Brüssel auf den Punkt: Die Kommission, das demokratisch am schwächsten legitimierte Organ in Brüssel, entscheidet, was die direkt Gewählten dürfen und was nicht. Während einige der ParlamentarierInnen diese Willkür kritisieren, schweigen die - mandatserteilenden - Regierungen im Chor.

Die Angst vor den BürgerInnen muss beim Rat und der Kommission groß sein, dass sie sich solche Abschottungsmanöver leisten. Machtpolitik, die im krassen Widerspruch zur

eigenen PR-Propaganda steht, wird den Widerstand gegen TTIP und CETA weiter wachsen lassen. Die InitiatorInnen werden jedenfalls gegen die Kommissionswillkür vor dem Europäischen Gerichtshof klagen und die Initiative ohne Erlaubnis "von oben" fortführen: eine "echte EBI"!

Wie könnte ein demokratischer Verhandlungsprozess aussehen?

- 1.) Die Souveräne geben in den Grundlagenvetrag die Ziele für internationale Wirtschaftsabkommen vor, z. B. nachhaltige Entwicklung, Verringerung der Ungleichheit, Stärkung von sozialem Zusammenhalt und Demokratie.
- 2.) Nationale und europäische Parlamente erteilen auf Basis dieser Ziele Verhandlungsmandate.
- 3.) Das Verhandlungsmandat wird vom Verfassungsgerichtshof geprüft und bei Nichtübereinstimmung mit den Verfassungszielen - dient TTIP der Umsetzung der Menschenrechte, gerechter Verteilung, Ressourcen- und Klimagerechtigkeit, Stärkung der Demokratie? - annulliert.
- 4.) Bei grünem Licht laufen die Verhandlungen transparent nach Regeln ab, die verfassungskonform sind.
- 5.) Das Ergebnis wird den Souveränen zur Abstimmung vorgelegt. In ihrem Namen werden völkerrechtliche Verträge verhandelt. Wer wenn nicht der Auftraggeber soll über das Ergebnis entscheiden?

Christian Felber ist Gründungsmitglied von Attac Österreich. Alexandra Strickner ist Obfrau von Attac Österreich.

<http://derstandard.at/2000005901100/Plan-D-wie-Demuetigung>

Mehr Informationen:

<http://stop-ttip.org/de/blog/2014/09/15/eu-kommission-will-burgereinfluss-bei-ttip-und-ceta-ausschalten/>

Die Begründung der Europäischen Kommission: <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/non-registered/details/2041?lg=en>

Positionen von Gewerkschaften

Ver.di: TTIP und CETA gefährden Sozialstandards, Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte

Berlin, 29.9.2014 |

ver.di kritisiert die unzureichende Absage der designierten EU-Handels-Kommissarin Cecilia Malmström an Investor-Staats-Schiedsverfahren in den geplanten internationalen Handelsabkommen TTIP und Ceta. Dahinter verbirgt sich ein Investorenschutz, der es Unternehmen ermöglichen soll, einen Staat vor einem Sondertribunal zu verklagen, wenn sie durch politische Entscheidungen ihre Gewinne geschmälert sehen.

„Diese Schiedsverfahren sind ein Angriff auf die demokratische Souveränität, die Rechte des Parlaments und den Rechtsstaat“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske aus Anlass der Anhörung Malmströms im Europäischen Parlament.

„Ceta ist in der vorliegenden Form nicht zustimmungsfähig“, sagte Bsirske zum geplanten Freihandelsabkommen mit Kanada. „Die Haltung von EU-Kommis-

sion, Europäischem Parlament, Bundesregierung und Deutschem Bundestag ist der entscheidende Test für die politische Glaubwürdigkeit, denn Ceta ist die Blaupause für TTIP und alle künftigen Freihandelsabkommen.“

Neben den Investor-Staats-Schiedsverfahren sehen die geplanten Abkommen mit Kanada (Ceta) und den USA (TTIP) weitere inakzeptable Regelungen vor. So ist es aus Sicht von ver.di falsch, nur wenige Branchen und Dienstleistungen auf einer Negativliste vom jeweiligen Abkommen auszunehmen. „Nötig ist eine Positivliste, die eindeutig regelt, welche Branchen und Dienstleistungen von den Abkommen erfasst werden. Nur so lässt sich verhindern, dass künftige Dienstleistungen, die sich erst noch entwickeln, automatisch dem Freihandelsregime unterworfen werden“, so Bsirske. Erforderlich sei die Anpassung

von Sozial- und Umweltstandards auf dem höchsten Niveau, die Sicherung von Mitbestimmungs- und Arbeitnehmerrechten in transatlantischen Unternehmen ebenso wie der Schutz persönlicher Daten, von Verbraucher- und Urheberrechten.

„Bisherige EU-Vereinbarungen zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen dürfen nicht durch die Hintertür bedroht werden.

Deshalb ist alles andere als ein klares Nein zu Ceta beim derzeitigen Stand nicht akzeptabel“, betonte Bsirske.

<https://www.verdi.de/themen/nachrichten/+co++f09b38e0-48a4-11e4-b913-52540059119e>

S. auch das längere ver.di-Positionspapier „Geheim verhandelt: TTIP und TiSA“ <http://www.verdi.de/themen/internationales/+co++ee801132-08d7-11e4-8a3b-52540059119e> (Juli 2014)

IG Metall Deutschland : Es bleibt beim „Nein zu TTIP, wenn unsere Kernforderungen nicht erfüllt werden“:

http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Veranstaltungen/2014/IG_Metall_zu_TTIP.pdf

Beschluss des TUC-Kongresses am 23. September 2014: „Congress therefore resolves that the trade union movement should now call for the TTIP negotiations to be halted and adopt a clear position of outright opposition to TTIP, and the other trade agreements currently being negotiated“, <http://www.bilaterals.org/?tuc-2014-congress-resolution-on>

DGB-Dossier zu TTIP: <http://www.dgb.de/themen/+co++eb3790ee-0b3a-11e4-959e-52540023ef1a>

Einen Überblick über die Positionen der deutschen Gewerkschaften findet man hier: <http://www.annotazioni.de/post/1430> und hier <http://www.labournet.de/politik/eu-politik/wipo-eu/freihandelsabkommen-mit-den-usa-tafta/>

Attac Deutschland startet Initiative "10.000 Kommunen TTIP-frei"

Kommunale Selbstverwaltung gegen Konzerninteressen

11.09.2014

(...) Die EU hat in ihrem Verhandlungsmandat für TTIP festgelegt, dass nur wenige öffentliche Dienstleistungen wie Justiz, Polizei oder der Strafvollzug von einer Liberalisierung ausgenommen werden sollen, nicht aber Bildung, Kultur, Wasser und Abwasser. Gerade die Privatisierung der Wasserversorgung könnte so durch die Hintertür erzwungen werden. Auch im Abkommen festgelegte Investitionsschutzregelungen können die Entscheidungsfreiheit der Kommunen weiter einschränken, da diese – etwa im Fall von Umweltauflagen – Schadensersatzansprüche von Unternehmen befürchten müssen.

Ähnlich negative Auswirkungen wie TTIP kann auch das bereits verhandelte Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada CETA, sowie das geplante plurilaterale Dienstleistungsabkommen TiSA haben.



Verschiedene kommunale Spitzenverbände – darunter der Deutsche Städtetag – warnen bereits vor TTIP und den anderen Abkommen. Auch einige kommunale Gremien haben kritische Stellungnahmen verabschiedet, darunter Bremen, Erkrath, Fürth, der Kreis Groß-Gerau, Marburg, Kassel, der Main-Kinzig-Kreis, der Oder-Spree-Kreis, Oldenburg, Potsdam und der Landkreis Roth. Lokale Attac-Gruppen sind in vielen weiteren Kommunen aktiv, um dort

ebenfalls eine Auseinandersetzung mit TTIP anzuregen. Vorbild für die Kampagne "10.000 Kommunen TTIP-frei" ist Frankreich, wo sich bereits zahlreiche Kommunen und Regionen gegen das Abkommen positioniert haben.(1)

Auf der Webseite www.attac.de/TTIP-in-Kommunen veröffentlicht Attac kritische Stellungnahmen von kommunalen Gremien zu TTIP.

(1) In Frankreich: https://france.attac.org/se-mobiliser/le-grand-marche-transatlantique/article/toutes-et-tous-hors-tafta-signez-l?id_rub=22&id_mo=119

<http://www.attac.de/index.php?id=72041>

Studie zu den Auswirkungen von TTIP auf die Kommunen: <http://blog.campact.de/2014/09/exklusiv-studie-zeigt-ttip-abkommen-mit-usa-nimmt-kommunen-und-bundeslaender-in-wuergegriff/>

Tagung "Für starke, demokratische und solidarische Kommunen", 25.10.2014 in Erfurt

Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen ist ein Dauerproblem. Wirtschaft, Bund und Länder benutzen die Finanznot der Kommunen in Verbindung mit der „Schuldenbremse“ zunehmend als Vorwand und Druckmittel für die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Aufgaben – insbesondere in Bereichen der Daseinsvorsorge. Mehr Infos: <http://www.attac.de/startseite/termine>

Erklärung von ca. 170 Organisationen weltweit Das CETA-Abkommen wird multinationale Unternehmen zum Nachteil der Rechte der Bevölkerungen bereichern

25. September 2014

Auf dem Gipfeltreffen Kanadas und der Europäischen Union, das am 26. September 2014 in Ottawa eröffnet wird, sollen die Verhandlungen über das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union offiziell abgeschlossen werden. Das Abkommen zielt auf viel mehr als nur auf den einfachen Austausch von Waren. Es wird auch den Handel mit zahlreichen Dienstleistungen beeinflussen, darunter Finanzdienstleistungen und öffentliche Dienstleistungen. Das Abkommen berührt ebenfalls die regulatorische Kooperation, die öffentliche Auftragsvergabe, die Landwirtschaft, den Investitionsschutz sowie die Arbeitnehmermobilität.

Es hat lange gedauert, bis die Vertragstexte veröffentlicht wurden, die während der gesamten Verhandlungszeit den Parlamentsmitgliedern nicht zugänglich gemacht wurden und die jetzt angeblich fertig ausgehandelt sind. Es handelt sich hier um einen offenkundigen Verstoß gegen demokratische Prinzipien, der jegliche Debatte ersticken soll und der unsere Gesellschaften und ihre Abgeordneten vor vollendete, nicht mehr veränderbare Tatsachen stellt. Während kein Parlament eine Stellungnahme zu den Bestimmungen des Vertrags abgeben konnte, wird der Gipfel von Ottawa hauptsächlich eine PR-Veranstaltung sein, die dazu dient, den Vertrag bekannt zu machen, und die mit den üblichen Reden und Fotos garniert wird. Als Nächstes wird die offizielle Ratifizierung des Vertrags erfolgen und dann wird er in Kraft treten.

Wir, Gewerkschaften, Vereinigungen von Landwirten, von Frauen und von Angehörigen der Ersten Nationen (indigene Völker Kanadas), Nichtregierungsorganisationen, Verbraucherorganisationen, Umweltgruppen, Forschungsnetzwerke und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen lehnen dieses Abkommen aus folgenden Gründen ab.

1. CETA ist ein Angriff auf die Demokratie

Wir prangern seit Jahren den geheimen Charakter der Verhandlungen über Inhalte an, die entscheidend sind für die Zukunft unserer Gesellschaften, und fordern, dass eine öffentliche Debatte darüber stattfindet. Dieser antidemokratische Charakter zeigt sich erneut in eklatanter Weise auf diesem Gipfel, der eines der ehrgeizigsten Abkommen der Welt feiert (CETA geht weiter als die Abkommen der Welthandelsorganisation und die meisten anderen Handelsab-

kommen), bevor die Parlamente sich damit befasst, geschweige denn es gebilligt haben. Weil die fast fertig ausgearbeiteten Texte kürzlich geleakt wurden, konnten wir uns davon überzeugen, dass CETA große Auswirkungen auf die Bevölkerungen der betroffenen Länder haben wird: Das Abkommen wird die Schwächung der Macht der Regierungen gegenüber ausländischen Investoren festschreiben, es wird außerdem dafür sorgen, dass Versorgungs- und Dienstleistungsbereiche, die bislang öffentlich bleiben konnten, künftig privaten Unternehmen geöffnet werden müssen, oder auch unter anderem zu Preissteigerungen bei Medikamenten führen.

2. CETA begrenzt die gesetzgeberische Kompetenz der Staaten und gibt Unternehmen die Möglichkeit, künftige Gesetze und Regulierungen anzufechten

Einer der besonders beunruhigenden Aspekte des CETA-Abkommens ist das Schlichtungsverfahren bei Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten: Es ermöglicht ausländischen Investoren Regierungen zu verklagen, wenn diese im öffentlichen Interesse Regelungen oder Gesetze verabschieden, die den wirtschaftlichen Wert von Investitionen oder erwartete Gewinne schmälern könnten. Unternehmen haben dieses Verfahren bereits benutzt und Gelder in Millionenhöhe von Regierungen gefordert: Geklagt wurde gegen zu hohe Mindestlöhne (Veolia gegen Ägypten), minimale Umweltschutzbestimmungen (Lone Pine Resources gegen Kanada), den Ausstieg aus der Atomkraft (Vattenfall gegen Deutschland), Maßnahmen zugunsten der Gesundheit der Bevölkerung (Ethyl gegen Kanada sowie Philip Morris gegen Uruguay und Australien) und sogar Entscheidungen unserer Gerichte (Eli Lilly gegen Kanada).

Das Verfahren zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten gewährt den Großunternehmen übermäßige Rechte, was Auswirkungen hat auf die Sozialpolitik, auf die Nutzung des Grund und Bodens und des Staatsgebiets, auf Umweltschutzmaßnahmen, auf den öffentlichen Personenverkehr, auf die Telekommunikation usw. Es erlaubt ihnen, gegen legitime, auf demokratische Weise beschlossene Änderungen von Gesetzen und Regulierungen vorzugehen, und beschränkt somit umfassend das Recht der Staaten, im öffentlichen Interesse Gesetze zu erlassen und zu regieren.

Darüber hinaus erlaubt das CETA-Abkommen Investoren, alle ihnen nach dem Abkommen zustehenden Rechte und

Privilegien bis 20 Jahre nach dem eventuellen Ausscheiden einer der Vertragsparteien zu behalten.

3. CETA wird die Unternehmen mehr schützen als die Arbeitnehmer/-innen

Die Europäische Union hat den Einschluss verbindlicher Rechtsinstrumente (Klagen, finanzielle Zwangsmaßnahmen, Geldstrafen) zur Absicherung von Arbeitsrechtsbestimmungen offenbar abgelehnt. Die vagen Formulierungen in diesem Kapitel könnten auch den Ausbau der sozialen Sicherungen einschränken, indem diese anderen Standards oder sogar weniger verbindlichen privaten Initiativen untergeordnet werden.

4. CETA wird die Rolle der Staaten und der regionalen Entwicklung einschränken

Es ist bedauerlich, dass die Befugnis von Instanzen innerhalb eines Staates (Landes- und Gemeinderegierungen oder andere), auf öffentliche Aufträge zur Ankurbelung der wirtschaftlichen Entwicklung zurückzugreifen, eingeschränkt worden ist. In vielen Bereichen der öffentlichen Versorgung wird es künftig verboten sein, Investoren Mindestbedingungen entsprechend den örtlichen Erfordernissen vorzuschreiben oder lokale Produkte oder Dienstleistungen zu bevorzugen. CETA wird es auch verunmöglichen, privatisierte Dienstleistungsbereiche erneut zu verstaatlichen oder neue öffentliche Dienstleistungsbereiche aufzubauen.

Ein möglicher Nutzen für die Bevölkerungen würde auf sich warten lassen und gering ausfallen. Laut den eigenen Angaben der Generaldirektion für Handel der Europäischen Kommission wird CETA sieben Jahre nach Inkrafttreten ein Wirtschaftswachstum von allenfalls 0,09 Prozent pro Jahr bewirken – ein recht lächerliches Ergebnis, das beweist, dass CETA nur für Großunternehmen von Interesse sein kann. Das Abkommen entspricht der Idee von Akkumulation und Wachstum, wie sie von transnationalen Unternehmen vertreten wird, für die der Profit wichtiger ist als Vorteile für die Bevölkerung.

Ein Aufruf zur Mobilisierung

Das mit CETA angestrebte wirtschaftliche und politische System wird zu einer Zunahme von Ungleichheiten und zu einem beträchtlichen Abbau unserer sozialen Sicherungen und des Umweltschutzes führen und den transnationalen Unternehmen die Kontrolle über unsere grundlegendsten wirtschaftlichen, sozialen und

umweltbezogenen Rechte in die Hand geben. Die Ratifizierung dieses Abkommens wird unsere Staaten für die nächsten Jahrzehnte binden, da keine Möglichkeit vorgesehen ist, anderen, auf Zusammenarbeit und Solidarität beruhenden Vorschlägen Rechnung zu tragen. Einem solchen Abkommen zuzustimmen ist ebenso unannehmbar wie unverantwortlich. Mit vereinter Stimme fordern wir also unsere Abgeordneten auf beiden Seiten des Atlantiks dazu auf, dieses ohne jede demokratische Legitimation ausgehandelte Abkommen auf allen Regierungsebenen abzulehnen, solange CETA nicht unter Einbeziehung aller Teile der kanadischen und europäischen Zivilgesellschaft öffentlich debattiert wird.

Wir rufen auf zur Mobilisierung aller sozialen Bewegungen und Organisationen

Liste der Unterzeichnenden: <http://www.quebec.attac.org/spip.php?article1146>

in Kanada, Quebec und Europa sowie aller Bürgerinnen und Bürger, die über die Folgen solcher Abkommen besorgt sind, mit dem Ziel, gemeinsam darauf zu drängen, eine breite und mit ausreichender Information begleitete öffentliche Debatte über CETA durchzuführen.

Kurzfristig rufen wir alle dazu auf, sich am **26. September 2014** um 12 Uhr anlässlich des kanadisch-europäischen Gipfeltreffens vor dem Parlament in Ottawa zu versammeln sowie am **11. Oktober 2014** am Europäischen Aktionstag gegen das Transatlantische Freihandelsabkommen (TAFTA oder TTIP), CETA und das Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TiSA) teilzunehmen und in den kommenden Monaten die **selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (EBI)** gegen TTIP und CETA aktiv zu unterstützen.

Außerdem richten wir einen **Aufruf zur**

Solidarität an alle sozialen Bewegungen in allen Teilen der Erde und setzen uns dafür ein, unsere jeweiligen Kämpfe gegen die bestehenden oder in Verhandlung stehenden Abkommen über Freihandel und Investitionen besser aufeinander abzustimmen.

Wir möchten alle dazu ermuntern, in ihren jeweiligen Netzwerken **die Durchführung eines weltweiten Aktionstags gegen den Freihandel im zweiten Quartal 2015** ins Auge zu fassen, unter anderem, um das infame Schlichtungsverfahren für Streitigkeiten zwischen Investoren und Staaten zu Fall zu bringen und den Vorrang der Rechte der Bevölkerungen vor der ungeheuren Macht und der Straflosigkeit multinationaler Unternehmen zu bekräftigen.

Aus dem Französischen von Angelika Gross, Jürgen Janz und Werner Horch (Coordinat)

Empfehlenswert: Umfangreiche Analyse über **CETA**: „*This report demonstrates in detail how the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) deal is unbalanced, favouring large multinational corporations at the expense of consumers, the environment, and the greater public interest.*“, 128 Seiten auf englisch, <https://www.policyalternatives.ca/publications/reports/making-sense-ceta>
Sowohl der konsolidierte CETA-Vertragstext von 521 Seiten wie auch knapp 1000 Seiten Fußnoten und Anhänge findet man auf: <http://eu-secretdeals.info/ceta/>

Die EU Kommission hat endlich Dokumente veröffentlicht hat: http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ceta/index_en.htm#outcome

Attac Österreich

14.000 Unterschriften gegen CETA an Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner

Die VertreterInnen der Plattform TTIP STOPPEN in Österreich (ATTAC, Fian, GLOBAL 2000, ÖBV Via-Campesina Austria, Pro-Ge, SÜDWIND) haben Mitte September eine E-Mail-Aktion gestartet, die Herrn Bundesminister Reinhold Mitterlehner auffordert, sich unter den gegebenen Umständen in Brüssel gegen CETA auszusprechen.

25.09.2014,

Der E-Mail-Protest zeigte offensichtlich Resonanz. Dem Entschließungsantrag, der gestern sehr kurzfristig von SPÖ und ÖVP eingebracht wurde, stimmte die Mehrheit im Nationalrat zu. So sei die Sinnhaftigkeit der Investoren-Staats-Klagerechte sowohl bei CETA als auch bei dem geplanten Abkommen mit den USA, TTIP, "aus heutiger Sicht nicht erkennbar." Eine Absenkung von Standards sowohl im Umweltschutz- als auch im ArbeitnehmerInnenbereich soll verhindert werden.

Alexandra Strickner, Obfrau von Attac Österreich: "Darin wurden unsere Bedenken zumindest zum Teil aufgenommen. Das ist ein wichtiges Signal seitens der Regierungsparteien und ein erster Schritt in die richtige Richtung. Dennoch, viele weitere Fragen sind offen."

Noch viele Fragen offen

Doch der geleakte CETA-Text, der dem Bündnis TTIP STOPPEN vorliegt, wirft die Frage auf, wie dies zu schaffen sein wird. Heidemarie Porstner, TTIP- und CETA-Sprecherin der österreichischen Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000: „Um ein Beispiel zu geben: Im Paragraphen zu Biotechnologie und Gentechnik steht schwarz auf weiß, dass sowohl die EU als auch Kanada zustimmen, die Handelsbarrieren im

Biotechnologiebereich, also auch bei Gentechnik, zu minimieren. Wie das funktionieren soll, ohne dass die wichtigen hohen Auflagen der EU gesenkt werden, konnte uns bisher niemand erklären.“

Die der Abstimmung im Nationalrat vorangegangene Diskussion um das Investoren-Staats-Klagerecht war für die Bündnis-VertreterInnen durchaus ärgerlich. Denn mehrfach wurde ISDS als wichtiger Mechanismus im Zusammenhang mit Handelsbeziehungen mit Ländern des benachteiligten Südens genannt. Elfriede Schachner, Geschäftsführerin bei SÜDWIND: „Wenn Entwicklungsländer dem Kreis beitreten wollen, wird es schwierig, an den im CETA getroffenen Regelungen vorbeizukommen. Sie hätten keine andere Wahl als sich im Handel mit der EU und Kanada an deren Richtlinien zu halten, die sie jedoch vorher nicht mitverhandeln konnten. Damit wären durch die Hintertür multilaterale Regeln für die Weltwirtschaft etabliert.“

Auch wurde im Nationalrat gestern wieder das Chlorhuhn diskutiert. Irmi Salzer von ÖBV Via-Campesina Austria betont: „Manche meinen dies sei ein populistisches Beispiel. Aber dahinter steckt die ernst zu nehmende Frage, welche Art der Landwirtschaft mit den geplanten Handelsabkommen gefördert wird.

Wir setzen uns für eine kleinbäuerliche, biologische und klimaschonende Landwirtschaft ein.“

Auch im Bereich der ArbeitnehmerInnenrechte gibt es weiterhin Grund zur Sorge: Gerhard Riess von der Produktionsgewerkschaft führt aus: „Am 11. September hat der ÖGB in einem Brief an Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner seine Bedenken zu CETA dargelegt. ArbeitnehmerInnenrechte und Gewerkschaftsrechte sind durch solche Abkommen massiv gefährdet, da sie als profitmindernd gelten könnten. Dagegen setzen wir uns zur Wehr.“ (...)

Widerstand gibt es auch aus Kanada

Die Kritik und den Widerstand gegen das CETA-Abkommen gibt es nicht nur in Europa sondern auch in Kanada. In einem gemeinsamen Statement haben über hundert Organisationen aus Europa und Kanada ihre Kritik am CETA-Abkommen formuliert(...)

Die Plattform TTIP STOPPEN

<https://www.ttip-stoppen.at/>

plant am 11. Oktober gemeinsam mit vielen anderen Bündnissen in ganz Europa einen Aktionstag gegen TTIP, CETA und TISA.

<http://www.attac.at/news/detailansicht/datum/2014/09/25/14000-unterschriften-gegen-ceta-an-wirtschaftsminister-reinhold-mitterlehner.html>

Piketty: „Das Kapital im 21. Jahrhundert“

Die SiG-Redaktion wird eine Sondernummer zur Debatte um dieses Buch zusammenstellen.

Leseprobe: http://www.chbeck.de/fachbuch/leseprobe/Leseprobe_das-Kapital-im-21-Jahrhundert.pdf

Hier ein Interview, einige Bewertungen sowie ein Auszug aus Rainer Rillings längerem telepolis-Beitrag: „Die Ungleichheitsmaschine“

Interview zu Ungleichheit, Kriegen, TTIP

Auszug aus einem taz-Interview mit Ulrike Hermann und Rainer Metzger, taz.de, 25.06.2014

Frage: Bis zum Anfang des Ersten Weltkriegs war die Gesellschaft sehr ungleich, und trotzdem wuchs die Wirtschaft stark. Also kann der Kapitalismus doch auch gut mit hohen Ungleichheiten funktionieren, oder?

Das denke ich nicht. Die Verhältnisse vor hundert Jahren waren nicht der Pfad zur volkswirtschaftlichen Glückseligkeit, sondern der Weg zum Nationalismus. Ungleichheit war sicher nicht der einzige Grund für den Ersten Weltkrieg. Aber sie war ein Teil der Geschichte. Die Länder haben ihre internen sozialen Probleme nicht auf friedliche Weise lösen können. Nehmen Sie das Niveau an Ungleichheit 1913 in Paris: 1 Prozent besaßen 70 Prozent des Vermögens. Und zwei Drittel der Bevölkerung hatten bei ihrem Tod so wenig Besitz, dass ihre Beerdigungskosten davon nicht bezahlt werden konnten. Bei solchen Zuständen ist es immer verlockend, die Schuld auf andere abzuschieben. Diese Risiken haben wir heute wieder. Wenn wir unsere Probleme nicht in einer offenen rationalen Art angehen, werden wir Ausländer, Brüssel, China oder Deutschland dafür verantwortlich machen.

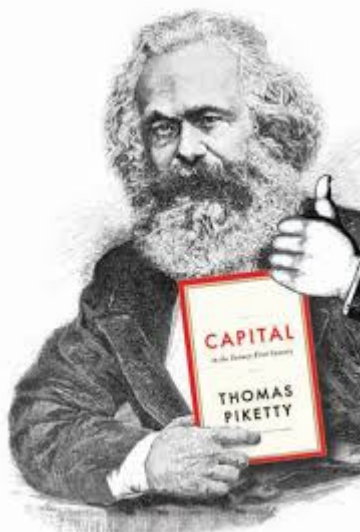
Sie schlagen eine globale Vermögensteuer vor. Aber die bisherige Erfahrung ist: Sobald eine weltweite Koordination nötig wird, kommt eine Steuer nie. Das hat sich zum Beispiel bei der Finanztransaktionssteuer gezeigt, oder nicht?

Es stimmt. In der EU gilt bisher Einstimmigkeit bei Steuerfragen. Damit lässt sich alles verhindern. Zudem ist es nicht demokratisch, dass ein Finanzminister seine gesamte Bevölkerung vertritt - in Deutschland also 80 Millionen Menschen. Eigentlich müsste das EU-Parlament sehr viel mehr Macht haben. Das wird nicht einfach, aber die gute Nachricht ist: Die europäischen Verträge wurden schon öfter geändert. Es ist also machbar.

Und wie sehen Sie in diesem Rahmen die Verhandlungen über eine Freihandelszone mit den USA?

Es wäre eine völlige Verschwendung, die halbe Wirtschaftskraft des Planeten an einem Tisch zu versammeln, nur um dann

ein weiteres Freihandelsabkommen auszuhandeln. Viel nützlicher wäre es, wenn Europa sich nur auf ein Abkommen mit den USA einlässt, wenn es gleichzeitig ein bindendes Abkommen zu Steueroasen oder eine internationale Mindeststeuer auf Unternehmensgewinne enthält. Wenn nicht bei dieser Gelegenheit, wann dann?



Was ist Ihr Fazit, vielleicht der wichtigste Punkt?

Es muss eine demokratische und finanzielle Transparenz bei den Vermögen geben. Anders als in den USA ist es in Europa heutzutage noch nicht so sehr ein Problem, dass die Ungleichheit exorbitant zunimmt - soweit wir das aus unseren Daten erkennen können. Aber dies ist genau die Schwierigkeit: Die Daten sind so lückenhaft, dass es oft nicht möglich ist, vernünftige Aussagen über das Vermögen zu treffen...

In Deutschland wird das Vermögen des reichsten Prozent statistisch nicht erfasst. Man vermutet aber, dass dieses oberste Hundertstel rund ein Drittel des gesamten Volksvermögens besitzt. Wie können Sie überhaupt noch Schlüsse ziehen?

Das hat Tücken, richtig. Ich vertraue der Quantifizierung des Reichtums für das Jahr 1913 stärker als der von 2013. Das Nationaleinkommen wird relativ gut erfasst. Aber die Verteilung des Einkommens bis in die obersten Schichten ist eine andere Frage. Einen gewissen Hinweis gibt das Milliar-

dars-Ranking von Forbes: Deren Vermögen hat jährlich real um 6 bis 7 Prozent zugenommen.

Das klingt nicht sehr gerecht.

Wir dürfen nicht vergessen: Viel Vermögen ist besser als wenig Vermögen, wenn wir Probleme lösen wollen. Das ist die positive Seite. Wir reden in Europa immer über unsere Schulden. Aber wir haben unterm Strich gar keine, wir vererben unseren Kindern netto mehr Vermögen denn je. Wie gesagt: Das einzige Problem ist, dass wir nicht wissen, wem was gehört, welche Firmen, welche Immobilien. Schon wieder ein fruchtbarer Grund, auf dem sich Populismus bilden kann.

Viele Reiche argumentieren gegen eine Vermögensteuer nach dem Motto, sie würde wenig bringen - und viel Verwaltung kosten.

Dabei wird aber vergessen, dass eine Vermögensteuer wertvolle Daten über die Besitzverteilung liefern würde. Und diese Daten sind wichtig für die demokratische Debatte. Als 1902 die erste progressive Erbschaftsteuer in Frankreich eingeführt wurde, war die bedeutendste Folge, dass man plötzlich statistische Aussagen treffen konnte. Der Spitzensteuersatz betrug nur 2 Prozent. Aber die Daten zeigten, dass wir überhaupt keine gleiche Gesellschaft waren. Die Konzentration des Reichtums war exakt so hoch wie in Großbritannien - trotz der Französischen Revolution. Dieses neue Wissen hat dann die politische Debatte erst möglich gemacht.

In Deutschland wurde schon eine Vermögensteuer von 0 Prozent vorgeschlagen, nur um die Daten zu kriegen.

0,1 Prozent wären besser (lacht). Die G-20-Staaten sprechen gerade darüber, grenzüberschreitenden Besitz zu registrieren. Dafür brauchen Sie meiner Meinung nach eine Steuer - und eine Erfassung der Bankbewegungen zu Steueroasen. Diese Daten wären auch bei einer Finanzkrise sehr nützlich. Denn wenn Sie marode Banken haben und Sie wissen nicht, wer die Gläubiger sind, dann ist eine effiziente und akzeptable Verteilung der Lasten sehr schwierig.

Bericht der UNDP: „Humanity divided – confronting inequality in developing countries“, Nov.2013

http://www.undp.org/content/dam/undp/library/Poverty%20Reduction/Inclusive%20development/Humanity%20Divided/HumanityDivided_Full-Report.pdf

Presseschau

Georg Fülberth : Die Empirie als Waffe

Thomas Pikettys kolossale Geschichte der Verteilungsverhältnisse im 20. Jahrhundert Wenn jetzt Thomas Pikettys Buch über das Kapital im 21. Jahrhundert – 2013 auf Französisch, 2014 auf Englisch erschienen – auch in deutscher Übersetzung herauskommt, ist zu hoffen, dass es endlich hierzulande auch gelesen und nicht nur diskutiert wird.

<https://www.jungewelt.de/feuilleton/die-empirie-als-waffe>

"es ist Piketty (...) gelungen, die dringend notwendige Diskussion über die Zukunft der Marktwirtschaft endlich ins Zentrum der

öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken."

Peter Bofinger, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. Mai 2014

"Das große Verdienst des Franzosen besteht darin, dass er den Blick der Ökonomie zum richtigen Zeitpunkt wieder stärker auf Verteilungsfragen gelenkt hat. (...) aktueller denn je.", Torsten Riecke, Handelsblatt, 11. September 2014

"Ausgehend von seinen Forschungen zur Ungleichheit, entwirft er originelle, aber immer kluge Lösungen für eine faire Verteilung der Lasten.", Nils Minkmar, Frankfurter Allgemeine Zeitung
"Eine brillante Erzählung über Reichtum und

Armut.", Nikolaus Piper, Süddeutsche

Zeitung, 27. Mai 2014

"Sein Werk hat politische Sprengkraft.",

Norbert Höfler, Stern, 30. April 2014

"Piketty, der Robin Hood aus dem Süden von Paris.", Uwe Jean Heuser, Die Zeit, 28. Mai 2014

"(...) die weltweit umfassendste Datensammlung zum Thema Ungleichheit.", Das Erste, 22. Juni 2014

"Zum ersten Mal präsentiert ein Ökonom umfassende Belege für die Aussage 'Wer hat, dem wird gegeben'." Spiegel Online

"Es ist DAS Wirtschaftsbuch, das die Welt im Sturm erobert hat.", The Economist

Rainer Rilling

Der Kapitalismus ist eine Ungleichheitsmaschine

Pikettys "Capital" hat jetzt schon die Reichtumsfrage neu politisiert...

(Auszug; die eckigen Klammern verweisen auf Anmerkungen, die online im Originaltext von R. Rilling zu lesen sind, <http://www.heise.de/tp/druck/mb/artikel/42/42568/1.html>)

(...) Ohne politische Intervention kann für Piketty die Dynamik der großen Divergenz nicht gebrochen werden. Er thematisiert drei politische Konsequenzen, skizziert aber nur eine starke Intervention.

Erstens den Zusammenhang von ökonomischer und politischer Ungleichheit, also die Frage nach der bürgerschaftlichen Demokratie, die für ihn durch die skizzierte Grundtendenz des Kapitalismus letztlich ausgehebelt wird - "So the market and private property should be the slave of democracy rather than the opposite" (Piketty[133]). Um politische Interventionen in den neuen Reichtumskomplex durchsetzen zu können, sind schrittweise institutionelle Umbauten notwendig...

Zweitens geht es um die Frage nach einer politischen Perspektive Europas in Differenz zu den USA. Die USA stehen für die Dynamik einer großen Divergenz: von einem "neuen" Kapitalismus, der zu Beginn des letzten Jahrhunderts als deutlich weniger ungleich angesehen werden konnte als die kapitalistischen Hauptländer Europas hin zu einem global dominanten Kapitalismus mit rasant sich vertiefender Ungleichheit. Die Entwicklung in Europa ist in dieser Hinsicht differenzierter. Während sich die USA und auch England auf einen Zustand hin bewegen, in dem auf das oberste Zehntel 50 % des Einkommens entfallen, sind es bei Frankreich und Deutschland bislang rund 35 %; was im Falle der BRD mit dem faktischen Wegfall der Steuern auf Vermögen und mit dem vergleichbar schwächeren Wachstum der riesigen Einkommen der "Supermanager"

zu tun hat.

Zum bundesdeutschen Modell des Finanzmarktkapitalismus gehört keineswegs eine Begrenzung des langandauernden Vermögenswachstums. Mittlerweile hat sich die jährliche Zunahme der Vermögen an der Spitze in diesen Ländern weitgehend auf 5-7% angeglichen. Nicht erst neuerdings wird eine Fülle von Daten ins Feld geführt, wonach die Zeit der wachsenden Kluft in der Einkommens- und Vermögensstruktur zwischen Europa und den USA zu Ende zu gehen scheint. Die Widersprüche aus der Dynamik der "großen Divergenz" sind keine kontinentale Erscheinung, sondern reflektieren übergreifende, vor allem transatlantisch zunehmend parallel verlaufende Prozesse, deren wechselseitige Beförderung diese Divergenz vertiefen werden - keine erfreuliche Aussicht.

Drittens liefert Piketty im Rahmen der neoklassischen Argumentationen Daten, Annahmen und in gewissem Umfang auch Erklärungen für wachsende Ungleichheit sowie Einkommen aus Kapital als Begründung für die dringende Notwendigkeit einer Regulierung vor allem durch deutliche und (noch komplizierter!) absehbar globale und dauerhafte Besteuerung von Hocheinkommen und Großvermögen um die Ungleichheitsdynamik zu bremsen, so dass Steuerpolitik und die dazu gehörende Ermächtigung der Politik ganz neu in den Vordergrund kommen. Mit Bezug [134] auf den Zusammenhang zwischen Steuererhöhungen (ob Erbschaftssteuer, Einkommenssteuer, Vermögenssteuer oder Steuern auf Unternehmensgewinne) und Verringerung der obersten Hocheinkommen schließt Piketty [135]:

Eine Vermögensteuer wäre deshalb aus meiner Sicht wesentlich wichtiger als die Einkommensteuer. Die progressive Einkommensteuer ist eine Erfindung des 20. Jahrhunderts, ich glaube, dass man im

21. Jahrhundert über eine Neudefinition der progressiven Vermögensteuer nachdenken muss.

Um so etwas realisieren zu können, ist Transparenz [136] eine Schlüsselfrage: *I think if we, in order to have a proper wealth tax we will need a more serious fight against tax havens. More automatic transmission of information from banks to each country's government so that we know who owns what where. We will need to go toward a global registry of financial assets so that we have a much better knowledge of cross border assets than we have now. And then we will see with this transparency our democratic institutions will be better able to decide which tax rate should be adopted.* Für Piketty steht dies - durchaus auch in der Tradition der liberalen Mainstreamökonomie - im Zentrum des Bestrebens einer "Kontrolle des Kapitalismus" (532) und des Bemühens "to regulate capitalism" (518). Es geht um Finanzmarktregulierung, Finanzmarkttransparenz, Unternehmens-, Vermögens- und Einkommenssteuern, es geht aber auch um ein Grundanspruchs des Politischen: "Without taxes, society has no common destiny, and collective action is impossible." (493). Er stellt sich in Juncture [137] in die Tradition des britischen Ökonomen James Meade ("The Intelligent Radical's Guide To Economic Policy", 1975):

James Meade, just like me, believed that progressive taxation and the development of other forms of property relationships and of other forms of governance are complementary institutions. In the book I probably place too much emphasis on progressive taxation, but I do talk about the development of new forms of governance and property structure, but probably not sufficiently (...) progressive taxation of wealth will always be necessary even if we manage to develop these other alternative

forms of property. Also, progressive taxation of wealth comes with increased financial transparency - transparency of assets and company accounts - and that is very important, because if you want workers to be involved in the management of their company, and if you want people more generally to be involved in the management of the economy, then you want access to information. (...) So I think that taxation is always about more than taxation: it's a way to produce legal categories to produce financial transparency and democratic accountability. (Piketty)

Über die damit zusammenhängende Frage der auch in liberaler Sicht thematisierten Aneignungsmacht der Superreichen durch Politik (Martin Gilens [138], Jacob Hacker/ Paul Pierson [139], Larry M. Bartels u.a. [140]) verbreitet er sich nicht weiter, sieht man von knappen und sichtlich zaghaften Ausnahmen [141] andernorts ab. Fuchs [142] hat übrigens daran erinnert, dass die von Piketty ebenfalls geforderte progressive Einkommenssteuer auch bei Marx und Engels Thema waren - ein Blick auf den Forderungskatalog im Kommunistischen Manifest kann als Beleg reichen. Die Größenordnungen, die ihm vorschweben, sind allerdings alles andere als konfiskatorisch - aber sie sollten realistisch davon ausgehen, dass die Eindämmung eines dreifach stärkeren Wachstums des Reichtums der Spitzengruppe (in den USA, in Europa, global) dieses Wachstum in ein sukzessives Absinken verwandelt, die kapitalistische Ökonomie nicht einmal im Entferntesten in eine Krisensituation bringen könnte, die beispielsweise mit der Krise 2007/8ff. vergleichbar wäre.

Betrachtet man die Größenordnungen am Beispiel der EU, dann sind die zu erwartenden Effekte doch beträchtlich. Das BSP der EU betrug 2013 14.700 Milliarden € und das Privatvermögen der Haushalte in der EU lag bei etwa 70.000 Mrd €, wobei auf die reichsten 1 % dabei 17.500 entfielen; die folgenden 9 % besaßen 24.500 Mrd € wie auch die nächsten 40 %. Die verbleibenden 50 % der EU-Haushalte hatten 3.500 Mrd €. Eine Vermögenssteuer von 1 % auf die reichsten Europäer würde das Jahresbudget der Europäischen Kommission von ca. 145 Mrd. € um rund 30 Mrd. € übertreffen (Toussaint [143]).

Offenbar geht es auch nicht nur um handfeste Umverteilungsgrößen, sondern um die Zerstörung der Kultur der Gier, die sich die neue Elitengruppen der Supermanager, Großreichtümer und ihre Verschmelzungen zu privaten Souveränen arrangiert hat - ein Einstiegsprojekt also. Ergänzend argumentiert Piketty in der FAZ, dass eine deutliche Besteuerung der Vermögen auch eine

adäquate Methode zur Verringerung der Staatsverschuldung sein könne: Wir können die Kosten der Bekämpfung der Staatsverschuldung nicht den Lohn- und Gehaltsempfängern aufdrücken, solange es großen internationalen Konzernen gelingt, keine oder wenig Steuern zu zahlen und solange es gelingt, auch Privatvermögen in Steueroasen zu verlagern. Man muss anerkennen, dass gerade die Vereinigten Staaten gegen die Steueroasen vorgehen. Davon profitieren auch Länder wie Frankreich und Deutschland. Was die Gewinnverlagerung internationaler Konzerne angeht, ist aber noch nichts erreicht worden. Unsere europäischen Institutionen sind zu schwach, mit diesem Problem umzugehen. Daher müssen wir sie stärken.

Grenzen durch verengter Kapitalbegriff

Ob und wie im Verfolgen einer solchen Steuerpolitik zu guter Letzt sogar "*a capitalism without capitalists*" (138) entstehen würde, lässt Piketty ebenso offen wie die von ihm offenbar völlig ignorierte Frage nach den konkreten Akteuren, die eine solche politische Intervention aufbauen sollen und könnten. Der Verlauf der großen Krise des Neoliberalismus seit 2007/8 lässt wenig Hoffnung für die Annahme, dass sich - ähnlich wie zu Zeiten des New Deal - Elitengruppen herausbilden, die auch nur für eine andere strategische, eingreifende Entwicklungsoption der Verteilungspolitik optieren würden. Andere gängige verteilungs- oder gar produktionspolitische Interventionen spielen keine Rolle: Eingriffe in die Primärverteilung (Löhne), Abbau der Arbeitslosigkeit, massiver Ausbau der öffentlichen Investitionen in die gesellschaftlichen Commons und öffentlichen Güter, ökologischer Umbau etc.

In dieser verengten Sichtweise zeigt sich das Problem des Pikettyschen Kapitalbegriffs. Das natürlich von Marx, aber auch schon von Adam Smith aufgerufene "*Kommando des Kapitals*" und damit die untrennbar mit dem Kapitalverhältnis verknüpfte Herrschaftsbeziehung kommt hier nicht in den Blick. $R > g$ bedeutet eben auch wachsende Macht über mehr Menschen (Naidu[144]). Bei Piketty geht es mit einigen Ausnahmen (169, 228) nur um Verhandlungs- oder Staatsmacht.

Ausbruch

Vor der politischen Radikalität, die sein historischer Blick von der desaströsen Zukunftsfähigkeit des Gegenwartskapitalismus abfordert, schreckt Piketty zurück. Sie steht aber, mit und nach Piketty, dringlicher auf der Tagesordnung denn je - und natürlich ist diese Tagesordnung auch

nur einer nachhaltigen Revision der kapitalistischen Verteilungsverhältnisse in keiner Weise ein Bestandteil der Tagesordnung der kapitalistischen Macht. Der große historische Rekurs Pikettys auf die ganze kapitalistische Zeit beansprucht nicht nur, einer der machtvollsten Erzählungen dieser Zeit Glaubwürdigkeit und Nachhaltigkeit zu nehmen. Er platziert mit neuem Nachdruck eine globale Problemsituation, die sich (folgt man seiner Argumentation) durch den weiteren Gang der Dinge auch noch deutlich verschärft und nicht auflöst: Das Zentralmoment des Reichtums bricht mit hoher Dynamik aus den vielen Achsen der Ungleichheitsverhältnisse aus. Ein Prozess, den viele Autoren in der sich etablierenden Reichtumsforschung im letzten Jahrzehnt auf sehr unterschiedliche Weise beschrieben - oder abgestritten! - haben, aber keine vergleichbare historische Dimension gegeben haben.

In der heutigen Kombination von Marktgesellschaft und Einkommens- wie Vermögensungleichheit hat sich soziale Macht in einem historisch neuen Ausmaß in einer vergleichsweise kleinen Gruppe verdichtet, weshalb eine kritische Diskurspolitik auf das Begriffspaar "Kapital" und "Reichtum" zurückgreifen muss. Befeuert durch Globalisierung, Hocheinkommensaufbau und die Wiederkehr des patrimonialen Kapitalismus, massiv geschützt, gepflegt und legitimiert durch die politischen Dienstklassen hat sich dieser Prozess des plutokratischen Extremismus seit der neoliberalen Zeit eine Eigendynamik zugelegt, deren Bändigung und mittelfristige Beseitigung eine radikal intervenierende Politik der Gleichheit auf Dauer verlangt.

Und plötzlich wird die Zeit knapp. Aber wir wissen nicht, wie knapp. Parallelen zur Klimapolitik drängen sich auf. Klar scheint nur, will man Piketty glauben, dass die Freisetzung und Entgrenzung des Reichtumsaufbaus in der neoliberalen Zeit "nicht immer so weitergehen kann". Der Zeitrahmen, der für den Aufbau einer solchen stabilen Kontra-Intervention zur Verfügung steht, ist also knapp. Die Richtung, in die sie gehen muss, ist unausweichlich: eine lange historische Periode der Transformation von $r > g$ in $r < g$ einzuleiten, die auf den Umbau der Reichtumsmatrix zielt. Die Intervention in Verteilungs-, Eigentums- und Machtverhältnisse steht dabei im Zentrum. Das Feld der Akteure, die hier gefordert sind, geht über die klassische Linke weit hinaus.

Für eine historische politische Ökonomie hat Pikettys Buch für viele einen aufregenden und irritierenden Anstoß gegeben. "Capital" hat jetzt schon die Reichtumsfrage neu politisiert...

Widerstand in Europa

Alter Summit

Die zukünftige Zusammensetzung der Europäischen Kommission geht gegen die Interessen der EU-Bevölkerung

Brüssel, 30.09.2014

Anfang Oktober fand die Anhörung der Kandidat/innen aus den europäischen Mitgliedsländern für die Europäische Kommission durch die Europaabgeordneten statt. Nach Ansicht des Alter Summit ist das von Jean-Claude Juncker vorgestellte Team von Kandidat/innen durch Interessenskonflikte und Desorientiertheit vergiftet und den Interessen der europäischen Bürger/innen diametral entgegengesetzt.

Die Zusammensetzung dieser zukünftigen EU-Kommission gibt wenig Hoffnung hinsichtlich ihrer Fähigkeit, den riesigen Herausforderungen Europas wie Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit, ökologische Krise, humanitäre Katastrophen an Europas Grenzen usw. usf. ... zu begegnen. Die sich abzeichnenden Lösungen werden das extreme soziale Ungleichgewicht, das Europa seit vielen Jahren unterminiert nur noch verstärken. Darüber hinaus möchte Alter Summit die Aufmerksamkeit auf besonders erschreckende Beispiele einiger Mitglieder dieses Teams lenken, das Jean-Claude Juncker vorgeschlagen hatte.

Beispielsweise ist der spanische Kandidat **Miguel Arias Cañete**, der für die Klimapolitik zuständig sein wird, offenkundig mit der Erdöl- und Frackingindustrie verbandelt. Darüber hinaus hat er in Spanien durch sexistische Äußerungen von sich reden gemacht, als er die intellektuelle Überlegenheit der Männer propagierte. Der Interessenskonflikt und der Widerspruch zu den europäischen Grundwerten sind für uns offensichtlich.

Gleiches gilt für den britischen Kandidaten **Jonathan Hill**, dem die Aufgabe der Regulierung der Finanzmärkte zukommt, obwohl seine Verbindungen zur Londoner Bankenszene weit bekannt sind. Welche Art von Regulierung eines Gemeinguts ist von den Bankern selbst zu erwarten? Diese Frage erübrigt sich.

Was ist vom französischen Kandidaten **Pierre Moscovici** zu halten, der Wirtschafts- und Währungskommissar werden soll, sich als Fürsprecher der Interessen der Banken in der französischen Regierung erwiesen hat und erbitterter Gegner der Finanztransaktionssteuer ist, welche hingegen von einem großen Teil der Bevölkerung unterstützt wird?

Ganz zu schweigen vom ungarischen **Tibor Navracsics**, künftiger EU-Kommissar für Kultur, Bildung, Jugend und Citizenship und glühender Verteidiger der Thesen und Politik der äußersten Rechten, Mitbegründer einer ungarischen Verfassung, die ganz offen unvereinbar mit den demokratischen Werten ist, auf denen eigentlich das europäische Projekt beruht.

Noch dazu gibt es in dieser neuen Kommission von insgesamt 29 Kommissar/innen nur 9 Frauen und nur ein Drittel von ihnen waren Kandidat/innen bei den Europawahlen. Einmal mehr zeigt sich der wenig demokratische Charakter dieser Institution.

Alter Summit ist ein Netzwerk für die Förderung eines ökologischen, demokratischen, sozialen und pazifistischen Europa, das sich gegen jede Form von Sexismus und Rassismus einsetzt. Allerdings steht der Vorschlag für die Zusammensetzung der Kommission in diametralem Gegensatz zu dieser Vision.

Übersetzung: Kirsten Heininger, coorditrad
www.altersummit.eu

8.10. Eine große Koalition aus Konservativen/Christdemokraten und Sozialdemokraten bestätigt Kommissarsposten entgegen aller Bedenken. (mehr: <http://www.dielinke-europa.eu>, <http://www.greens-efa.eu/de/die-neue-eu-kommission-auf-dem-gruenen-pruefstand-12700.html>)

Weitere kritische Stimmen:

(in Zusammenarbeit mit Attac Österreich) : <http://corporateeurope.org/revolving-doors/2014/09/new-infographics-expose-corporate-backgrounds-new-eu-commissioners> ; <https://france.attac.org/actus-et-medias/le-flux/article/une-commission-au-service-des>

Heidmarie Ambrosch

Verschärfung des Abtreibungsgesetz in Spanien verhindert Ein für alle Frauen Europas bedeutender Sieg

23 Sept. 14: Massive Proteste gegen die Pläne der spanischen Regierung, die Abtreibungsgesetze gravierend zu verschärfen, haben jetzt Wirkung gezeigt: Ministerpräsident Rajoy hat seine Pläne verworfen, und der für den Gesetzesentwurf zeichnende konservative Justizminister Ruiz-Gallardón ist zurückgetreten.

Der Gesetzesentwurf, gegen den sich die Proteste richteten, sah vor, eine Abtreibung zu kriminalisieren und das Personal, das den Abbruch ausführt, mit Haft und Berufsverbot zu bestrafen. Das vergleichsweise junge liberale Gesetz,

das einen Abbruch in den ersten 14 Wochen der Schwangerschaft straffrei stellt, in Ausnahmefällen auch eine Abtreibung bis zur 22. Woche möglich macht, wurde erst 2010 verabschiedet. Für Minderjährige soll künftig dennoch gelten, dass sie die Erlaubnis der Eltern einholen müssen.

Der jetzige Rückzug der Regierung in einer für Frauen entscheidenden Frage, in der es im Falle einer unerwünschten Schwangerschaft um Leben und Tod geht, ist ein Sieg aller fortschrittlichen Kräfte. An dieser Frage haben sich die konservativen Geister in allen gesellschaftlichen Bereichen ge-

spalten. Die jetzige Entwicklung in Spanien ist ein Signal an alle Kräfte Europas, die das Selbstbestimmungsrecht von Frauen in Frage stellen und bestehende Gesetze zurückdrängen wollen. Der Erfolg der spanischen Frauen ermutigt, die Interessen der Mehrheit gegen jene der Minderheit auch weiterhin auf die Tagesordnung zu setzen.

Wir gratulieren den spanischen Frauen für ihren Erfolg und hoffen, dass unsere europaweiten Solidaritätskundgebungen den Widerstand gestärkt haben.

<http://www.transform-network.net/de/blog/blog-2014/news>

Die Petition gegen die Sonderrechtszone Hartz IV braucht MitzeichnerInnen!

Durch die Gesetzgebung und ihre Weiterentwicklung seit 2005 wurden vielfältige verschärfende Sonderregelungen speziell für Hartz-IV-Empfänger geschaffen, die Grundrechte über Gebühr einschränken und weder mit dem Sozialstaatsgebot, noch mit dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes in Einklang zu bringen sind. Bereits jetzt sind auch weitere neue Verschärfungen in 2015 absehbar.

Die Petition des **ver.di Bezirks Mittelfranken gegen die Sonderrechtszone Hartz IV** (Petitionstitel "Arbeitslosengeld - Streichung der Leistungseinschränkungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch"; Petitionsnummer 54191) ist online auf dem Petitionsserver des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages und harret der Unterschrift von 50.000 Mitzeichner_innen **bis zum 15. Oktober 2014!**

LINK: https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/2014/08/19/Petition_54191.html



Text der Petition

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, alle Vorschriften im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch ersatzlos zu streichen, welche besondere Einschränkungen der Rechte von Leistungsempfänger_innen für diesen Rechtskreis zum Inhalt haben.

Begründung

Viele Rechtsvorschriften haben im SGB II seit 2005 zu Einschränkungen in der Rechtswahrnehmung für Betroffene geführt. In der Folge hat sich ein Hartz-IV-Sonderrecht entwickelt, welches mit sozialstaatlichen Grundsätzen nicht in Einklang zu bringen ist. Diese bestätigen den Eindruck bei Betroffenen und Dritten, dass SGB-II-Leistungsempfänger_innen Bürger zweiter Klasse wären. Hiermit wird gegen den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3 GG) verstoßen.

Im Einzelnen sind insbesondere zu nennen:

1. Einschränkung des Rechts auf freie Berufswahl:

Während ALG-I-EmpfängerInnen auch nach längerem Leistungsbezug Arbeiten ablehnen dürfen, die nicht aus dem Leistungsbezug führen (§ 140, Abs. 1 SGB III), muss ein Empfänger von Leistungen nach SGB II jede Arbeit annehmen, auch wenn diese den Leistungsbezug nicht beendet (§10 SGB II)

2. Unterschreiten des Existenzminimums durch Sanktionen:

Der Regelbedarf als soziokulturelle Existenzminimum stellt dem Begriff nach

eine staatliche Garantie der individuellen Subsistenz dar. Dieses kann jedoch unterschritten werden durch Sanktionen (§31 SGB II) oder nicht anerkannte Kosten der Unterkunft jenseits der örtlich festgelegten "Angemessenheitsgrenze" (§22, Abs. 1 SGB II). In beiden Fällen sind Leistungsempfänger_innen auf ein Subsistenz unterhalb des Existenzminimums verwiesen.

3. Gegen belastende Entscheidungen

kann der/die Betroffene zwar Widerspruch und Klage erheben. Diese Rechtsmittel haben jedoch entgegen dem übrigen Sozialrecht (vgl. § 86a SGG) nach § 39 Nr. 1 SGB II **keine aufschiebende Wirkung**.

4. Falsches „Verhalten“ bei Bewerbungen wird sanktioniert:

Bereits der individuelle Eindruck eines potentiellen Arbeitgebers, dass die Anbahnung eines Arbeitsverhältnisses durch das Verhalten verhindern wurde kann zu Sanktionen führen (§31, Abs 1 Nr. 2 SGB II). Es öffnet daher Willkürentscheidungen Tür und Tor.

5. Hartz-IV-Bescheide sind nur noch ein Jahr überprüfbar:

Während eine solche Überprüfung im übrigen Sozialrecht 4 Jahre lang möglich ist (§44 SGB X), ist durch die nicht begründbare Sondervorschrift des §40 SGB II dies für Leistungsempfänger aus diesem Rechtskreis nur noch ein Jahr lang möglich.

6. Hartz-IV-Empfänger_innen als gläserne Bankkunden:

Sondervorschriften im SGB II geben den Jobcentern sonst nicht mögliche Optionen zum Datenabgleich und Auskunft über

Guthaben (§ 52, Abs 1 SGB II; § 60, Abs 2 SGB II). Damit wird eine gesamte Bevölkerungsgruppe unter Generalverdacht gestellt.

7. Streichung der Rentenversicherungspflicht bei Hartz-IV:

Seit 01.01.2011 werden keine Rentenbeiträge mehr aus dem Hartz-IV-Bezug geleistet mit weitreichenden versicherungsrechtlichen Folgen.

8. Zwangsverrentung

In keiner Fallgestaltung, auch nicht unter der früheren Sozialhilfe war vorgesehen, Empfänger von Sozialleistungen zwangsweise und unter Inkaufnahme von Abschlägen in Rente zu schicken. Dies sieht jedoch §12a SGB II vor

Nur eine vollständige Revision des SGB II kann hier abhelfen.

Pressemappe von Ver.di Mittelfranken:
<https://mittelfranken.verdi.de/ueber-uns/nachrichten/++co++58df771a-28fa-11e4-8684-525400a933ef>

Dossier: Umfassende SGB II-Änderungen geplant

<http://www.labournet.de/politik/erwerbslos/hartz4/auswirkungen/umfassende-sgb-ii-anderungen-geplant/?cat=7912>

Die Hartz-IV-Gesetze sind die Arbeitshäuser des 21. Jahrhunderts

Patrick Spät 09.09.2014

Zum 1. April 2015 soll das Hartz-IV-Gesetz verschärft werden. Armut soll damit weiterhin als abschreckendes Beispiel dienen
<http://www.heise.de/tp/artikel/42/42717/1.html>

Appell der 66 „Rettet die Nachtzüge und den Autozugverkehr“

An
Frau Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin
Herrn Dr. Rüdiger Grube,
Vorstandsvorsitzender Deutsche Bahn AG
Herrn Martin Burkert, Vorsitzender des
Ausschusses für Verkehr und digitale
Infrastruktur des Deutschen Bundestags
Herrn Michael Cramer, Vorsitzender des
Verkehrsausschusses des Europaparlaments
Frau Michaela Rosenberger, Herrn Alexander
Kirchner und Herrn Claus Weselsky als
jeweilige Vorsitzende der bei der Bahn aktiven
Gewerkschaften NGG, EVG und GDL

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin! Sehr
geehrte Damen und Herren!
Seit sechs Jahrzehnten – seit Gründung der
EWG – wird versprochen: „Europa wächst
zusammen“. Seit zwei Jahrzehnten – seit
der Bahnreform – gilt „Vorrang Schiene“.
Seit knapp einem Jahr – seit Beschluss des
Koalitionsvertrags – proklamiert die
Bundesregierung: „Den Verkehrsträger Schiene
wollen wir weiter stärken und ausbauen.“

Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? Der
Fernverkehr auf der Schiene stagniert seit
1994. Gleichzeitig wuchs der Inlandsflug-
verkehr um 60 Prozent.
Grenzüberschreitende Schienenverkehre
werden eingestellt. 2014 wurde das Aus für
den Autoreisezugverkehr verkündet. Bis
Ende 2014 werden wichtige Nachtzugver-
bindungen eingestellt. Zusammen mit der
Ankündigung weiterer Kappungen von

Nachtzugverbindungen erscheint die
Zukunft des gesamten Nachtzugverkehrs
gefährdet.
Diese Entwicklungen stehen in offenem
Widerspruch zu den zitierten Proklamatio-
nen. Das Grundgesetz verpflichtet mit
Artikel 87e dazu, „den Verkehrsbedürfnis-
sen [...] Rechnung [zu] tragen“. Wenn
Züge, wie im Fall der Autoreisezüge und
der Nachtzüge, einen rund doppelt so hohen
Auslastungsgrad wie die übrigen Fernver-
kehrszüge haben und wenn diese darüber
hinaus oft ausgebucht sind, dann liegt hier
offensichtlich ein besonderes „Verkehrsbe-
dürfnis“ vor.
Nachtzüge gibt es in Deutschland seit 1852.
Autoreisezüge seit 1930. Diese Eisenbahn-
angebote sind demnach klassische Bestand-
teile der Eisenbahn. Wer diese aufgibt oder
gefährdet, der leistet einen weiteren Beitrag
dazu, dass der Schienenverkehr substanz-
geschwächt wird.

Wir begrüßen die Aktivitäten, die die
Beschäftigten und die Belegschaftsver-
tretungen der dadurch betroffenen Tochter
der Deutschen Bahn AG, der DB ERS (DB
European Railservice), zur Verteidigung
von Autoreisezug und Nachtzug und der bis
zu 1000 bedrohten Arbeitsplätze ergriffen
haben.

Wir appellieren an Sie: Unternehmen Sie
alles in Ihren Kräften Stehende, um den
drohenden Kahlschlag bei den Schienen-
verkehrsangeboten zu verhindern!

Anm. der Appell-Koordination: 1994 gab es
139 Millionen Fahrgäste im Schienenperso-
nenfernverkehr. 2013 waren es 130,9 Millio-
nen. Im Nachtzugverkehr (CNL) gab es – im
Gegensatz zu dem von der DB behaupteten
Fahrgastrückgang – einen Anstieg der beför-
derten Personen von 1,498 Millionen im Jahr
2003 auf 1,560 Millionen im Vorjahr (2013).
Die letzten Autozüge der DB nach Österreich
fahren vom 28. bis 30.9.2014 von Hamburg
und Düsseldorf nach Innsbruck und Villach
und zurück. (...)

Koordination des Appells: Bahn für Alle
(BfA) – Dr. Winfried Wolf.
Infos: www.bahn-fuer-alle.de und
www.autoreisezuege-haben-zukunft.de

Die Schiene ist das Ziel
Kundgebung (13 Uhr) und Demo in
Bonn am Samstag den 18. Oktober

Die Bewegung gegen S21 fährt nach Bonn!
wo das Eisenbahnbundesamt (EBA) sitzt.
Gemeinsam wollen wir das EBA aufrütteln,
damit es sich aus der Umklammerung von
Politik und Wirtschaft löst und wieder seine
von der Verfassung vorgesehene Aufgabe
wahrnimmt.

Historischer Sonderzug mit Krokodil (E 94):
Abfahrt ca. 6.00 Uhr Stuttgart Hbf, Rückfahrt
ca. 16.00 Uhr,
www.bonnfahrt.de

Blockupy in Frankfurt - im Herbst und am Tag X!



Blockupy kommt wieder nach Frankfurt – im Herbst und am Tag X
der EZB-Eröffnungsfeier, die überraschend ins neue Jahr
verschoben wurde. Die Blockupy-Aktiven werden den Herbst
nutzen, um die Debatte über ein demokratisches Europa
fortzuführen und den Widerstand gegen die Verarmungspolitik der
Troika zu verbreitern. **Vom 20. bis 23. November wird es ein
Blockupy-Festival in der Bankenstadt geben – mit Debatten,
Kultur und Aktionen.** Und Anfang 2015 will Blockupy die
Eröffnungsfeier der EZB mit massenhaften Aktionen Zivilen
Ungehorsams stören.

Zentrale Forderungen der Blockupy-Proteste sind das sofortige
Ende der europaweiten Kürzungspolitik, der Verhandlungen zu den
transatlantischen Freihandelsabkommen der EU mit den USA und
Kanada (TTIP und CETA) sowie von Abschiebungen und der
rassistischen Migrationspolitik. Feministische Gruppen heben die
Krise der Sorgearbeit durch ausbeuterische Arbeitsverhältnisse,
schlechte und prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen hervor.

<http://blockupy.org/>

Konferenz „Gemeinsam Strategien entwickeln, Konflikte führen, Beteiligung organisieren. Erneuerung durch Streik II“ in Hannover, 2-4. Oktober

Die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit dem ver.di-Bezirk Hannover/Leine-Weser ausgerichtete Konferenz, an der
rund 700 Gewerkschafter, Wissenschaftler und Interessierte teilnahmen, wollte einen Beitrag dazu leisten, die Streikerfahrungen
auszuwerten und daraus Strategien für ein Stärkung gewerkschaftlicher Macht abzuleiten.

Umfangreiche Dokumentation über Redebeiträge und Beschlüsse: <http://www.rosalux.de/documentation/50464/>
Berichte: <https://www.jungewelt.de/inland/mut-durch-mobilisierung> und <http://www.rosalux.de/news/40793>

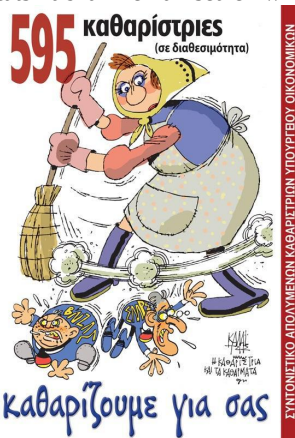
CADTM*

Menschenrechtsverletzungen in Griechenland durch Troika-Maßnahmen

Die Troika besteht aus den Vertretern des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Europäischen Kommission. Zum ersten Mal hat sie vom 2. bis 4. September Verhandlungen mit der griechischen Regierung außerhalb des Landes geführt. Ort: Paris, genauer gesagt der Sitz der höchst liberalen Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), das Schloss La Muette.

Man könnte glauben, dass die Verhandlungsführer sich vor den Protesten des griechischen Volkes fürchten, das seit 2010 einem unerhörten Sparkurs unterzogen ist und um seine Würde kämpft, dem Beispiel der 595 Putzfrauen des Finanzministeriums folgend, die ungerechtfertigt gekündigt wurden und zum Symbol des Widerstands gegen die Troika geworden sind. (1)

Die Verhandlungen, die gerade stattgefunden haben, sind in den Augen der Troika „eine Routine-Bewertung“ der laufenden Reformen, die „bestenfalls“ die allerletzte Darlehenstranche der Europäischen Union in Höhe von 2 Milliarden Euro, vorausgesetzt, dass die Regierung neue Austeritätsmaßnahmen umsetzen wird.



<http://595katharistries.wordpress.com>

Aber der seit 4 Jahren auferlegten Sparkurs, der (offiziell) die unerträglichen Staatsschulden reduzieren soll, erhöht noch deren Last und stürzt die GriechInnen immer tiefer ins Elend. Diese unerhört brutalen Maßnahmen wurden dem Land im Austausch gegen die von der Troika gewährten Darlehen aufgezwungen. Seit 2010 hat jene dem Land schon neue Schulden in Höhe von 240 Milliarden Euro aufgebürdet, die Zinsen nicht mit einberechnet, welche das Volk zurückzahlen müssen wird, was unzumutbare finanzielle Opfer fordern wird.

Auf Befehl der Troika hat sich die griechische Regierung dazu verpflichtet, 6 500 StaatsbeamtInnen bis Ende des Jahres 2014

zu entlassen, wobei schon zirka 20 000 StaatsarbeiterInnen schon über die Abschaffung oder den Zusammenschluss öffentlicher Einrichtungen arbeitslos gemacht worden sind. Und damit sind wir noch nicht am Ende. Laut der griechischen Tageszeitung Kathimerini sollen noch 600 weitere Maßnahmen verabschiedet werden. Eine könnte bald den Unternehmern das Recht gewähren, unbegründete Kündigungen vorzunehmen.

Eine andere von der Troika gewünschte Maßnahme zur Unterstützung der griechischen Banken, die unter der Last von notleidenden Krediten in Höhe von 70 Milliarden leiden, soll jenen gestatten, Immobilien zu **beschlagnahmen**, falls Kredite nicht zurückbezahlt werden.

Inzwischen steigen ungeachtet der 2012 inszenierten Maskerade des „Entlastungsprogramms“ die Staatsschulden weiter. Heute belaufen sie sich auf 175,1% des BIP - das sind 318 Milliarden Euro (2009 waren es vor dem Eingriff der Troika nur 129,7%). Die von den Gläubigern der willigen griechischen Regierung diktierte Politik führt zur Verwüstung der ganzen Gesellschaft, zur Massenarbeitslosigkeit, die bei 37% der Erwerbspersonen stockt (bei den jungen Menschen ist sie seit 2008 um das Dreifache gestiegen) und zu einer tiefen Rezession. Das Pariser Treffen wird wie alle früheren Missionen der Troika - die Lebensverhältnisse der Bevölkerung keineswegs verbessern.

Die einzigen Nutznießer eines solchen Krisenmanagements sind die multinationalen und nationalen Konzerne, die von den Privatisierungen und der Lohnkürzungen profitieren, und einige in ihrem Dienste stehende Oligarchen.

Die dank den **Privatisierungen** erzielten Einnahmen (Telekommunikationsnetze-OTE, Sportwetten-Agentur-OPAP, Staatslotterien, Wasser- und Gasgesellschaft, Wassergesellschaft von Thessaloniki, Hafenanlagen von Piräus und Thessaloniki, regionale Flughäfen usw.) werden sofort für die Rückzahlung der Schulden ausgegeben. Ebenfalls dient jedes neue Darlehen der Troika großteils zur Tilgung früherer Schulden.

Der CADTM verurteilt die Einmischung der Troika, welche die Souveränität des griechischen Volkes verletzt und verlangt die schlichte Streichung aller verabscheuungswürdigen, illegalen und illegitimen Schulden Griechenlands. Zu lange schon muss das griechische Volk jene durch die EU und den IWF auferlegten Schulden zu seiner eigenen Verknechtung

zurückzahlen. Für viele prekarierte, hungernde, um das nackte Überleben ringende, am Rande des Selbstmordes lebenden oder sich auf dem Weg ins Exil befindenden GriechInnen sind die Schäden nicht mehr wieder gut zu machen.

CONJUGUONS LE PLAN DE RIGUEUR

Je paye la dette
Tu payes la dette
Il paye la dette
Nous payons la dette
Vous payez la dette
Ils s'enrichissent



Mehrere 2013 und 2014 veröffentlichte offizielle **Berichte**, darunter jener des **Menschenrechtskommissars des Europarates** [1], des unabhängigen **UNO-Experten für die Auswirkungen der Auslandsverschuldung auf Menschenrechte** oder auch die Rechtsansicht des Juraprofessors Andreas Fischer-Lescano im Auftrag der **Wiener Arbeitskammer**, zeigen eingehend, dass die Troika eine ganze Reihe im Völkerrecht gewährter Menschenrechte verletzt hat.

Es wird Zeit, die Troika vor Gericht zu stellen und Wiedergutmachungen für die menschlichen und ökologischen Schäden zu fordern.

Zum Schluss verlangt der CADTM, dass die Kosten dieses prunkvollen, von den SteuerzahlerInnen finanzierten Treffens öffentlich bekannt gegeben werden.

Fußnoten

[1] Bericht « Safeguarding human rights in time of economic crises », vom 3. Dezember 2013

[2] Bericht « Human Rights in Times of Austerity Policy », vom 17. Februar 2014

(1) Zur Unterstützung jener 595 Frauen fand am 20. September ein internationaler Aktionstag statt.

Übersetzt von Michèle Mialane, in *Tlaxcala* erschienen <http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=13432>
<http://cadtm.org/Au-moment-ou-la-Troika-et-la-Grece>

Walden Bello

Europa und der Imperialismus

Vortrag auf der Europäischen Sommeruniversität in Paris (August 2014)

Foto: London, 2003

Zu Beginn möchte ich den **Schlüsselfaktor** für die gegenwärtige globale Situation herausstreichen: **Die massive Überdehnung der Macht der USA.** Diese Ära begann mit der Absicht der Reagan Administration, das sogenannte Vietnam Syndrom 1983 mit dem Einmarsch in die kleine Inselrepublik Grenada zu überwinden und sie endete mit der komplett festgefahrenen Politik der USA in der Ukraine-Krise, mit dem groben Versagen der Nahost-Politik besonders im Irak und in Afghanistan. Der von Obama groß angekündigte Schwerpunkt Asien stellt einen Rückzug von der umfassenden und unipolaren Vorherrschaft dar, welche unter George W. Bush ihren Höhepunkt erreicht hatte. Die US-Strategie sollte neu konfiguriert werden mit dem Brennpunkt, den imperialen Einfluss Chinas zu begrenzen unter Einsatz der strategischen Seemacht der USA.

In diesen 30 Jahren haben **die europäischen Regierungen** meistens als willfähiges Werkzeug der USA gedient. Unter der Reagan-Administration haben sie der provokanten **Stationierung** der Tomahawk Marschflugkörper und der Pershing II Mittelstreckenraketen in Europa zugestimmt und damit die nukleare Überlegenheit der **NATO** über die Sowjetunion gesichert.

1998 während der **Kosovo** Krise schoben die USA mit Zustimmung der europäischen Alliierten die NATO für ihre - von der UNO nicht bewilligten - Bombenangriffe vor. Die britischen und französischen Luftwaffen spielten dabei eine wichtige Rolle. 2011 während der **Libyen**-Krise benutzten die USA britische und französische Streitkräfte, um aus der UN-Resolution, die eine Flugverbotszone erwirken sollte, einen echten Krieg zu machen mit dem Ziel, Muammar Gaddafi zu entmachten. Die Tatsache, dass praktisch die gesamte Aufklärung und 75% aller Kampfmittel von den USA beigesteuert wurden, beweist, dass Großbritannien und Frankreich für die USA kämpften. Die europäischen Partner, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande und einige andere NATO



Verbündete, nahmen unter Druck am Krieg gegen die Taliban in **Afghanistan** teil. Mit der Afghanistan Intervention gelang es nicht, eine imperialistische Herrschaft zu etablieren aber es gelang die NATO Doktrin zu erweitern von den traditionellen Sicherheitszonen weit hinaus bis in den Nahen und Mittleren Osten.

Bestrebungen, einen gewissen Abstand von Washington zu bewahren.

Es gab Bestrebungen, eine gewisse Distanz von Washington zu bewahren, aber ohne nachhaltigen Erfolg. Vielleicht stellt **Afrika** eine Ausnahme dar. Hier ließ Washington den Briten und Franzosen relativ freie Hand. Es bestand dennoch breite Übereinstimmung mit den strategischen Absichten der USA.

Sehr früh schon, nämlich 1960, untersagte De Gaulle die operative Kontrolle der NATO über seine nukleare „Force de Frappe“. Erst in den frühen 90er Jahren beendete Mitterand mit seiner Politik der Wiederannäherung an die NATO diese Situation.

Nach 1990 nützte die EU den Zusammenbruch der Sowjetunion und Jugoslawiens, um in das Machtvakuum in **Osteuropa** einzudringen. Allerdings scheiterten die Bemühungen, die **Balkankrise** beizulegen, als Frankreich, Deutschland und Großbritannien die Schaffung eines unabhängigen islamisch dominierten Bosnien-Herzegowinas verhinderten und ein Waffenembargo verhängten. Der darauf folgende Krieg brachte die EU Politik total durcheinander. Damit ergab sich für die **USA** die Gelegenheit, militärisch zu intervenieren und das **Dayton-Friedensabkommen** zu diktieren. Vielleicht erkannten damals die

europäischen NATO-Partner ihre Unfähigkeit, eine unabhängige Strategie zustande zu bringen und deshalb ließen sie in der darauf folgenden Kosovo Krise die USA gewähren, **Serbien** mit Bomben gefügig zu machen.

Mit dem dritten Anlauf, Unabhängigkeit von den USA zu zeigen, verweigerten Frankreich und Deutschland die Gefolgschaft, mit der „Allianz der Willigen“ im **Irak** einzumarschieren. Diese Entscheidung fiel 2003 als Reaktion auf die starke Anti-Kriegs-Stimmung auf dem Kontinent. Donald Rumsfeld, der US Verteidigungsminister sprach damals von einem „Alten“ und einem „Neuen Europa“. Diese Bewegung hin zu einer außenpolitischen und militärischen Unabhängigkeit von den USA hielt allerdings nicht lange vor. 2011 beteiligte sich Frankreich am Sturz von Gaddafi in Libyen. 2012 signalisierte Hollande seine Bereitschaft an einem Militärschlag gegen Syrien mitzuwirken.

Schließlich gab es während dieser Jahre immer wieder Gespräche über die Errichtung einer europäischen Streitmacht, weil sich Europa von der NATO in die globale Strategie Washington gezwängt fühlte. 2009 stimmte das Europäische Parlament für die Errichtung „Synchronisierter Europäischer Streitkräfte (SAFE = Synchronized Armed Forces Europe)“ als ersten Schritt zu einer **EU-Armee**. Aber die jüngste Entwicklung zeigt, dass daraus kein Ersatz für die NATO sondern nur eine **Hilfstruppe** entsteht.

Die ergänzende und untergeordnete Rolle Europas gegenüber den USA wird nur ganz klar, wenn man die Krise in der **Ukraine** betrachtet.

Die Wurzel dieser Krise liegen ganz klar in der Entscheidung Washingtons, nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion am Anfang der 90er Jahre, die **NATO** bis in die Sicherheitszone Russlands zu **erweitern**. Dieses Projekt zielte nicht nur auf die NATO-Mitgliedschaft der früheren Satelliten-Staaten, sondern auch auf frühere Teile der Sowjetunion wie Estland, Lettland und Litauen. Die klare Absicht war, endlich auch die Ukraine und Georgien einzugliedern, indem man die Schwäche Russlands ausnützte, das nie mehr eine Supermacht

werden sollte. Die Ausdehnung der NATO läuft in etwa parallel zu Ausdehnung der EU, aber es gibt keine eins zu eins Übereinstimmung. 2010 stoppte Präsident Viktor Janukowitsch die Bestrebungen der Ukraine, Mitglied der NATO und der EU zu werden. Die EU allerdings ließ nicht locker und bot Janukowitsch engere Beziehungen und finanzielle Unterstützung an. Er lehnte das ab, weil Sparmaßnahmen und die Unterstützung der militärischen Sicherheits-Einrichtungen wichtige Bedingungen der EU waren. Kurz darauf wurde das Regime von Janukowitsch destabilisiert. Der emeritierte Princeton-Professor Stephen Cohen liefert die meiner Ansicht nach objektivste Analyse dieses jüngsten Konflikts: „Kurz gesagt: Die Politik der USA über die vergangenen zwanzig Jahre hat zu dieser schicksalhaften Konfrontation zwischen den USA und Russland geführt. Putin hat möglicherweise auch dazu beigetragen, allerdings war seine Rolle in den vierzehn Jahren seiner Amtszeit nur die der Reaktion. Die Falken in Moskau beschwerten sich sogar häufig darüber.“

Europa als Soft Power?

Damit diese Diskussion vollständig wird, bedarf es einer Betrachtung der Idee, dass die EU „Soft Power“ ausüben muss, im Gegensatz zur „Hard Power“ der USA. Der Fokus sei auf wirtschaftliche Beziehungen zu richten statt auf militärische Bündnisse; auf europäische Werte wie Demokratie und Menschenrechte. Menschenrechte werden zu Bedingungen für Hilfsprogramme. Das Problem dabei ist, dass mit dem Handel auf friedliche Art dasselbe erreicht wird, wie ganz direkt mit militärischen Mitteln, nämlich die **Unterwerfung der schwächeren Staaten**. Dazu kommt, dass ein beträchtlicher Teil der Geschäfte mit dem Waffenhandel gemacht wird. Man tötet sich gegenseitig mit Waffen geliefert aus Europa, nicht selten an beide Seiten. Wenn

es zu klaren Verletzungen von Menschenrechten kommt und das Eintreten für die Opfer gefordert ist und es dabei zu einem Konflikt mit den USA kommen könnte, vergessen die europäischen Regierungen ihre Prinzipien. Siehe den aktuellen Gaza Konflikt: Die Position der EU ist, dass das Hauptproblem die Hamas sei und nicht Israel. Aber die größte Überraschung stellt das Programm der humanitären Intervention als der stärkste Ausdruck von Soft Power dar. Die Förderung der Menschenrechte wurde verbogen und zur zentralen ethischen Säule humanitäre Intervention. Zu ihren eloquentesten Fürsprechern wurden unter anderen europäischen Pazifisten der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer, der prominente französische Grüne, Daniel Cohn Bendit, die stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Grünen, Claudia Roth und natürlich Frankreichs Präsident, Francois Hollande.

Die Interventionen der Völker.

Zum Schluss möchte ich auf die Bedeutung des **Widerstandes der Völker gegen die imperialistischen Interventionen** hinweisen. Man sollte diese Bewegungen nicht unterschätzen. Sie wenden sich gegen die Bereitschaft der europäischen Staaten, sich als untergeordnete Ergänzung der USA missbrauchen zu lassen. Der prominenteste Effekt dieser Anti-Kriegs-Bewegung in Europa geschah während des Irak-Kriegs. Es konnte verhindert werden, dass Frankreich und Deutschland seine Truppen dorthin entsendeten. Aber wir dürfen auch die **Anti-Kriegs-Bewegung in Großbritannien** nicht unterschätzen. Dieser Druck von unten bewirkte erst kürzlich, dass das Parlament es ablehnte, den Obama-Plan für einen Militärschlag gegen Syrien zu unterstützen.

Zusammenfassung.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war Europa zu einem guten Teil hilfreich beim Erhalt der Hegemonie der USA mit Hilfe der NATO. Seit dem Zerfall der Sowjetunion bemühte sich die EU, Distanz von den USA zu gewinnen und eine von den USA und der NATO unabhängige Strategie zu entwickeln. Allerdings entwickelten sich diese Bemühungen in Bosnien zu einem Desaster und damit konnten die USA in Osteuropa wieder das Ruder übernehmen. In der Ukraine hat sich die EU erlaubt in einer Front mit den USA für deren strategische Ziele zu stehen. Die gemeinsamen Entscheidungen der USA und der EU sind die Hauptursache für die Destabilisierung der Region. Putin hat in erster Linie nur darauf reagiert. In den letzten Jahren war die Rede von einer EU Streitmacht. Jedoch, wenn immer sie zum Einsatz hätte kommen sollen, trat sie unterstützend für die NATO auf, statt ein Gegengewicht zu bilden.

Einige europäische Analysten rühmten die europäische Soft Power im Gegensatz zur Hard Power der USA. Allerdings, einer der Pfeiler der Macht Europas, die Förderung der Menschenrechte, wurde pervertiert in die Doktrin der humanitären Intervention. Die führenden Exponenten dafür sind die früheren linken Pazifisten wie Joschka Fischer.

Wenn die europäischen Regierungen manchmal Washington nicht gefolgt sind, dann war das wegen des Widerstands in der Bevölkerung. Daher muss dieser Widerstand erhalten und immer wieder mobilisiert werden. Am Beispiel Frankreichs konnte man beobachten, wie sich sogar eine linke Regierung mit breiter Mehrheit an einem imperialistischen Abenteuer beteiligt hat, weil der Druck der Bevölkerung nicht aufrecht gehalten wurde.

Übersetzung: Herbert Kaser, coorditrad

TV-Interview von Walden Bello auf der ESU <https://france.attac.org/actus-et-medias/les-vidéos/article/walden-bello-a-l-esu-2014>



Sept.2014: Wales, Proteste gegen die NATO-Tagung <http://rt.com/files/news/2d/2c/c0/00/nanananana-1.jpg>, <http://www.nonatonewport.org/>

Die Bekämpfung des sogenannten „Islamischen Staates“ liegt allein in der Hand der betroffenen Staaten



Demonstration in Berlin., 4. Oktober 2014

Die bisher schwerste Krise im Mittleren Osten, die militärische Eroberung des sogenannten „Islamischen Staates“ im Irak und in Syrien ist in eine äußerst absurde Phase eingetreten. Die europäischen Staaten sind im Begriff, den Vereinigten Staaten von Amerika zu folgen und die autonome Kurdenregion, die unter der Kontrolle von Mustafa Barzani steht, mit umfangreichen Waffenlieferungen zu stärken. Als Begründung wird „humanitäre Hilfe“ angeführt. Sie wollen angeblich helfen, einen Völkermord an den Yeziden zu verhindern. Um die öffentliche Meinung in Deutschland für eine angebliche Ausnahmeregelung für Waffenexporte in eine Krisenregion umzustimmen, besuchte der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier demonstrativ und mit starker Medienbegleitung vor Ort eine sichtlich vom Leid geprägte yezidische Opferfamilie. Jedem sollte so die Dringlichkeit deutscher Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak ans Herz gelegt werden. Die deutsche Bundesregierung, die übrigen Regierungen des Westens und ihre Medien erwecken mit Nachdruck den Eindruck, dass die Waffenlieferung an die irakischen Kurden die einzige Möglichkeit darstellt, der drohenden Katastrophe vorzubeugen. **Alle anderen kurz- und langfristigen Alternativen werden nicht einmal in Erwägung gezogen.** Auch alle Hinweise der Experten auf dramatische Folgen einer militärischen Unterstützung der irakischen Kurden werden systematisch ignoriert. Schon deshalb setzen sich die westlichen Regierungen aus meiner Sicht dem Verdacht aus, mit humanitären Motiven zum Schutze der Yeziden einen neuen Vorwand zu konstruieren, um ausschließlich eigene Interessen durchzusetzen: Die **USA** nutzen die unbestreitbar bestehende Bedrohung der brutalen „IS“-Kämpfer dazu, um ihr im Mittleren Osten massiv beschädigtes Image aufzupolieren und gleichzeitig zu unterstreichen, warum ihre weitere militärische Präsenz in der Region unabdingbar ist. Dabei ist **die eigentliche**

Erfinderin der „IS“ keine geringere als die ehemalige US-Außenministerin **Condoleezza Rice**, die 2006, auf dem Höhepunkt der us-iranischen Konflikteskalation, in der saudiarabischen Hauptstadt Riad, mit Verweis auf den durch den Iran gegen die arabische Sunniten angeblich aufgebauten schiitischen Gürtel, alle sunnitische Staaten aufgefordert hat, möglichst rasch ihren eigenen sunnitischen Gürtel ins Leben zu rufen. Fortan erhielt die libanesische Regierung Militärhilfe mit dem ausdrücklichen Zweck der Eindämmung der schiitischen Hisbollah im Libanon. Fortan machte sich auch der saudische Geheimdienstchef, der berüchtigte Prinz Bandar, an die Arbeit. Das Ergebnis sind die wie Pilze aus dem Boden gestampften brutalen Gruppen wie Al-Nusra und „ISIS“ gegen die Assad-Regierung in Syrien. Und das Ergebnis des Condoleezza-Rice-Plans von 2006 ist letztlich auch die barbarische „IS“-Gruppe, die in der gesamten Geschichte des Islams ihresgleichen sucht.

Die deutsche politische Elite macht sich ganz besonders seit dem Beginn dieses Jahres stark für „mehr Verantwortung“ in der Weltpolitik. Dazu sollen sowohl Restriktionen bei den Waffenexporten in Krisenregionen aufgeweicht, wie aber auch die parlamentarischen Hürden für die sogenannten humanitären Interventionen beiseite geschoben werden. Seitdem werden auch massive Versuche unternommen, die moralischen Bedenken aus dem kollektiven Gedächtnis der Deutschen auszuradiieren, damit sich Deutschland in Zukunft hemmungsloser als bisher an den internationalen Kriegseinsätzen beteiligen kann. Der drohende Völkermord an der yezidischen Minderheit im Nordirak wurde deshalb geschickt von einflussreichen Medien zum innenpolitischen Thema Nr. 1 hochstilisiert. Die **Glaubwürdigkeit** der humanitären Motive der deutschen Bundesregierung kann daran gemessen werden, dass dieselbe Regierung zu Israels Gräueltaten in

Gaza, die zur gleichen Zeit vonstatten gehen, kein einziges Wort verschwendet. **Zum Leid der Palästinenser wird geschwiegen und das Leid der Yeziden wird für die eigene Politik missbraucht. Das ist eine erschreckende Heuchelei.**

Die vier betroffenen Staaten: **Irak, Syrien, Türkei und Iran** wären gut beraten, eine erneute Intervention der USA und anderer westlicher Staaten in den Mittleren Osten nicht zuzulassen. Der Westen wird das Übel von „IS“, das dieser selbst geschaffen hat, nicht beseitigen. Er wird vielmehr das Chaos in der Region weiter verstärken. Die US-Neokonservativen sprechen seit langem von einer **Politik des „kreativen Chaos“** für den Mittleren Osten. Das „Kreative“ an diesem Chaos ist die Festigung der US-Hegemonie in der Region, indem hier weitere „failed states“ entstehen und indem sie dadurch zu einer Region dauerhafter und flächendeckender Instabilität gemacht wird. Ethnische und religiöse Kriege, Bürger- und zwischenstaatliche Kriege würden den Mittleren Osten tatsächlich in diese Richtung treiben. Die Gründe für eine solche Rückwärtsentwicklung dürften auf der Hand liegen:

Die irakischen Kurden werden durch die westlichen Waffenlieferungen einen kurdischen Staat in Nordirak ausrufen und so den Irak endgültig in mehrere Teile spalten. Dass Israel bereits vor Wochen bekannt gab, einen kurdischen Staat im Nordirak sofort anzuerkennen, sollte zu denken geben. Der Alleinvertretungsanspruch eines kurdischen Staates unter Führung von Barzani, der dem Konzept des kurdischen Nationalismus folgt, beschwört unweigerlich Reaktionen der Kurden in der Türkei und in Syrien herauf, die unter dem Einfluss der **kurdischen Arbeiterpartei PKK** stehen, weil diese inzwischen aus guten Gründen einen kurdischen Nationalstaat kategorisch ablehnen und offensichtlich das Ziel verfolgen, autonome kurdische Regio-

nen innerhalb der bestehenden Staaten Türkei, Syrien, Irak und Iran zu schaffen. Ein innerkurdischer Bürgerkrieg wäre bestens geeignet, einen Krieg zwischen den vier Staaten nach sich zu ziehen und in diesen vier Staaten die nationalistischen Strömungen auf den Plan zu rufen. Es liegt auf der Hand, dass unter solchen Bedingungen dann die brutalen „Kalifat“-Anhänger nicht geschwächt würden, sondern umgekehrt ideale Bedingungen vorfinden, um ihr „Kalifat“ und ihren „Islamischen Staat“ (in den westlichen Medien wird vorsorglich schon jetzt auf Anführungsstriche verzichtet) im Herzen des Mittleren Ostens aufzubauen und fortan sämtliche Staaten und Völker sowie die zahlreichen ethnisch-religiösen Minderheiten in Angst und Schrecken zu versetzen. Nein, die deutschen und europäischen Waffenfetischisten tappen mit ihren Waffenlieferungen an die irakischen Kurden in eine Falle der US-Neokonservativen, die diese zusammen mit ihren willfährigen transatlantischen Strippenziehern längst aufgestellt haben. Um es noch klarer zu sagen: **Diese Waffenlieferungen, wären m. E. die allerdümmste Handlung, die sich die Europäer im Namen einer „humanitären Intervention“ anmaßen würden.**

Niemand kann wissen, ob nicht die deutsche Bundesregierung und die anderen Regierungen Europas noch daran gehindert werden können, diese Dummheit zu begehen. Ungeachtet dessen sind es doch zuallererst die vier betroffenen Staaten selbst, die das gemeinsame Interesse eint, das Krebsgeschwür „Islamisches Kalifat“ gemeinsam zu bekämpfen. Dieses „Kalifat“ ist massiv von außen gesteuert, es bedroht alle religiösen und ethnischen Minder-

heiten, die Yeziden im Irak und der Türkei, alle christlichen Strömungen im Mittleren Osten, die Aleviten in Syrien und der Türkei, die Schiiten im Irak, im Iran und überall im Mittleren Osten, und nicht zuletzt die Kurden in allen den vier Staaten mit kurdischen Siedlungsgebieten. Auch die überwältigende Mehrheit der Sunniten würde bedroht sein, die sich der Politik dieses selbst gebastelten „Islamischen Staates“ widersetzen würde. Vor allen Dingen ist es eine Schande für die islamischen Staaten insgesamt; es wirft einen finsternen Schatten auf die positiven zivilisatorischen Errungenschaften der Toleranz, des Minderheitenschutzes und des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Völker und Religionen in der islamischen Welt.

Und nun das Wichtigste: **Allein die vier am stärksten betroffenen Staaten, Irak, Iran, Syrien und die Türkei, sind überhaupt in der Lage, dem „Kalifat“-Projekt mit gemeinsamen Anstrengungen ein Ende zu setzen.** Die aktuelle „IS“-Herausforderung stellt auch unter Beweis, wie wichtig es für die genannten vier Staaten im Mittleren Osten geworden ist, jenseits von kurzfristigen nationalstaatlichen Interessen zu handeln, in Sicherheitsfragen miteinander zu kooperieren und endlich zu einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur zu kommen. Nur unter dieser Perspektive ist es, über die Beendigung der „IS“-Herausforderung hinaus, auch möglich, weitere grenzüberschreitende **gemeinsame Probleme in zwischenstaatlichen Dialogen und Verhandlungen nachhaltig zu bewältigen.** Außer „IS“ ist die **Kurdenfrage** das wichtigste gemeinsame Thema diese vier Staaten. Im Rahmen einer gemeinsamen

regionalen Sicherheit ließe sich in direktem Dialog und Verhandlungen mit den Kurden deren Traum von mehr Verwaltungsautonomie realisieren, ohne dadurch die territoriale Integrität der vier Staaten mit kurdischen Siedlungsgebieten zu verletzen. Das unbewältigte Kurdenproblem hat seit Anfang des vorigen Jahrhunderts zahlreiche blutige Kriege und dauerhafte innerstaatliche Konflikte heraufbeschworen. Die kurdische Bevölkerung verdient daher endlich eine dauerhafte Friedenslösung, die ermöglicht werden könnte, wenn alle vier Staaten im Dialog mit allen kurdischen Bewegungen diese aushandeln würden.

Hinzu kommen umfassende grenzüberschreitende Fragen, die sich, wie der Ausbau von **Wasser- und Energieversorgung**, der Ausbau von **Verkehrswegen**, die Liberalisierung des **Handels** und viele andere Projekte mehr, zur Erhöhung der sozialen Sicherheit und des Wohlstands in den kurdischen Siedlungsgebieten durch die Kooperation der vier Staaten gewährleisten lassen. Nicht weniger wichtig ist, dass die vier Staaten gemeinsam erreichen können, dass die Konflikte schürenden **Einmischungen der USA, Israels und anderer Staaten endlich aufhören** und die Voraussetzungen für einen friedlichen und ökonomisch florierenden Mittleren Osten über die vier Staaten hinaus geschaffen werden können.

<http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=13295>

Mohssen Massarrat: Die USA wollen keine „humanitäre Hilfe“ gegen die „IS“ leisten - Ziel ist die US-Hegemonie in der Region
www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20734, 03.09.2014

Sabine Leidig: „Kein Vertrauen in türkisches Militär“

Sie bereist mit einer Delegation der Linkspartei die syrisch-türkische Grenzregion. Dort seien die Zustände unerträglich.

(...) Wir haben gerade eines der vielen Flüchtlingscamps hier besucht. Verwaltet werden sie von den Flüchtlingen selbst, der Bevölkerung und der Stadtverwaltung, die von der kurdischen Partei gestellt wird. Das funktioniert bislang gut, aber die Camps müssten schnell winterfest gemacht werden. Im Moment hat es noch 28 Grad, aber in wenigen Wochen wird es hier sehr kalt. Es fehlen Winterzelte, Decken und Medikamente.

Kommt die humanitäre Hilfe der Bundesregierung in diesen Camps nicht an?

Davon hat hier noch niemand etwas gesehen.

Jetzt sind Sie also auf dem Weg an die syrisch-türkische Grenze. Haben Sie schon Berichte von dort gehört?

Die Grenze wurde gestern angeblich komplett dichtgemacht. Auf der syrischen Seite warten einige tausend Flüchtlinge darauf, in die Türkei zu kommen, werden aber nicht reingelassen. Die Zustände sollen unerträglich sein: Es gibt weder zu essen noch zu trinken. Die wichtigste Forderung ist hier, dass die Türkei einen Korridor öffnen soll – für die Flüchtlinge, aber auch für die PKK und andere kurdische Kämpfer, die den IS vertreiben könnten.

Hand in Hand mit den USA, die zusammen mit Verbündeten seit September IS-Stellungen bombardieren?

Darüber habe ich heute Morgen lange mit einem kurdischen Genossen aus Syrien gesprochen. Er sagt, es habe den Anschein, dass die Luftangriffe nicht gezielt IS-Stellungen treffen würden. Im Gegenteil: Er habe den Eindruck, dass die USA und ihre

Verbündeten das offene Feld bombardierten und die IS-Kämpfer dadurch sogar eher in Richtung Kobani getrieben würden.

Derzeit wird eine Intervention der türkischen Armee diskutiert, um Kobani zu retten. Das Parlament in Ankara hat bereits zugestimmt. Eine Lösung?

Die Leute hier trauen dem türkischen Militär überhaupt nicht. Ihre Forderung ist eher, die kurdische Selbstverwaltung und die kurdischen Kämpfer zu stärken, auch mit Waffenlieferungen, damit sie selbst mit dem IS fertig werden.

Sabine Leidig sitzt seit 2009 für die Linke im Bundestag und ist verkehrspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Zuvor war sie Bundesgeschäftsführerin von Attac und in der Gewerkschafts- und Friedensbewegung aktiv.
<http://www.taz.de/!147191/>

Die Türkei

- ein Gegner der ISIS??



(Demonstration in Berlin am 4. Oktober 2014)

Die Türkei betreibe eine sehr ambivalente Politik gegenüber der Terrormiliz IS, sagte der Terrorismus-Experte Guido Steinberg von der Stiftung Wissenschaft und Politik im Deutschlandfunk. In den Grenzgebieten, die die IS schon kontrolliere, könnten sich ihre Kämpfer über die Grenze zur Türkei zurückziehen und es könnten auch neue Kämpfer für den IS über die Grenze einreisen.

Der Grund für diese Politik sei einerseits, dass es in der türkischen Politik immer noch den Glaubenssatz gebe, dass die kurdische PKK die wichtigste Terrororganisation sei, die es zu bekämpfen gelte. Zum anderen habe die Türkei die Vorgängerorganisation des IS in Syrien, die Al-Nusra-Front unterstützt. Hilfen für die kurdischen Kämpfer in Syrien, wie es sie für die irakischen Kurden gegeben habe, seien deshalb wohl ausgeschlossen. Die syrischen Kurden könnten nur hoffen, dass der Friedensprozess zwischen der Türkei und der PKK vorankomme.

Quelle: Deutschlandfunk, 22.9.,
http://www.deutschlandfunk.de/vormarsch-der-is-milizen-die-tuerkei-muss-sich-sorgen-machen.694.de.html?dram:article_id=298183

Anmerkung JK: (...) Wie den aktuellen Nachrichten zu entnehmen ist erfahren die kurdischen Kämpfer in Kobane nur äußerst begrenzte Unterstützung durch Luftangriffe, so dass mit einem baldigen Fall der Stadt zu rechnen ist. Die USA wollen offenbar NATO-Mitglied Türkei nicht allzu sehr verärgern, befindet sich dort doch mit der Incirlik Air Base ihr wichtigstes Drehkreuz zur Versorgung der US-Streitkräfte in der Golf-Region. So werden womöglich in Kobane tausende Menschen wieder einmal geostrategischen Interessen geopfert. Die Glaubwürdigkeit des „Westens“ wird dadurch nicht gesteigert.

<http://www.nachdenkseiten.de/?p=23497#h01>

Informationsstelle Kurdistan e.V.:
<http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/>

Mehrere Artikel auf der Seite vom **Bündnis Stop the War** in Großbritannien:

<http://stopwar.org.uk/videos/george-galloway-bombing-iraq-won-t-stop-isis-uk-parliament-26-09-14>

Vijay Prashad: Was Präsident Obama wegen ISIS nicht tun sollte

Mittwoch, der 10. September 2014

Ein rationaler Beobachter der Interventionen der Vereinigten Staaten in der Gegend, die sich von Libyen bis Afghanistan erstreckt, würde zu dem einfachen Schluss kommen: militärische Operationen der US führen zu Chaos. Beispiele gibt es zuhauf aber die zwei dramatischsten sind **Irak** und **Libyen**.

In beiden Fällen zerbombten die US die staatlichen Institutionen zu Trümmern. Es braucht hundert Jahre, um staatliche Institutionen aufzubauen. Man kann sie an einem Nachmittag zerstören. Das Chaos, das dem in beiden Ländern folgte, war die ideale Bedingung für das Treibgut der al-Qaida. Im Irak entwickelte sich al-Qaida in Mesopotamien (2004) zu dem Islamischen Staat von Irak und schließlich zu ISIS. In Libyen schufen während des NATO-Bombardements Radikale in Benghazi Ansar al-Sharia, das sich langsam an die Ideologie von al-Qaida anlehnte. In beiden Fällen war es das US-Bombardement, das die Bedingung für ihr Entstehen förderte.

Eine Politik, die al-Qaida bekämpfen sollte führte schlussendlich zur Ausweitung von al-Qaida. Ein CIA-Analyst sagte mir 2003, dass die Gefahr des ungehemmten Krieges gegen Afghanistan die sei, dass die al-Qaida-Kämpfer in alle Welt gestreut würden. „Wenn du auf Quecksilber fest schlägst,“ sagte er, „dann verteilt es sich in der Gegend.“ Genau das ist passiert, als al-Qaida-Veteranen des US-unterstützten Dschihad gegen die Sowjets jetzt auf dem ganzen Planeten anti-amerikanische Kämpfer wurden.

Nichts hat das Quecksilber so herum gestreut wie der Krieg im Irak. Die meisten ISIS-Kämpfer werden von hoch-fähigen Kampf-Offizieren der früheren irakischen Armee geführt, die durch den Prozess der schlecht geplanten Baathifizierung entlassen wurden (wo alle Staatsangestellten, die Sadam Husseins Partei, der Baath-Partei, angehörten, entfernt wurden). Diese Baath-Kämpfer waren Teil des Widerstands gegen die US-Besetzung des Irak und sind jetzt das Rückgrat des ISIS, der sich zügig durch Syrien und Irak bewegt. Libysche Radikale schlüpfen von der Türkei nach Syrien, sodass sich die Veteranen bei ISIS vermehren, deren Erfahrungen von 2011 in den Folgejahren im Krieg in Nordsyrien gereift war, wo der Strudel des Chaos evident ist.

(...) Luftangriffe: Das wäre aber das schlimmste Etwas, das die Vereinigten Staaten tun könnten. **Das beste Etwas wäre, die frühere Syrische Kontaktgruppe (Ägypten, Iran, Türkei und Saudi-Arabien) zu drängen, eine regionale Strategie der Entspannung zu entwickeln**, um den Krieg in Syrien zu deeskalieren, auf eine Einheitsregierung im Irak zu drängen und auf die Türkei Druck auszuüben, die Politik der offenen Tür für internationale Dschihadisten zu beenden. Diese Strategie würde den äußerst effektiven Kämpfern der kurdischen Volkspartei (PKK) und ihrem syrischen Ableger (YPK) erlauben, ihren Stand an der nördlichen Grenze zum ISIS-Land zu halten; Es würde der syrischen Armee Vertrauen geben, ihren Schwerpunkt von der Verteidigung von Damaskus in den Kampf in Nordsyrien und entlang der Grenze mit Libanon zu verlegen; es würde Jordanien und Libanon Zuversicht und Mittel bringen, ihre eigenen brüchigen Grenzen zu sichern – und es würde dem Irak politischen Rückhalt vom Iran und Saudi-Arabien bieten, was einem Militär ohne Moral Zuversicht vermitteln würde.

Eine regionale Lösung dieser Art wäre viel effektiver, die Wandlung von ISIS langfristig zu beschneiden. Ein Bombardement hier und dort, wird ihren Fortschritt aufhalten, aber ISIS wird sich verteilen und zurückkehren. Chaos ist natürlicher fruchtbarer Boden. Und das produzieren Luftangriffe. Der Drang Etwas zu tun nimmt immer an, dass der Retter aus Washington DC gesandt werden soll. Das Bild der blau-bejackten Kavallerie, die aus dem Fort stürmt, ist nicht zu überwinden. Andere Völker können manches tun, ihnen fehlt jedoch der politische Spielraum, das notwendige zu tun, nämlich ihre Heimat zu verteidigen.

Sie müssen ihre Heimat verteidigen. Es drängt sie das zu tun, aber sie können es nicht, wenn die Machtspiele weit entfernt es darauf anlegen, Zwietracht und Chaos zu schaffen, die Atmosphäre die al-Qaida nährt.

Vijay Prashad lehrt internationale Studien am Trinity College in Hartford.
 Übersetzung: coorditrad, Bernd Lampe (**Prashad Artikel in SiG 102 und 106**)



Initiative „Ohne Rüstung leben!“ AFRICOM und EUCOM schließen!

"Damit wir klug werden", unter diesem biblischen Motto steht der Deutsche Evangelische Kirchentag 2015 in Stuttgart. Eine Stadt, von der aus die US-Kommando-zentralen AFRICOM und EUCOM weltweit Krieg führen.

Das AFRICOM steuert alle militärischen Einsätze der USA in Afrika. Hier werden die Todeslisten für den Einsatz von Kampfdrohnen erstellt. Das EUCOM befiehlt die US-Atomwaffen in Europa. Außerdem koordinierte es zum

Beispiel die Angriffe gegen den Irak, Serbien und Libyen.

Wir fordern von US-Präsident Barack Obama:

Stoppen Sie den völkerrechtswidrigen Einsatz von Kampfdrohnen.

Ziehen Sie die restlichen US-Atomwaffen aus Deutschland und Europa ab.

Schließen Sie die Kommandozentralen AFRICOM und EUCOM.

*Rufen auch Sie den US-Präsidenten auf, mit uns "klug zu werden". Unterstützen Sie unsere Forderungen, indem Sie **Online unterschreiben und mit unserer Unterschriftenliste weitere Unterstützerinnen und Unterstützer gewinnen.***
<https://www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen/africom-und-eucom-schliessen.html?L=0>

Mehr: Stuttgart ist die Hauptstadt des Krieges – Schließt das EUCOM, das AFRICOM und das KSK, Rede von Tobias Pflüger vor dem EUCOM in Stuttgart-Vaihingen am 11.09.2014, <http://www.imi-online.de/2014/09/17/stuttgart-ist-die-hauptstadt-des-krieges-schliesst-das-eucom-das-africom-und-das-ksk/>

Palästinensische Gemeinde Deutschland, Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München, Deutsch-Palästinensischer Frauen-Verein,

BAK Gerechter Frieden in Nahost (Bundesweiter Arbeitskreis der Partei DIE LINKE) u.a.m.

Appell für einen gerechten Frieden in Nahost

Durch ein Ende der Blockade zu einem dauerhaften Waffenstillstand!

Erklärung mehrerer Organisationen* zum bundesweiten Aktionstag am 25. Oktober

Wir nehmen nicht länger hin, dass Israel seinen Krieg gegen die Palästinenser alle zwei Jahre mit einem Massaker an der Zivilbevölkerung fortsetzt. Israel bricht mit seinem Vorgehen gegen die Palästinenser nicht nur in Kriegszeiten das Völkerrecht.

(1) Wir unterstützen das Recht der Palästinenser auf Widerstand gegen das Besatzungsregime. Angriffe auf Zivilisten und andere Verstöße gegen das Völkerrecht sind davon ausgeschlossen.

Ohne Freiheit für Gaza, ohne ein Ende der Besatzung, ohne Freiheit und Anerkennung der Rechte der Palästinenser wird es keinen gerechten Frieden zwischen Israelis und Palästinensern geben.

Die Weltgemeinschaft muss Druck auf die israelische Regierung ausüben.

Wir nehmen unsere Bundesregierung in die Pflicht. 2010 hatte der Bundestag einstimmig die Aufhebung der Blockade Gazas gefordert. Wir fordern Konsequenzen gegenüber der israelischen Regierung. Die Gewalt muss beendet werden, statt sie mit Waffenlieferungen zu befeuern und ihr politisch einen Freibrief zu erteilen.

Wir fordern von der israelischen Regierung:
Aufhebung der Gaza-Blockade und Wiederaufbauhilfe

Stopp des Siedlungsbaus und Beendigung der Besatzung des Westjordanlandes

Keine Behinderung der palästinensischen

Wirtschaft, auch nicht der Fischerei

Anerkennung der bestehenden palästinensischen Regierung

Freilassung der palästinensischen Gefangenen

Von der deutschen Bundesregierung fordern wir:

Stopp aller Rüstungsexporte, insbesondere in die Nahost-Region!

Sofortiges Aussetzen des EU-Israel-Assoziierungsabkommens bis zum Abschluss eines Friedensvertrags zwischen Israelis und Palästinensern!

Sofortige Beendigung der Kooperation mit Israel im Rahmen des EU-Forschungsprogramms, von dem israelische Rüstungskonzerne direkt profitieren!

(1) <http://www.ippnw.de/index.php?id=57>
"Legenden des Gazakonfliktes"

* vollständige Liste hier:

<http://palaestina2014.wordpress.com/>

Fünf EU-Staaten protestieren offiziell gegen Landenteignung von 4km² in der Westbank durch Israel:
<http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=13466>

Ergebnisse des jüngsten Russell-Tribunals zum letzten Gaza-Krieg
<http://www.russelltribunalonpalestine.com>

Uri Avnery: Zwei Reden, Abbas und Netanjahu vor der VN-Vollversammlung

Sieht man von der starken Ausdrücken ab, war Abbas Rede selbst ganz moderat, so moderat wie sie nur sein konnte. Sein wichtigster Inhalt war ein Friedensprogramm, identisch mit den Bedingungen, wie sie die Palästinenser von Anfang an mit Yasser Arafats Friedenspolitik stellten, wie auch mit der Arabischen Friedensinitiative (2002, 2007).

Es bleibt bei der Zwei-Staaten-Lösung: ein Staat Palästina mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt „neben dem Staat Israel“, „die Grenzen von 1967“, eine „miteinander abgestimmte Lösung für die Not der palästinensischen Flüchtlinge“ (d.h. mit Israel abgestimmt, was im Wesentlichen keine Rückkehr bedeutet.) Er erwähnte auch die arabische Friedensinitiative.

Kein palästinensischer Führer könnte möglicherweise weniger fordern.

<http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=13600>

Abbas Rede:

http://www.un.org/en/ga/69/meetings/gadabate/pdf/PS_en.pdf

inamo Heft Nr. 79, Herbst 2014, Der 1. Weltkrieg und der Nahe Osten
<http://www.inamo.de/index.php/aktuelles-heft.html>

IG Metall Stuttgart

"Die IG Metall ist Teil der Friedensbewegung"

Die Delegierten der IG Metall Stuttgart haben auf ihrer Delegiertenversammlung vom 20. September 2014 die folgende **Resolution über Rüstungs- und Waffenexporte** verabschiedet:

In der aktuellen Diskussion über Rüstungs- und Waffenexporte nimmt die Delegiertenkonferenz der IG Metall Stuttgart wie folgt Stellung: Deutschland ist nach den USA und Russland inzwischen der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Bei Panzerlieferungen nimmt Deutschland sogar den zweiten Platz ein, bei U-Booten den ersten. Besonders skandalös ist auch der Export von Kleinwaffen, durch die weltweit die meisten Menschen, vor allem auch bei nicht staatlich geführten Konflikten (Bürgerkriegen), ums Leben kommen.

2013 hat Deutschland für 6,7 Mrd. Euro Waffen exportiert. Für Produkte, die ausschließlich zum Töten von Menschen hergestellt wurden, ist dies eine ungeheure Summe. Gemessen am Gesamtexportvolumen Deutschlands (1100 Mrd. Euro) ist sie vernachlässigbar, entspricht sie doch gerade einmal 0,6% der gesamten deutschen Exporte. Auch ist die Anzahl der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie eher gering (Schätzungen liegen bei 80.000 bis 100.000), aber die moralische Komponente dieser Produktion ist doch sehr bedrückend. Denn: Rüstungsproduktion ist kein „normaler“ Industriezweig. Hier werden mit Blut, Mord und Kriegen Höchstprofite erwirtschaftet – eine menschenverachtende Produktion. 62% der Exporte gingen an sogenannte Drittstaaten, also Staaten außerhalb von EU und NATO, denen gegenüber keine Bündnisverpflichtungen bestehen. Ein Teil davon ging wiederum in Staaten, die zu den Spannungsgebieten gehören oder zu diesen Beziehungen pflegen (wie z. B. Saudi-Arabien).

Wir verurteilen Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte und fordern:

Bei allen Waffenexporten einschränkende Gesetze und eine restriktivere Handhabung derselben! Das erfordert auch eine parlamentarische Kontrolle aller Waffenexporte. Begrenzung der Rüstungsexporte auf Staaten, gegenüber denen hierzu unausweichliche bündnispolitische Verpflichtungen bestehen (EU/NATO), insbesondere keine Rüstungsexporte in Krisenregionen und in Länder, in denen Menschenrechte missachtet werden!

Totales Verbot des Exports von Kleinwaffen!

Keine Finanzierung von Rüstungsexporten mit Steuergeldern!

Langfristig wäre wünschenswert, Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte ganz abzuschaffen. Denn: Rüstungsproduktion ist menschenverachtend sowie eine ungeheure unnütze Verschwendung von Ressourcen aller Art. Angesichts der heutigen Situation (Kriege, Klimawandel, Rohstoffknappheit...) kann sich dies die Menschheit nicht leisten.

Arbeitsplatzverluste in der Rüstungsindustrie sind durch Wandlung in Arbeitsplätze zur Herstellung ziviler, gesellschaftlich notwendiger Produkte zu kompensieren. Rüstungsarbeitsplätze erfordern Investitionen in teure Technologie. Für dieses Geld können in anderen Bereichen (Bildung, Gesundheit...) mehr und gesellschaftlich sinnvolle

Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Konversionsdebatte muss in den Rüstungsbetrieben nachhaltig geführt werden. Hier übernimmt die IG Metall eine aktive und steuernde Rolle.

Bei den Rüstungsarbeitsplätzen handelt es sich zu einem großen Teil um hochqualifizierte anspruchsvolle Arbeitsplätze (siehe z.B. Roman Zitzelsberger in der Kontext-Wochenzeitung vom 27.8. 2014). Da die meiste Rüstung in Mischkonzernen produziert wird, ist die Konversion auch umsetzbar. Wo es trotzdem zu Beschäftigungsproblemen kommen sollte, ist die Konversion staatlich unterstützt zu begleiten. Gegebenenfalls können auch über Arbeitszeitverkürzungen Beschäftigungsprobleme aufgefangen werden.

Die IG Metall ist Teil der Friedensbewegung – diesen Satz von unserem Bezirksleiter Roman Zitzelsberger im Interview in der Kontext-Wochenzeitung vom 27. August 2014 unterstützen wir nachdrücklich. Ebenso unterstützen wir die Initiative zur Konversion für die wehr- und sicherheitstechnische Industrie, wie sie im Positionspapier der IG Metall „*Entwicklungen der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in Deutschland*“ vorgeschlagen wird.

Quelle: Website der IG Metall Stuttgart; www.stuttgart.igm.de/

Infos über die Rüstungsindustrie:
<http://www.imi-online.de/2014/09/24/deutschland-ein-zentraler-ort-der-waffenproduktion/>

Ukraine: Satirische Sendung „DieAnstalt„ zur Ukraine: <http://www.youtube.com/watch?v=jSOfQ7gTLg> , „**Aufruf gegen Kriegshetze und Kriegspropaganda**“ (Text in SiG 110, <http://sandimgetriebe.attac.at/10974.html>)
Unterschrift hier: <https://www.openpetition.de/petition/online/aufruf-gegen-kriegspropaganda-und-kriegsvorbereitung>



Initiative Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel

Die Initiative "Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel" hat sich im Mai 2011 gegründet. In ihr setzen sich Gewerkschaften, Studierenden- und Wissenschafts- sowie Friedensorganisationen für zivile Hochschulen als Ort für Studien, Lehre und Forschung ein, in denen sinnvolle Beiträge zur friedlichen Lösung der Probleme und Konflikte dieser Welt geleistet werden.

<http://www.zivilklausel.de/>

Im Rahmen der internationalen Woche für militärfreie Bildung und Forschung:
Für eine Wissenschaft und Kultur des Friedens, Kongress in Hamburg vom 24. bis zum 26. Oktober ,
<http://www.ak-friedenswissenschaft.de/zivilklauselkongress-2014/>

Volker Hermsdorf

Kissingers Kriegsplan gegen Kuba

Geheime Dokumente: US-Regierung bereitete Angriff auf Karibikinsel vor

5 Okt 2014

Die USA haben in den 1970er Jahren einen Krieg gegen Kuba vorbereitet. Wie die New York Times am Mittwoch berichtete, hat der frühere US-Außenminister **Henry Kissinger** Präsident Gerald Ford im Jahr 1976 dazu geraten, die sozialistische Karibikinsel militärisch zu attackieren. Dem Artikel zufolge sollte der Angriff mit Schlägen aus der Luft eingeleitet, kubanische Städte sollten bombardiert und die Häfen vermint werden. Am 24. März 1976 habe es dazu bereits ein Vorbereitungstreffen gegeben, an dem neben anderen hochrangigen Militärs auch der damalige US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld beteiligt gewesen sei.

Die renommierte US-Tageszeitung stützt ihren Bericht auf bislang geheimgehaltene Dokumente der Regierung von Gerald Ford, die in einem am Mittwoch erschienenen neuen Buch der US-amerikanischen Kuba-Experten William M. LeoGrande und Peter Kornbluh mit dem Titel »**Back Channel to Cuba**« erstmals veröffentlicht wurden.

Die Autoren berichten darin, dass Kissinger, der sich zunächst um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen den USA und Kuba bemüht haben soll, erbost über Fidel Castros Unterstützung der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegung gewesen sei. Direkter Anlass für die Kriegspläne des US-Außenministers sei die Entsendung Tausender freiwilliger Soldaten nach **Angola** gewesen. Die kubanische Freiwilligenarmee stoppte den Vormarsch der Truppen des südafrikanischen Apar-

theidregimes und von einigen auch von den USA unterstützten rechten Söldnergruppen, die die am 11. November 1975 erklärte Unabhängigkeit der früheren portugiesischen Kolonie Angola verhindern wollten.

Die Hilfe Kubas für die junge afrikanische Republik habe Kissinger so gereizt, dass er Ford im Oval Office aufsuchte und ihm seine Angriffspläne mit den Worten vortrug: »*Ich denke, wir werden Castro schlagen müssen.*« Neben der Bombardierung kubanischer Städte und Verminung der Häfen habe er dem Präsidenten auch die Verlegung starker Truppenkontingente auf die illegale US-Basis in der Bucht von Guantánamo und die Verhängung einer Seeblockade nahegelegt. Die Kriegshandlungen, so habe Kissinger ergänzt, müssten »*unerbittlich, effizient und schnell*« erfolgen, berichteten die beiden Buchautoren.

Kissinger konnte seinen Schlachtplan allerdings nicht mehr in die Tat umsetzen. Nach dem Wahlsieg James Carters wurde er am 23. Januar 1977 als Außenminister abgelöst. Der Krieg gegen Kuba hätte sonst vermutlich die **Blutspur, die Kissinger hinterließ**, verlängert. Ihm wird unter anderem vorgeworfen, als Sicherheitsberater der US-Regierung und später als Außenminister die Militärdiktaturen in **Argentinien** und **Chile** unterstützt zu haben, deren Terror Tausende Menschen zum Opfer fielen. In den USA veröffentlichte Dokumente belegen seine Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung des Putschs gegen die Regierung des demokratisch gewählten linken Präsidenten Chiles Salvador Allende

am 11. September 1973 und der Errichtung der Diktatur unter General Augusto Pinochet.

Die aktuellen Enthüllungen lassen auch einen Terroranschlag im neuen Licht erscheinen, der sich am heutigen Montag zum 38. Mal jährt. Am 6. Oktober 1976 stürzte ein kubanisches Passagierflugzeug nach einer Bombenexplosion vor der Küste der Karibikinsel Barbados ins Meer. Bei dem Terroranschlag wurden 73 Menschen getötet. Die venezolanischen und barbadischen Ermittler überführten die Exilkubaner Orlando Bosch und Luis Posada Carriles, einen ehemaligen Agenten des US-Geheimdiensts CIA, als Täter. Beiden werden zahlreiche weitere Verbrechen zur Last gelegt. Doch die **Bombenleger** standen und stehen unter dem besonderen **Schutz der US-Behörden**. Bosch starb 2011 als freier Mann in Florida. Der von Venezuela und Kuba wegen des Massenmordes gesuchte Terrorist Posada Carriles lebt heute unbehelligt in Miami und brüstet sich öffentlich damit, von dort weitere Anschläge gegen Einrichtungen und Menschen in Kuba vorzubereiten.

<https://www.jungewelt.de/ausland/kriegsplan-gegen-kuba>

s. auch:

<https://www.jungewelt.de/thema/kuba>
<https://amerika21.de/geo/kuba>
<http://cuba-si.org/>

„Der Fall Kissinger“, SiG 108,
<http://sandimgetriebe.attac.at/10795.html>

Informationsstelle Militarisierung IMI-Kongreß 2014:

Deutschland: Wi(e)der die Großmacht!

Sa, 15. November 2014 - So, 16. November 2014, Gantztägig

[Schlatterhaus](#), Österbergstr. 2, 72074 Tübingen

Mit der Rede von Bundespräsident Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 wurde der insbesondere in dem Projekt „Neue Macht – Neue Verantwortung“ erarbeitete Elitenkonsens in Richtung einer (noch) aggressiveren – und auch offen benannten – deutschen Machtpolitik auch gegenüber der Öffentlichkeit artikuliert. Auf dem Kongress sollen deshalb die verschiedenen Aspekte der aktuellen deutschen Außen- und Militärlpolitik im Lichte dieses neuen Elitenkonsenses betrachtet werden. <http://www.die-anstifter.de/veranstaltungen/17-kongress-der-informationsstelle-militarisierung-imi/>

21. Friedenspolitischer Ratschlag, Samstag/Sonntag, 6./7. Dezember 2014

Politik für den Frieden – statt permanenten Krieg

*Die Folgen von Militärinterventionen: Chaos und Gewalt /
Deutscher Imperialismus reloaded? / Kriege um Ressourcen*

Universität Kassel, Standort: Wilhelmshöher Allee 71

Programm erscheint demnächst! Anmeldungen schon jetzt möglich bei: bundesausschuss.friedensratschlag@gmx.net [Bitte Name, Vorname und Adresse angeben!]

Wahlen in Brasilien

In der ersten Runde der **Präsidentschaftswahl** hat sich wie erwartet die Amtsinhaberin Dilma Rousseff von der regierenden Arbeiterpartei (PT) gegen ihre Widersacher von der rechtsgerichteten und wirtschaftsnahen Opposition mit 41,4 Prozent der Stimmen durchgesetzt. Dennoch wird die Nachfolgerin des beliebten Ex-Präsidenten Luis Inácio Lula da Silva **am 26. Oktober in einer Stichwahl** erneut antreten müssen. <https://amerika21.de/2014/10/108320/brasilien-rousseff-ergebnis-1>

Frei Betto (einer der wichtigsten Befreiungstheologen Lateinamerikas.): **Brasilien: meine 13 Gründe, Dilma wieder zu wählen:** <http://www.tlaxcala-int.org/article.asp?reference=13540>

Rechtsruck im Parlament von Brasilien
Niklas Franzen, São Paulo

Nach den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Brasilien am vergangenen Sonntag zeigt eine Erhebung des Gewerkschaftsverbandes DIAP, dass im zukünftigen Parlament konservative und rechtsgerichtete Abgeordnete die Mehrheit stellen werden. Neben dem Staatsoberhaupt und den Gouverneuren der Bundesstaaten sind am Sonntag auch die Vertreter des Parlaments gewählt worden. Dieses setzt sich aus zwei Kammern zusammen, dem Senat (mit drei Senatoren für jeden Bundesstaat) und der Abgeordnetenkammer mit 513 Politikern.

"Der neue Kongress wird mit Sicherheit der konservativste seit 1964 sein", sagte Antônio Augusto Queiroz, Direktor des DIAP. Laut der Veröffentlichung werden im zukünftigen Abgeordnetenhaus, das am 1. Januar 2015 die Arbeit aufnimmt, neben Vertretern des Agrarbusiness und der Rüstungsindustrie, Evangelikale den Ton angeben. So schaffte auch Marco Feliciano, Pastor und Politiker der christlichen PSC, erneut den Einzug ins Parlament. Der im Bundesstaat São Paulo drittplatzierte Abgeordnete sorgte in der Vergangenheit mit homophoben und rassistischen Aussagen immer wieder für Aufregung. Die Anzahl von Abgeordneten, die sich für soziale Themen einsetzen sei "drastisch gefallen", so Queiroz.

Experten rechnen aus diesem Grund damit, dass Themen wie Abtreibung, Entkriminalisierung von Drogen und die Ehe gleichgeschlechtlicher Partner im neuen Parlament kaum eine positive Rolle spielen werden.

Trotz starker Verluste bleiben die Arbeiterpartei PT und ihr Koalitionspartner, die Mitte-Rechts Partei PMDB, die

stärksten Fraktionen im Abgeordnetenhaus. Die PSDB, Partei des zweitplatzierten Aécio Neves, der in der Stichwahl gegen Präsidentin Dilma Rousseff antreten wird, konnte laut Presseberichten einen Zuwachs von 25 Prozent verbuchen. <https://amerika21.de/2014/10/108386/rechtsruck-brasilien>

Emir Sader Marina Silva macht ihren Standpunkt deutlich

In der hiesigen Presse ist über Marina Silva sehr unterschiedlich berichtet worden. Wir veröffentlichen eine Analyse von Emir Sader, ein wichtiger Theoretiker der brasilianischen Linken und einer der Initiatoren der Weltsozialforen in Porto Alegre.(SiG-Red.)

Kürzlich verkündete Marina Silva ihr Programm für die Präsidentschaftswahl in Brasilien.

Drei Punkte sind wegen ihrer Tragweite hervorzuheben: Unabhängigkeit der Zentralbank, Minderung des Stellenwerts von Pré-Sal und Schwächung der Rolle von MERCOSUR (Gemeinsamer Markt des Südens) durch den Abschluss bilateraler Abkommen. Die drei Punkte könnten bedeutender kaum sein, stehen sie doch in direktem Widerspruch zu der Ausrichtung der Regierungen Lula und Dilma Rousseff. Insgesamt verweisen sie auf einen strikt neoliberalen Kurs.

Die **Autonomie der Zentralbank** gehört zu den Standardforderungen des Neoliberalismus. Sie zielt auf eine Schwächung des Staats und eine verstärkte Marktorientierung, weil die besagte Unabhängigkeit sich bekanntlich auf die Regierung bezieht. Es geht um eine wirtschaftliche Entwicklung, die untrennbar mit der Verteilung des Steueraufkommens verbunden ist. Der Regierung die Kontrolle über die Geldpolitik zu entziehen und sie dem direkten Einfluss der Marktakteure – insbesondere privater Banken – auszuliefern bedeutet, die Möglichkeit, die Besteuerung von der Verteilungspolitik abhängig zu machen, zu untergraben und das vom Neoliberalismus gewünschte System der Steueranpassung zu stärken.

Die **Minderung des Stellenwerts von Pré-Sal** bedeutet, dass Brasilien die Möglichkeit, in Fragen der Energiepolitik unabhängig zu werden, ebenso über Bord wirft wie die Verfügung über einen Großteil der Exporteinkünfte und außerdem die Möglichkeit, entsprechend einem bereits

vom Kongress gebilligten Beschluss von diesen Einkünften 7,5 Prozent im Bildungswesen und 2,5 Prozent im Gesundheitswesen zu investieren.

Das wäre auch im Hinblick auf die technologische Entwicklung Brasiliens eine selbstmörderische Politik und wegen der enormen Nachfrage, die die Explorationstätigkeit von Pré-Sal mit sich bringt, alles andere als ein wirtschaftlicher Impuls.

Diese Positionen ergeben ein vollständiges Bild – und offenbaren ihre ganze Bedeutung – mit einer Analyse dessen, was die **Schwächung der Rolle von MERCOSUR und der Abschluss bilateraler Abkommen** bedeuten können. MERCOSUR steht für eine Politik, die regionalen Abkommen Vorrang vor dem Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten einräumt, das von der Regierung Fernando Henrique Cardoso angestrebt und nach Lulas Wahlsieg im Jahr 2002 auf Eis gelegt wurde.

Eine Schwächung der Rolle von MERCOSUR würde obendrein zu einer Schwächung aller in den letzten Jahren für die Integration geschaffenen Institutionen führen: Banco del Sur (Bank des Südens), Consejo Sudamericano de Defensa (Südamerikanischer Verteidigungsrat), UNASUR (Union Südamerikanischer Nationen) und CELAC (Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten). Betroffen wären auch die BRICS-Staaten und deren kürzlich geschlossene Abkommen, zum Beispiel über die Entwicklungsbank und den Reservefonds zur Unterstützung von Ländern mit Devisenproblemen.

Es wird nicht klar, welche bilateralen Abkommen im Programm gemeint sind, doch es ist zu befürchten, dass es sich vor allem um Abkommen mit den Vereinigten Staaten und den führenden kapitalistischen Ländern handelt. In diesem Fall könnte Brasilien unmöglich Mitglied von MERCOSUR bleiben, was möglicherweise auch auf einen vollständigen Bruch Brasiliens mit den dort angesiedelten Institutionen sowie die erneute und radikale Unterordnung unter die Vereinigten Staaten mit allen damit verbundenen Konsequenzen auf regionaler und globaler Ebene hinausläufe(...)

<http://www.pagina12.com.ar/diario/elmundo/4-254486-2014-09-04.html>

Übersetzung: Werner Horch

Weitere Infos, auch über kommende
Wahlen in Südamerika;
<https://amerika21.de/>

Ulrich Brand

Degrowth: Der Beginn einer Bewegung?

Der Text erschien erstmals in der Zeitschrift "Blätter für deutsche und internationale Politik", Heft 10/2014, S. 29-32, www.blaetter.de

Im Rückblick wird klar: Die großen politischen Mobilisierungen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007, kurz vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise, waren nicht nur der Höhe- und vorläufige Endpunkt einer Bewegung, sondern gleichzeitig Nährboden für neue. Damals ging es um eine Kritik an der Verfestigung einer neoliberalen und neo-imperialen Weltordnung, die sich im informellen Zusammenschluss der sieben wichtigsten Industriestaaten und Russland äußerte.

Heiligendamm war Sozialisationsmoment einer Generation junger und radikaler Aktivistinnen und Aktivistinnen und belebte sowohl die Debatten einer politisch älteren Generation als auch institutioneller Akteure wie der Linkspartei oder in Teilen der Gewerkschaften. Heiligendamm wurde zum Auftakt einer starken Repolitisierung. Spielten damals ökologische Themen noch keine wesentliche Rolle, standen diese spätestens seit den Protesten anlässlich der UN-Klimakonferenz in **Kopenhagen** 2009 in der bundesdeutschen globalisierungskritischen Linken wieder stärker im Vordergrund. In beeindruckender Weise kam all dies Anfang September auf der vierten **Leipziger Degrowth-Konferenz** zum Ausdruck. (1) Man fühlte sich an den ersten großen Attac-Kongress im Jahr 2001 in Berlin erinnert: Eine unerwartet hohe Anzahl von über 3000 Teilnehmenden verbreitete Aufbruchsstimmung – kurzum: Das jüngste Treffen war der bewegungspolitische Kongress des Jahres 2014 schlechthin – und er kam genau zum richtigen Zeitpunkt.

Wichtige Vorbedingung für die immense Größe und thematische Ausrichtung des Treffens waren sicherlich die fünf **McPlanet-Kongresse** zwischen 2003 und 2012, auf denen bereits globalisierungskritische und sozial-ökologische Themen zusammengeführt worden waren, sowie der Attac-Kongress „**Jenseits des Wachstums**“ in Berlin 2011, der die wachstumskritische Debatte wieder nach Deutschland brachte.

Die Degrowth-Perspektive

Im Vergleich zu den viel kleineren vorangegangenen Degrowth-Konferenzen in Paris, Barcelona, Venedig und Montreal, bei denen wissenschaftliche Diskussionen im Vordergrund standen, war der Leipziger Kongress deutlich stärker bewegungsorientiert. Den Organisatoren gelang es, die Grenzen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Spektren zu überwinden.

Dafür haben insbesondere die politischen Stiftungen von SPD, Linkspartei und Grünen, kirchliche entwicklungspolitische Gruppen und die Präsenz von Aktivistinnen und Aktivisten aus dem Globalen Süden gesorgt. Die entscheidende Rolle spielte jedoch der politische Inhalt: Degrowth.

Das Thema Degrowth – übersetzt in etwa mit Wachstumsrücknahme, Postwachstum, Entwachsen, Wachstumswende, Wachstumskritik – hat hierzulande nicht zuletzt durch die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages einige Aufmerksamkeit erfahren. (2) In den vergangenen Jahren sind zudem verschiedene, breit beachtete Beiträge zum Thema erschienen. (3) Die Degrowth-Perspektive ist aber auch der radikale und in Ansätzen kapitalismuskritische Teil einer umfassenderen Debatte, die aktuell unter Begriffen wie Große oder sozial-ökologische Transformation geführt wird. (4) Dazu gehören auch Vorschläge eines qualitativen Wachstums, wie sie im gewerkschaftlichen Spektrum diskutiert werden.

In Leipzig wurde deutlich, dass die Debatte um einen anderen Wohlstand vor allem im globalisierungskritischen, kirchlichen sowie im umwelt- und entwicklungspolitischen Spektrum geführt wird. Auch alternativ-ökonomische Ansätze waren überaus präsent. (5) Die Kritik am kapitalistischen Wirtschaftswachstum bzw. den damit verbundenen Zwängen für Kapital und Investoren, Staat, Gewerkschaften und Beschäftigte hat sich somit in den letzten Jahren zum breit akzeptierten Ansatz entwickelt, der allerdings nicht per se links und emanzipatorisch konnotiert ist. (6) Entsprechend wiesen die Veranstalterinnen und Veranstalter auf verschiedene Strömungen hin: suffizienzorientiert, sozialreformerisch, kapitalismuskritisch, feministisch.

Grundsätzlich impliziert in Zeiten, in denen das offizielle Krisenrezept „Wachstum, Wachstum, Wachstum!“ lautet, bereits der Begriff De-Growth eine antagonistische Semantik: „*Ziel ist eine Gesellschaft, in der Menschen mit Rücksicht auf ökologische Grenzen in offenen, vernetzten und regional verankerten Ökonomien leben. Ressourcen werden durch neue Formen demokratischer Institutionen gleicher verteilt.*“ (7)

Suffizienz und Commons, Demokratie und Solidarität

Nach 15 Jahren Globalisierungskritik – seit der WTO-Konferenz in Seattle Ende 1999

(für andere beginnt die Bewegung bereits mit dem Aufstand der Zapatisten 1994 in Chiapas) – und im Lichte der unzureichenden Krisenpolitiken hat sich die Kritik am Neoliberalismus zu einer Kritik am Kapitalismus entwickelt. (8) Damit ist Kapitalismuskritik heute wieder salonfähig und meint mehr als Thomas Pickettys verteilungspolitischer Ansatz.

Zudem werden alternative Erfahrungen und Vorschläge selbstbewusster vorgebracht als noch vor einigen Jahren. Nina Treu vom Leipziger Organisationskomitee formulierte denn auch eingangs, dass vor drei Jahren auf dem Attac-Kongress „Jenseits des Wachstums“ noch intensiv die Frage diskutiert wurde, ob es **Alternativen zum kapitalistischen Wachstum** gäbe. Diese Frage sei inzwischen klar mit „ja“ beantwortet.

Die **Bandbreite von praktischen Initiativen und Vorschlägen**, die sich in Veranstaltungen, den offenen Diskussionsformaten wie dem Group Assembly Process sowie an den Tischen der Initiativen zeigte, war denn auch beeindruckend: solidarisches und vorsorgendes Wirtschaften, Arbeit und hier vor allem progressive Arbeitszeitpolitik, die Stärkung der Gemeingüter und der urbanen Landwirtschaft, die Neugestaltung der Bereiche Ernährung, Mobilität, Wohnen und Stadtentwicklung und ein anderer Konsum – weniger zentral waren Themen wie Produktion und Konversion. Starke Begriffe wie Suffizienz und Commons, Demokratie und Solidarität sowie die Prinzipien des Teilen und Leihens zogen sich durch die Debatten. Auch der Kampf um die selbstbestimmte Verfügung über individuelle und kollektive Zeit spielte immer wieder eine Rolle.

Das ist alles nicht neu, wird aber stärker als bisher zueinander in Beziehung gesetzt.

Eine mögliche Klammer für all diese Ansätze benannte Barbara Muraca vom Postwachstumskolleg an der Universität Jena in ihrem bemerkenswerten Hauptreferat: Die aktuellen Diskussionen stehen im normativen Horizont von Auseinandersetzungen darum, die Bedingungen für ein gutes Leben für alle zu schaffen, was ein nicht-zerstörerisches Verhältnis zu den natürlichen Lebensgrundlagen impliziert.

Aufbruch oder Strohfeuer?

Die Konferenz wurde zum Raum für **Begegnung** für die verschiedensten Initiativen und Ansätze: Diskussionen waren solidarisch und getragen von dem Wunsch, die Degrowth-Perspektive weiterzuent-

wickeln und auf ihre Tragfähigkeit für unterschiedliche Konfliktfelder zu prüfen.

Was allerdings weitgehend fehlte, waren „große“ Debatten um angemessene Zeitdiagnosen und Strategien, auch um Theorien und theoriegeleitete Analysen. Vieles lief nebeneinander her, ohne sich in eine gemeinsame, strategische Perspektive einzufügen. Das ist dem gegenwärtigen historischen Moment wahrscheinlich angemessen. Angesichts der Erfahrung, dass sich das politische, wirtschaftliche und kulturelle Establishment nicht um Kritik und Alternativen scheren muss, **ist allein das Insistieren auf Alternativen wichtig.** Zudem öffnet es Denk- und Handlungsräume für breite Bündnisse. Man kann nur hoffen, dass der Verzicht auf produktiven politischen Streit (um Situationseinschätzungen und angemessene Strategien) den Aufbruch nicht zu einem Strohfeuer werden lässt.

Dieser Aspekt ist umso wichtiger, weil die Degrowth-Perspektive einen umfassenden gesellschaftlichen Transformationsprozess anleiten muss – Change by Design, nicht Change by Disaster. Ein ungeplantes und abruptes Degrowth führt hingegen zu Verhältnissen wie in Griechenland. Damit stellt sich unweigerlich die Frage, wie eine Politik der konkreten Widerstände, Alternativen und Gegenkulturen mit einer emanzipatorischen Politik verbunden werden kann, die darauf abzielt, herrschende Kräfteverhältnisse und Logiken zu verändern. **Nischen** sind wichtig, aber sie reichen eben nicht. Das wurde zwar immer wieder betont, konkrete Strategien sind aus dieser Erkenntnis auf der Konferenz allerdings nicht erwachsen. Was könnten gesamtgesellschaftliche, ja sogar weltgesellschaftliche Perspektiven sein, die nicht einem großen Masterplan folgen, aber doch all die Debatten um Alternativen widerspiegeln, die vielen produktiven Ansätze absichern und problematische Entwicklungen und Kräfte zurückdrängen? Wie werden beispielsweise globale Ressourcenflüsse umgelenkt und verringert, wie Investitionen zum Gegenstand demokratischer Aushandlung?

Hier liegt wahrscheinlich der stärkste **Widerspruch** der in Leipzig präsenten Bewegungen und Ansätze. Während Degrowth eine umfassende Kritik an kapitalistischen Wachstumszwängen formuliert, sind die Alternativen zuvorderst sehr praktische Versuche im Kleinen, alternative Lebensformen zu organisieren.

Bewegung für ein Gutes Leben für alle?

Letztlich sind solche Treffen immer Ausdruck und Kristallisationspunkte bestehender Initiativen und Diskussionen. Sie ersetzen keine sozialen Bewegungen,

aber sie tragen zur Vergewisserung und Selbstverständigung bei. Es wäre daher vermessen, im Kongress den Ausgangspunkt einer neuen wachstumskritischen Bewegung oder gar einer Degrowth-Bewegung zu sehen. Ebenso falsch wäre es jedoch, solche Treffen darauf zu reduzieren, „herzerwärmendes Gemeinschaftsgefühl“ (9) zu stiften. Entscheidend wird vielmehr sein, Wachstumskritik in eine breite Debatte darüber zu transzendieren, wie Wohlstand und Lebensqualität von allen und für alle Menschen solidarisch und demokratisch geschaffen und gelebt werden können, ohne die biophysikalischen Grundlagen der Menschheit ernsthaft zu gefährden.

Hierfür war der Kongress ein vorzüglicher Ausgangspunkt, vielleicht auch schon eine Zwischenetappe. Die Leipziger Konferenz zeigte, wie wichtig vielfältige Initiativen sind, wie sehr sich Veränderungen in Nischen zu entwickeln beginnen, wie stark es Räume der Politisierung, des Austauschs, der Kooperation bedarf – und wie rasch sich solche Ansätze wahrscheinlich an herrschaftlichen Strategien brechen werden, wenn es nicht zu umfassenden Bündnissen kommt, die sozial-ökologische Transformationsprozesse vorantreiben.

Bisher sind diese Bündnisse allerdings noch nicht absehbar. Die Stärke des Degrowth-Vorschlags könnte derzeit eher darin bestehen, dass er sich nicht in die eine, klare Bewegung kanalisieren lässt, sondern dass bestehende und entstehende Akteure die damit verbundenen Vorschläge aufnehmen. Insofern wird es auch nicht die eine Degrowth-Strategie geben.

Dennoch wird es in Zukunft darauf ankommen, eine bestimmte Deutung des Degrowth-Begriffs zu stärken – nämlich jene, die unauflöslich mit Fragen der **Gerechtigkeit** und mit zu verändernden Herrschaftsverhältnissen verbunden ist.

Andernfalls wird der Begriff – und auch das war in Leipzig mitunter spürbar – zur radikalen, aber politisch folgenlosen Geste einer jüngeren und nicht mehr so jungen ökolibertären Mittelschicht mit geringer Sensibilität für sozialstrukturelle Ungleichheit und Machtfragen, bei der manchmal sogar eine Portion elitäres Unverständnis für die immer noch an der „Konsum- und Wachstumsnadel hängenden Massen“ mitschwingt.

1) Getragen wurde der Kongress von fünf Institutionen: dem Förderverein Wachstumswende, dem Leipziger Konzeptwerk Neue Ökonomie, dem von der DFG finanzierten Forschungskolleg „Postwachstumsgesellschaften“ an der Universität Jena, der Gruppe „Research & Degrowth“ und der Universität Leipzig.

<http://leipzig.degrowth.org/de/>

2) Enquete-Kommission, Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages.

Drucksache 13/300. Berlin 2013.

3) Irmi Seidl und Angelika Zahrt (Hg.), Postwachstumsgesellschaft – Konzepte für die Zukunft, Marburg 2010; Tim Jackson, Wohlstand ohne Wachstum, München 2011; Niko Paech, Befreiung vom Überfluss, München 2012.

4) Vgl. etwa Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011; Dieter Klein, Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg 2013; Michael Brie (Hg.), Futuring. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Münster 2014.

5) Große Teile der radikalen Linken – etwa das migrationspolitische und antirassistische Spektrum oder die Blockupy-Initiative mit ihrer Kritik an der europäischen Austeritätspolitik – fehlten indes, obwohl es ihnen im Kern um eine Kritik der herrschenden Produktions- und Lebensweise geht.

6) Einen Überblick bietet etwa Barbara Muraca, Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums, Berlin 2014.

7) Programmheft, S. 2

8) Friederike Habermann, Geschichte wird gemacht! Etappen globalen Widerstands, Hamburg 2014.

9) Vgl. „die tageszeitung“, 3.9.2014.

Hinweis der Redaktion: Sammlung früherer SiG-Artikel zu den hier angesprochenen Themen und Ereignissen:

Heiligendamm 2007: SiG 60

Klima:

<http://sandimgetriebe.attac.at/10328.html>

Umgestalten!

<http://sandimgetriebe.attac.at/10331.html>

SiG 100 „Dialektik der Globalisierung“

<http://sandimgetriebe.attac.at/sig100.html>

Sondernummer „Was wir wollen“

http://sandimgetriebe.attac.at/sig-sn_was-wir-wollen.html

Degrowth: Leben und Wirtschaften jenseits des Wachstums - Video-Beiträge

<http://www.kontext-tv.de/node/449>

Mit

Naomi Klein, Journalistin und Buchautorin ("No Logo", "Die Schock-Strategie", "This Changes Everything")

Barbara Muraca, Autorin des Buches "Gut Leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums"

Nnimmo Bassey, Friends of the Earth Nigeria, Träger des "Alternativen Nobelpreises"

Joan Martinez-Alier, Autonome Universität Barcelona, Mitbegründer der *Internationalen Gesellschaft für Ökologische Ökonomie*

Helge Peukert, Professor für Finanzwissenschaft, Universität Erfurt

Euclides Mance, *Solidarius* / Brasilianisches Netzwerk für Solidarische Ökonomie

Jean-Louis Aillon, La Decrescita Felice, Turin

Ariadna Serra, Cooperativa Integral Catalan

Fiebersenkende Maßnahmen für den Planeten

Erklärung anlässlich der weltweiten Mobilisierung zum Klima-Gipfel in New York 21. September 2014

Unterschrieben von: ATTAC Argentinien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Marokko, Italien, Japan, Österreich, Polen, Spanien, Togo, Corporate Europe Observatory, Ecologistas en Acción, Focus on the Global South, GRAIN; Grassroots Global Justice Alliance, La Via Campesina, Migrants Rights International, No-REDD Africa Network, Transnational Institute, World March of Women u.v.m.

Wenn wir Menschen Fieber bekommen, sind wir sofort in Sorge und unternehmen etwas dagegen. Schließlich wissen wir, dass bereits ein Anstieg der Körpertemperatur um 1,5° C bis 2° C Schäden hervorrufen kann, während ein Anstieg von mindestens 4° C zum Koma oder gar zum Tod führen kann.

Ähnlich verhält es sich, wenn die Temperatur der Erde ansteigt. In den vergangenen 11.000 Jahren lag die Durchschnittstemperatur bei 14° C. Jetzt bewegt sie sich auf einen Anstieg um 1° C zu. Sollten wir jetzt nicht die nötigen Maßnahmen ergreifen, um der Erwärmung entgegenzutreten, wird sie Prognosen zufolge bis zum Ende des Jahrhunderts um 2° C bis 6° C ansteigen. Unter solchen Bedingungen wird sich das Leben auf der Erde dramatisch verändern. Uns bleibt keine andere Möglichkeit, als jetzt die Initiative zu ergreifen – nicht irgendeine Initiative, sondern die richtige zur richtigen Zeit. Ein Mensch mit Fieber zum Beispiel tut gut daran, sich Ruhe zu gönnen, viel zu trinken, sich die richtigen Medikamente zu beschaffen und, sollte das Fieber trotzdem nicht sinken, in ein Krankenhaus zu gehen, wo dann versucht wird, die Ursache für das Fieber zu finden, die von einer einfachen Infektion bis hin zu lebensbedrohenden Krankheiten wie Krebs alles sein kann.

Richtige Maßnahmen

Im Fall der Erderwärmung umfasst das Rezept **mindestens zehn wichtige Maßnahmen**.

1. Statt freiwilliger Absichtserklärungen **bindende Zusagen**, den Anstieg der Erdtemperatur in diesem Jahrhundert auf 1,5° C zu beschränken, indem die Treibhausgasemissionen bis 2020 auf 36 Gigatonnen pro Jahr reduziert werden.
2. Die Erde muss sich erholen. Dafür sind bindende Vereinbarungen zu treffen, **80 Prozent der bekannten fossilen Brennstoffe** unter der Erdoberfläche sowie unter dem Meeresboden zu belassen.
3. Der **Ressourcenverschleiß** ist zu beenden, indem die Aufsuchung und die Förderung neuer Vorkommen von Öl, Teersand, Ölschiefer, Kohle, Uran und Gas sowie der Bau von Pipelines wie

Keystone XL verboten werden.

4. Beschleunigung der Entwicklung von und des **Übergangs zu erneuerbaren Energieträgern** wie Wind, Sonnenlicht, Erdwärme und Gezeitenkraft mit mehr öffentlicher und gemeinschaftlicher Beteiligung und Kontrolle.

5. **Förderung der lokalen Produktion** und Konsumtion haltbarer Güter zur Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse der Menschen sowie zur Vermeidung des Transports von Gütern, die auch lokal hergestellt werden können.

6. Förderung des Übergangs von industrieller exportorientierter **Landwirtschaft** zu einer Produktion auf kommunaler Ebene zur Deckung des lokalen Nahrungsmittelbedarfs unter Beachtung der Nahrungsmittelsouveränität.

7. Entwicklung und Umsetzung von **Zero-Waste-Strategien** zum Recycling und zur Entsorgung von Abfall und zur Sanierung von Gebäuden mit dem Ziel, Energie zum Heizen und Kühlen zu sparen.

8. Verbesserung und Ausbau des **öffentlichen Personen- und Güternahverkehrs**.

9. Entwicklung neuer Wirtschaftsbereiche zur Schaffung von **Arbeitsplätzen im Klimaschutz**.

10. **Abbau der Kriegsindustrie** und der militärischen Infrastruktur zur Reduzierung der durch Kriege verursachten Treibhausgasemissionen und Verwendung der Kriegsbudgets für Frieden stiftende Maßnahmen.

Falsche Maßnahmen

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass nicht alle Maßnahmen angemessen sind und manche Initiativen das Problem verschlimmern können. Die größte Herausforderung besteht vielleicht darin, dass **Großunternehmen** Klimaziele für ein neues Geschäftsmodell nutzen und versuchen aus der Krise ihren Vorteil zu ziehen. Darauf müssen wir laut und deutlich antworten: „**Schluss mit der Ausbeutung der Tragik des Klimawandels!**“ Das heißt, dass wir uns dem „*Grünwerden des Kapitals*“ widersetzen müssen durch Ablehnung folgender Vorhaben, Strategien und Maßnahmen:

- Kommodifizierung, **Finanzialisierung**

und Privatisierung der Natur durch die Förderung einer falschen „grünen Wirtschaft“, die lediglich der Natur einen Preis aufdrückt und neue Derivatmärkte schafft, die die Ungleichheit vergrößern und die Zerstörung der Natur beschleunigen.

- Programme wie Reducing Emissions from Deforestation and forest Degradation (**REDD**), Climate Smart Agriculture, Blue Carbon und Biodiversity offsetting, die alle darauf abzielen, neue Profitmöglichkeiten für Unternehmen zu schaffen.

- technikfixierte „Lösungen“ wie **Geoengineering**, genetisch veränderte Organismen, Agrobrennstoffe, industrielle Bioenergie, synthetische Biologie, Nanotechnologie, **Fracking**, nukleare Projekte und Müllverbrennung zur Energieerzeugung.

- **riesige und unnötige Infrastrukturprojekte**, die der Bevölkerung keinen Nutzen bringen und lediglich zur Erhöhung der Treibhausgasemissionen beitragen, wie riesige Dämme, überdimensionale Schnellstraßen und Stadien für Weltmeisterschaften.

- **Freihandels- und Investitionsmodelle**, die den Handel **zwecks Profiterzielung** befördern, Arbeitsplätze vernichten, die Natur zerstören und die Fähigkeit von Staaten verringern, ihre eigenen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Prioritäten zu setzen.

Präventive Maßnahmen

Schlussendlich müssen wir über die Identifizierung von richtigen und falschen Maßnahmen hinausgehen und das Übel benennen, das das Fieber der Erde verursacht. Wenn wir diesen Schritt nicht gehen, wird das Fieber nicht sinken, sondern immer bedrohlicher werden. Um der Lage Herr zu werden, müssen wir uns auf die Wurzel des Übels konzentrieren.

Wissenschaftler haben das Problem steigender Treibhausgasemissionen bis zur Industrialisierung vor 250 Jahren zurückverfolgt und die Beschleunigung dieser Entwicklung im letzten Jahrhundert nachgewiesen. Ihre Studien belegen, dass die auf der Steigerung der Ressourcenausbeutung und der Produktivität für den Profit von wenigen beruhende **Wirtschaftsweise** die Hauptursache des

Problems ist. Wir müssen den Kapitalismus durch ein System ersetzen, das den Einklang zwischen Mensch und Natur anstrebt und nicht ein endloses Wachstum, das im kapitalistischen System zur ständigen Profitsteigerung erforderlich ist. Wir brauchen ein System, das Klimawandel und Menschenrechte verbindet, den Schutz der verwundbarsten Gruppen wie etwa Migrantinnen und Migranten vorsieht und die Rechte indigener Bevölkerungen anerkennt. Mutter Erde und ihre natürlichen Res-

ourcen können dem Verbrauch und der Produktion der globalisierten modernen Industriegesellschaft nicht standhalten. **Wir brauchen ein System, das sich an den Bedürfnissen der Mehrheit und nicht an denen einiger weniger ausrichtet.** Zur Erreichung dieses Ziels ist eine **Umverteilung** des Reichtums erforderlich, der zurzeit von einem Prozent der Menschheit kontrolliert wird. Das erfordert eine neue Definition von Wohlergehen und Wohlbefinden aller Lebewesen auf dem Planeten unter

Beachtung der Grenzen und Rechte von Mutter Erde und der Natur. Wir müssen dringend im September in New York und in aller Welt zusammenkommen und dafür mobilisieren, dass ein Transformationsprozess angestoßen wird, durch den die strukturellen Ursachen der Klimakrise bekämpft werden können.

<http://climatespace2013.wordpress.com/2014/09/16/se-mobiliser-et-organiser-pour-eviter-et-stopper-la-fievre-de-la-planete/>

Attac Deutschland: Herbstratschlag vom 7. bis 9. November 2014 in Erfurt

Liebe Attacies, liebe Leute in und um Attac, liebe MitstreiterInnen,

Ihr seid alle herzlichst zum Herbst-Ratschlag in die Alte Parteischule (Werner-Seelenbinder-Straße 14) in Erfurt eingeladen, denn auch 2015 gibt es für Attac viel zu tun.

Zum Auftakt am **Freitagabend** wollen wir eine Debatte darüber führen, was wir der völlig verfehlten Krisenbewältigungspolitik der EU und unserer Regierung entgegenzusetzen können: Degrowth, Wege zu einer

sozial-ökologischen Transformation - wie verortet sich Attac in dieser Diskussion und welches sind unsere Möglichkeiten der politischen Intervention?

Am **Samstag** geht es in mehreren Workshops um die aktuellen politischen Fragen, die Attac beschäftigen: Der Kampf gegen die Freihandelsagenda (TTIP, CETA, TiSA und Co), Krisenpolitik und Blockupy, Klimagerechtigkeit und die kriegerischen Auseinandersetzungen an vielen Orten der Welt.

Außerdem wollen wir uns auf einen Schwerpunkt für 2015 verständigen und unsere Strategien für das Jahr 2015 diskutieren. Der Attac-Haushalt 2015 wird verabschiedet und wie immer im Herbst stehen die Wahlen für den Attac-Rat und den Koordinierungskreis an.

Wie stets gibt es auch dieses Mal wieder zahlreiche Gelegenheiten zu Gesprächen und Verabredungen.

<http://www.attac.de/ratschlag>

Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung (ISW) Proteste gegen G7-Gipfel im Juni 2015 geplant

Am 4. und 5. Juni 2015 trifft sich die "Gruppe der Sieben" (G7) auf Schloss Elmau, gut abgeschirmt, in den bayerischen Alpen. Dort wollen die Staats- und RegierungschefInnen Deutschlands, der USA, Japans, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Kanadas über Außen- und Kriegspolitik, Weltwirtschaft, Klima und "Entwicklung" beraten.

G7 – das sind die selbst ernannten Führungsmächte der Welt mit dem Anspruch, die Geschicke der Welt zu bestimmen, wie etwa mit TTIP und anderen sog. Freihandelsabkommen oder weltweiten Kriegen und Militäreinsätzen.



Auf einer bundesweiten Aktionskonferenz mit etwa einhundert Teilnehmenden hat am 20. September 2014 in München ein breites Protest-Bündnis gegen den G7-Gipfel seine Arbeit aufgenommen. (...) Die G7 stehen für neoliberale Wirtschaftspolitik, für Militarisation und Kriege, Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur, für Hunger und für Abschottung gegenüber Flüchtenden, heißt es in einer Presseerklärung des Bündnisses. Und weiter: *"Ihr Gipfel wird nicht ohne Proteste und massiven Widerspruch über die idyllische*

Bühne des bayerischen Oberlandes gehen. Denn ihre katastrophale Kriegs- und Krisen-Politik führt in fast allen Regionen der Welt zu verheerenden Verwüstungen und Millionen Tote sind die Folge. Dagegen wird es in den kommenden Monaten eine breite und internationale Mobilisierung zu Protesten in München und am Tagungsort geben."

Man wird sich mit Versammlungen und Protestcamps, mit vielfältigen kreativen und entschlossenen Aktionen des gewaltfreien Widerstandes wie Demonstrationen und Blockaden, in Elmau am Schloss sowie der Großdemonstration und dem Gegengipfel in München der Politik der G7 in den Weg stellen.

Zentrale Forderungen des Bündnisses sind:

Weg mit den Freihandelsabkommen TTIP, TiSA und CETA – die Welt ist keine Ware
Gegen Militarisation und Krieg – Schluss mit den Kriegen der NATO-Staaten
Grenzen auf für alle Menschen – Solidarität mit den MigrantInnen und Flüchtenden
Stopp die Ausbeutung von Mensch und

Natur – Entzieht die natürlichen Lebensgrundlagen der Profitwirtschaft
Gegen den sozialen Kahlschlag – Die Konzerne sollen ihre Krise selbst bezahlen
Stop watching us – Gegen Überwachungsstaat und den Abbau demokratischer Rechte

Die Aktionskonferenz beschloss ein vorläufiges Protestszenario, das sich aus unterschiedlichen Elementen zusammensetzt: Am **Samstag, 30. Mai 2015** soll als Auftakt ein sog. **Gegengipfel** stattfinden, auf dem die Politik der G7 kritisiert und Alternativen beraten werden.

Voraussichtlich am **Sonntag, 31. Mai 2015** wird eine **Großdemonstration in München** stattfinden,

anschließend **bis zum Beginn des Gipfeltreffens am 4. Juni** Veranstaltungen, **Aktionen und Camps in Garmisch und Mittenwald**

am **Freitag, 5. Juni**, wenn das Gipfeltreffen endet, **eine Abschluss-demo nach Elmau.**

<http://stopg7elmau.blogspot.de/2014/09/23/pressekonferenz-am-21-9-2014/>